



SPD

MIT GANZER KRAFT FÜR BREMEN.

JAHRBUCH 2014 – 2015

Arbeitsbericht 01/2014 – 04/2016
SPD-Landesorganisation Bremen

JAHRBUCH 2014 – 2015

SPD-Landesorganisation Bremen

Obernstraße 39 – 43 • 28195 Bremen • Fon: 04 21/3 50 18-0 • Fax: 04 21/3 50 18-37
E-Mail: info-bremen@spd.de • Internet: www.spd-land-bremen.de • Facebook: [spd-land-bremen](https://www.facebook.com/spd-land-bremen)
Bankverbindung: SEB Bremen • IBAN: DE50 29010111 1006618300 • BIC: ESSEDE5F290

Jahrbuch 2014 – 2015

Redaktion: Roland Pahl (V.i.S.d.P.), Karen Schuster

Fotos, Grafiken, Statistiken: SPD Bremen

Foto Seite 63: eyetronic

© SPD-Landesorganisation Bremen

Redaktionsschluss: 30. März 2016

INHALT

Gedenken	Seite 6
Bericht zur Arbeit des Landesvorstandes	Seite 7
Mitglieder des Landesvorstandes	Seite 29
Wahldokumentation	Seite 31
Organisationsbericht	Seite 59
Finanzbericht	Seite 63
Bericht des Präsidenten des Senats	Seite 71
Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion	Seite 79
Berichte der Arbeitsgemeinschaften und Foren	Seite 91

ANHANG

Dokumentation ausgewählter Beschlüsse und Resolutionen	Seite 117
Wahlergebnisse	Seite 131
Statistiken zur Mitgliederentwicklung	Seite 135

GEDENKEN

Die Landesorganisation hat in den Jahren 2014 und 2015 insgesamt 143 Mitglieder durch Tod verloren.

Stellvertretend für alle unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen stehen:

Rolf Dehnkamp
Joachim Haase
Hanna Blome
Friedrich Drewes
Georg Reichelt
Hans-Jürgen Paape
Helmut Neitzel
Herma Schulte
Fritz Tepperwien
Karl Lüneburg
Irmgard Kowalzik
Henry Thape
Rainer Busau
Reinhard Uhde
Gretchen Schröder
Gerd Mackeben
Kurt Nemitz
Jamshid Saberi
Ewald Launspach
Horst Stäcker
Helmut Helmken
Horst Lutzebäck
Elisabeth Finckh
Erich Ströh
Günter Stelljes
Leni Soost
Inge Musoldt
Heinrich Meinking

Stellvertretend für die in den ersten Monaten des Jahres 2016 Verstorbenen stehen:

Sigrid Weigelt
Traute Gotthelf
Rosemarie Nemitz
Wolfgang Klatt

Wir sind ihnen und allen unseren verstorbenen Genossinnen und Genossen für ihre treue Unterstützung bei der Verwirklichung unserer politischen Ziele zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

BERICHT ZUR ARBEIT DES LANDESVORSTANDES 01/2014 – 04/2016

Die Jahre 2014 und 2015, der Berichtszeitraum dieses Jahrbuchs, und die zeitlich etwas abweichende Amtsperiode des Landesvorstandes, Juni 2014 bis April 2015, auf die sich dieser Arbeitsbericht des Landesvorstandes bezieht, waren politisch intensiv.

Am 25. Oktober 2013 hatte Andreas Bovenschulte, der heutige Weyher Bürgermeister, die Partei informiert, dass er sich dazu entschlossen habe, für das Amt des Bürgermeisters in Bremens niedersächsischer Nachbargemeinde zu kandidieren. Um sich auf den dann beginnenden Bürgermeisterwahlkampf in Weyhe konzentrieren zu können, kündigte er an, sein Amt als Vorsitzender der SPD im Land Bremen bereits zum 1. Januar 2014 abzugeben. Die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden, Sarah Ryglewski und Elias Tsartilidis, übernahmen sodann zum 1. Januar 2014 gemeinsam den Landesvorsitz kommissarisch.



Dieter Reinken: Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen

Gastredner auf der Jahresauftaktveranstaltung am 17. Januar 2014 war der Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil. Auf der Veranstaltung wurde dann auch Andreas Bovenschulte als Landesvorsitzender verabschiedet.

Angesichts des bevorstehenden Europawahlkampfes und der nur ein Jahr später folgenden Wahlen der Bremischen Bürgerschaft, der Bremerhavener Stadtverordnetensammlung und der

Beiräte in Bremen strebte die Partei eine schnelle Nachfolgeregelung an – umso mehr, als sich sehr bald abzeichnete, dass es mit dem Bürgerschafts-abgeordneten und damaligen Findorffer Ortsvereinsvorsitzenden nur einen Bewerber für das Amt geben würde. Bereits am 6. Januar 2014 hatte der Landesvorstand einstimmig Dieter Reinken als Nachfolger im Amt des Landesvorsitzenden vorgeschlagen. Auf dem Landesparteitag am 25. Januar 2014 im Congress Centrum Bremen wurde Dieter Reinken mit einer Zustimmungquote von 93,3 Prozent als Vorsitzender in den Landesvorstand „nachgewählt“.

Festakt zum 150. Geburtstag der Bremer SPD

Während die Bundespartei ihr 150-jähriges Bestehen bereits im Jahr 2013 feiern konnte, war für die Bremer SPD zu diesem Zeitpunkt das Parteijubiläum noch nicht ganz erreicht: Am 6. April 1864 hatte der Tischler Gustav Deckwitz in Bremen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) gegründet, was als Gründungsdatum der Bremer SPD verstanden wird.

Am Vortag des 150. Geburtstages der Bremer SPD, am 5. April 2014, hatte der Landesvorstand zu einer Festveranstaltung in den Hanse-Saal im Congress Centrum Bremen eingeladen. Unter den mehr als 800 Gästen konnte der Landesvorsitzende Dieter Reinken u. a. die folgenden Vertreterinnen und Vertreter des Bremer Koalitionspartners, Bündnis 90/Die Grünen, begrüßen: Bürgermeisterin Karoline Linnert, den Landesvorsitzenden Ralph Saxe, den damaligen Fraktionsvorsitzenden Matthias Güldner, Senator Joachim Lohse sowie die damalige Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft Silvia Schön. Des Weiteren waren dabei Jens Eckhoff, der Bremer CDU-Kreisvorsitzende sowie Doris Achelwilm, Christoph Spehr, Kristina Vogt, Klaus-Rainer Rupp und Cindi Tuncel, die die Partei „DIE LINKE“ vertraten. Als Gäste konnte Dieter Reinken außerdem die beiden ehemaligen

Eine gerechte Gesellschaft kommt nicht von alleine



Plakat zur Festveranstaltung „150 Jahre SPD Bremen“ am 5. April 2014.

Bürgermeister Klaus Wedemeier und Henning Scherf sowie seine Vorgänger im Amt des Landesvorsitzenden, Moritz Thape, Konrad Kunick, Herbert Brückner und Andreas Bovenschulte, begrüßen. Dieter Reinken erinnerte in seiner Rede an die besondere Rolle der Bremer SPD: „Das Motto der Veranstaltung »Eine gerechte Gesellschaft kommt nicht von allein«, ist von jeher das Ziel der Politik der SPD – gerade für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Bremen – gewesen. Die Ausrichtung der Politik an diesem Ziel ist das wahre Geheimnis, warum die SPD seit dem Ende des 2. Weltkrieges ununterbrochen regiere“ und weiter: „Mehr als 70 Jahre die Regierung zu stellen, ist keine Erbfolge oder gar eine besondere Vorschrift in der Bremer Landesverfassung. Das geht nur mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger – das nur durch gute Arbeit erworben wird und in den Wahlen bestätigt werden muss.“

Nachdem Sigmar Gabriel erst im November 2013 in Bremen war, um mit über 400 Genossinnen und Genossen im rasselvollen Kulturzentrum

Schlachthof über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen mit CDU/CSU zu diskutieren, kam er nur wenige Monate später zur Jubiläumsveranstaltung erneut nach Bremen. Er erhielt viel Beifall für seine Rede in der er gleich anfangs bemerkte: „Bremen ist zwar das kleinste Bundesland, dafür aber ein sozialdemokratischer Riese.“ Die lange und erfolgreiche Geschichte der SPD in Bremen führte der damalige Bürgermeister Jens Böhrnsen in seiner Rede auf die Tatsache zurück, dass die Partei in der Gesellschaft verankert sei – in den Vereinen, in den Stadtteilen und in den Betrieben. „Bremen und die SPD, das passt gut zusammen – ich denke, das gehört zusammen“, so Jens Böhrnsen. Unser besonderer Dank gilt der Bremer Kinder- und Jugendkantorei und dem Bremer Kaffeehaus-Orchester sowie dem Spielleute-Orchester TURA, die einen großen Beitrag zum Gelingen des Festakts leisteten. Die würdige und sehr gelungene Veranstaltung wird sicher noch lange bei allen Teilnehmenden in Erinnerung bleiben.

Europawahlkampf 2014

Im Zuge des Europawahlkampfes veranstaltete die Landesorganisation drei zentrale Dialogveranstaltungen mit prominenten Gastrednern, um für die Europawahl am 25. Mai 2014 zu mobilisieren und über die Positionen der SPD zu informieren. Den Anfang machte Bundesministerin Manuela Schwesig am 26. April 2014 in Bremerhaven. Im Auswandererhaus sprach sie über die Gleichstellung von Frauen in Arbeitswelt und Gesellschaft und über die Rolle der Europäischen Union in der Gleichstellungspolitik. Unter der Moderation von Sybille Böschen, stellvertretende Vorsitzende des Unterbezirks Bremerhaven und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, führten Manuela Schwesig und Joachim Schuster eine interessante Diskussion mit den Gästen, die anschließend in kleinen Gruppen bei Getränken und einem Imbiss noch fortgeführt werden konnte. Nur zwei Tage später, am 28. April 2014, war Bundesministerin Andrea Nahles in Bremen im Treffpunkt KWADRAT zu Gast. Hauptthema war die ausufernde Jugendarbeitslosigkeit in vielen Staaten der Europäischen Union. Die aus der Krisenpolitik resultierende, sich verstärkende soziale Spaltung und die durch Arbeitslosigkeit verursachte Perspektivlosigkeit einer ganzen Genera-

tion, waren dann auch die Schwerpunkte der anschließenden Diskussion mit Joachim Schuster unter Leitung der stellvertretenden Landesvorsitzenden Sarah Ryglewski.

Wie Brüssel die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürgerinnen und Bürger in Bremen berührt, darüber sprach der damalige Bürgermeister Jens Böhrnsen am 7. Mai 2014 im Hotel Strandlust in Bremen-Vegesack. Zusammen mit den Bremer Europakandidaten Joachim Schuster und Stefaan Jacobs diskutierte er unter der Moderation von Theo Schlüter, dem Vorsitzenden des Vereins „Bremer Presse-Club“. Das Dialogangebot zur Europawahl vervollständigten ein Expertinnen- und Expertengespräch des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Bremen und der Region Nordwest am 15. Mai 2015 zum Thema „Wege zu mehr Demokratie in Europa“ und eine in Kooperation von Landesorganisation und Ortsverein Peterswerder/Steintor organisierte Diskussionsveranstaltung mit dem Titel „Europa neu denken. Politik für nachhaltiges Wachstum statt sozialer Spaltung“ mit Udo Bullmann, dem Vorsitzenden der Gruppe der deutschen Sozialdemokratinnen und Demokraten im Europäischen Parlament, und dem Bremer Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Rudolf Hickel, die am 21. Mai 2014 im Bürgerhaus Weserterrassen stattfand.

Die Landesorganisation hat Joachim Schuster einen VW-Transporter als Europamobil zur Verfügung gestellt, mit dem er mehrere Wochen im Land Bremen unterwegs war und die vielfältigsten Veranstaltungen und Aktionen besuchte.

Europawahl am 25. Mai 2014

Nach fünf Jahren ohne sozialdemokratischen Europaabgeordneten aus Bremen, wurde Joachim Schuster am 25. Mai 2014 in das Europäische Parlament gewählt. Er war von Listenplatz 21 ins Rennen gegangen und hatte im Wahlkampf immer wieder für ein entschlossenes Eintreten gegen die in Europa grassierende Jugendarbeitslosigkeit geworben. „In den kommenden fünf Jahren werde ich meinen Beitrag leisten,

um Europa sozial und demokratisch weiterzuentwickeln, und den Bürgerinnen und Bürgern in Bremen und Bremerhaven stets ein verlässlicher Ansprechpartner in Brüssel sein“, so Joachim Schuster am Wahlabend.

Die Bremer SPD konnte ihr Ergebnis gegenüber 2009 von 29,34 Prozent auf 34,37 Prozent verbessern. Dafür hatte die Partei mit Joachim Schuster an der Spitze einen intensiven Wahlkampf geführt, dessen Höhepunkt, auch wenn es spät und kalt wurde, die Veranstaltung mit dem europäischen Spitzenkandidaten Martin Schulz am 2. Mai 2014 auf dem Bremer Marktplatz war.

Neuwahl des Landesvorstandes

Zum Abschluss der alle zwei Jahre stattfindenden Organisationswahlen auf allen Gliederungsebenen der Partei im Land Bremen fand am 21. Juni 2014 der ordentliche Landesparteitag mit der Neuwahl aller Landesvorstandsmitglieder im BLG-Forum in Bremen statt. Nach der nur knapp fünfmonatigen „Probezeit“ wurde Dieter Reinken mit 96,5 Prozent Zustimmung im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt. Auch die bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Sarah Ryglewski und Elias Tsartilidis wurden in ihren Ämtern bestätigt. Den geschäftsführenden Landesvorstand komplettieren die ebenfalls wiedergewählte Petra Krümpfer als Schatzmeisterin und die als Schriftführerin neu gewählte Gisela Schwellach.



Der Landesvorsitzende Dieter Reinken auf dem Landesparteitag am 21. Juni 2014 im BLG-Forum.



Landesparteitag am 21. Juni 2014 im BLG-Forum ...



... Sarah Ryglewski, die stellvertretende Landesvorsitzende, in der Diskussion ...



... in ihren Ämtern wurden bestätigt Dieter Reinken, Landesvorsitzender (rechts), Sarah Ryglewski, stellvertretende Landesvorsitzende (Mitte) und Elias Tsartilidis, stellvertretender Landesvorsitzender (links).

SPD-Gewerkschaftsrat und Gründung eines SPD-Sozialbeirats/Land Bremen

Im Juli 2014 hat der Landesvorstand beschlossen, nach dem Beispiel des Gewerkschaftsrats/Land Bremen auch einen Sozialbeirat einzurichten, um einen noch besseren Kontakt der Partei mit den Sozialverbänden zu organisieren und eine Plattform für einen kontinuierlichen Dialog zu schaffen. Die Leitung wurde seitens der Partei Karl Bronke und seitens der Sozialverbände Staatsrat a. D. Arnold Knigge übertragen. Die erste Sitzung des Sozialbeirats/Land Bremen fand am 6. November 2014 statt. Im Rahmen des Bürgerschaftswahlkampfes diskutierte die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, am 16. April 2015 im Canova bei einem gemeinsamen Mittagessen mit den Mitgliedern von Sozialbeirat und Gewerkschaftsrat. Eine weitere Zusammenkunft des Sozialbeirats/Land Bremen fand während der Koalitionsverhandlungen nach der Bürgerschaftswahl am Abend des 22. Juni 2015 statt.

Am gleichen Tag fand am Vormittag auch eine Zusammenkunft des Gewerkschaftsrats zu den Koalitionsverhandlungen statt. Der Gewerkschaftsrat war in der Amtsperiode des Landesvorstandes kontinuierlich aktiv: Neben der genannten Sitzung am 22. Juni 2015 und der gemeinsamen Sitzung mit dem SPD-Sozialbeirat/Land Bremen am 16. April 2015 fanden am 18. Juli 2014 und am 4. Dezember 2015 Sitzungen des SPD-Gewerkschaftsrats/Land Bremen statt. Gegenstand der Beratungen waren besonders die Arbeitsmarktsituation, unser Projekt „Landesmindestlohn“, die Initiative von Senator Martin Günthner und Dieter Reinken für eine Ausbildungsgarantie, die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik, die Tarifrunden und die Lage in Betrieben und Verwaltungen.



Abschlussfoto auf dem Landesparteitag am 21. Juni 2014 mit allen Vorstandsmitgliedern für die Amtsperiode 2014 – 2016.

Die Mitglieder des SPD-Gewerkschaftsrats/Land Bremen und des SPD-Sozialbeirats/Land Bremen werden zu allen Landesparteitagen eingeladen.

Historische Kommission/Land Bremen

Der Versuch, nach der erfolgreichen Veranstaltungsreihe „Der historische Abend“ in den Jahren 2012 und 2013, der Herausgabe des Buches „150 Jahre SPD Bremen und Bremerhaven. – Eine gerechte Gesellschaft kommt nicht von allein.“ Ende 2013 und der Veranstaltung zum 150-jährigen Parteijubiläum auch in der Landesorganisation Bremen eine dauerhafte „Historische Kommission“ einzurichten, ist zumindest bisher über ein erstes Treffen eines kleinen Kreises von historisch besonders interessierten und kompetenten Genossinnen und Genossen, welches am 22. Januar 2015 auf Einladung des Landesvorsitzenden Dieter Reinken stattgefunden hat, leider nicht hinausgekommen.

Arbeitsgemeinschaften und Foren

Die Arbeitsgemeinschaften und Foren auf der Landesebene berichten in diesem Jahrbuch eigenständig über ihre Arbeit.

Die über einige Jahrzehnte tätige Landesarbeitsgemeinschaft Sport wurde im Jahr 2014 nach langen Diskussionen neu strukturiert und gemäß dem Organisationsstatut der Partei neu aufge-

stellt. Das Thema Sport wird nun im neuen Forum Sport bearbeitet. Auf der Gründungsmitgliederversammlung des Forums am 14. Mai 2014 wurde Senatorin a. D. Ingelore Rosenkötter, MdBB, zur Sprecherin gewählt.

Am 5. Juni 2014 fand die Gründungsmitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der SPD-Landesorganisation Bremen und am 16. Februar 2015 die Gründungsmitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv in der SPD-Landesorganisation Bremen statt. Zur Sprecherin der AG Migration und Vielfalt wurde Sabine Uzuner und zum

Sprecher der AG Selbst Aktiv Andree Schütte gewählt.

Alle drei Gründungsmitgliederversammlungen fanden im Treffpunkt KWADRAT in Bremen statt.

bremerFORUM Politik & Gesellschaft

Das bremerFORUM Politik & Gesellschaft ist die offene Diskussionsplattform der SPD im Land Bremen. Unter seinem Dach fanden im Jahr 2014 zwei sehr interessante Veranstaltungen zu sehr unterschiedlichen Themen statt: Die Veranstaltung „Die gespaltene Demokratie – der Zusammenhang zwischen sozialem Umfeld und Wahlverhalten“ am 19. Juni 2014 leistete dabei auch



einen Beitrag zu den strategischen Vorbereitungen auf die Wahlen 2015. Als Referenten konnten Jérémie Felix Gagné von der Bertelsmann Stiftung sowie der Bremer Landeswahlleiter Jürgen Wayand gewonnen werden. Am 17. September 2014 hieß der Titel einer ganz besonderen Veranstaltung „Zwischen Antikriegskundgebungen und Burgfrieden. Die SPD beim Beginn des Ersten Weltkrieges“. Auf dem Programm im Schnürschuh-Theater in Bremen standen Lesungen, zeitgenössische Musik mit der Bremer Musikgruppe „Grenzgänger“, ein Vortrag und eine Podiumsdiskussion, an der neben dem Historiker Dr. Heinz-Gerd Hofschien u. a. auch der Hamburger Schauspieler Rolf Becker teilnahm.

Im Jahr 2015 fanden keine Veranstaltungen unter dem Dach des Forums statt.

Parteikonferenz mit Ralf Stegner

Die SPD Schleswig-Holstein hatte im September 2014 auf ihrem Landesparteitag als Diskussionsbeitrag für den Bundesparteitag 2015 ein Positionspapier zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik beschlossen. Diese Diskussion hat die Bremer Landesorganisation vor dem Hintergrund internationaler Zuspitzungen aufgegriffen und mit Ralf Stegner, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein und stellvertretender SPD-Parteivorsitzender, am 28. November 2014 eine gut besuchte parteiöffentliche Konferenz mit dem Titel „Außen- und Sicherheitspolitik – und die Rolle Deutschlands“ durchgeführt. Im selben Kontext stand auch die öffentliche Veranstaltung „Sozialdemokratische Außenpolitik in stürmischen Zeiten – Diplomatie für Frieden und Stabilität“ mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier am 15. April 2015 im BLG-Forum im Rahmen des Bürgerschaftswahlkampfes.

Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen 2015

Unmittelbar nach der Europawahl begann im Jahr 2014 in den Gliederungen und Arbeitsgemein-



Ein strahlender Jens Böhrnsen. Auf dem Landesparteitag am 25. September 2014 wurde er mit einem Spitzenergebnis von 97,3 Prozent zum Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl 2015 gewählt.

schaften die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft, zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven und der Beiräte in Bremen. Auf dem extra zu diesem Anlass durchgeführten außerordentlichen Landesparteitag wurde am 25. September 2014 im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Jens Böhrnsen mit 97,3 Prozent Zustimmung zum Spitzenkandidaten der SPD im Land Bremen für die Bürgerschaftswahl 2015 gewählt. Die Listenvorschläge für die Bürgerschafts- und Stadtverordnetenwahl Bremerhaven wurden zwischen dem 11. und dem 25. Oktober 2014 in den drei Unterbezirken auf ihren Parteitag nominiert und auf den Wahlbereichsdelegiertenkonferenzen am 18. bzw. 20. November 2014 endgültig aufgestellt. Zwischen dem 10. November und 7. Dezember 2014 wurden erstmalig ausschließlich in Mitgliederversammlungen in den jeweiligen Beiratsgebieten die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen der Bremer Beiräte aufgestellt. Damit wurden die Rechte des einzelnen Mitglieds deutlich gestärkt.

Die Satzung der Landesorganisation Bremen sieht jetzt vor, dass für alle Wahlen im Land Bremen geschlechterparitätische Listen aufzustellen sind – mit dem Reißverschlussverfahren, solange Kandidaturen beider Geschlechter vorliegen. Im Wahlbereich Bremen gelang es dabei zur Bürgerschaftswahl eine Liste mit abwechselnden Kandidaturen von Frauen und Männern vom ersten bis zum letzten Listenplatz aufzustellen. Die Wählerinnen und Wähler vollzogen jedoch das Bemü-

hen, zu einer paritätischen Geschlechterbesetzung der Parlamente zu kommen, nicht nach: Von aktuell 30 Bürgerschaftsabgeordneten der SPD sind lediglich zehn Frauen, was einem Anteil von 33 Prozent entspricht.

Wahlkampfstrategie und Erarbeitung des Regierungsprogramms

Auf der konstituierenden Sitzung des neuen Landesvorstandes, im Rahmen einer Klausurtagung vom 11. bis 13. Juli 2014 in Verden und Etelsen, wurde die Grundaussrichtung für den Bürgerschaftswahlkampf mit kompetenter Unterstützung durch den Politikberater Michael Kronacher aus Berlin diskutiert und beschlossen. Wesentliche Eckpunkte dabei waren:

- Wir gehen von einer hohen Zustimmung für unsere Politik auch in dieser schwierigen Zeit aus.
- Die SPD steht für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Keiner repräsentiert dies besser als Bürgermeister Jens Böhrnsen, es gibt weit und breit keine ernst zu nehmende Alternative.
- Wir können einen Bestätigungswahlkampf führen, in dem gute politische Ergebnisse, die Stärken unserer Partei und unseres Spitzenkandidaten herausgestellt werden;
- Das alles drückt sich in der sich durchziehenden Aussage „Miteinander“ aus.

In großer Runde diskutierten in Etelsen am 12. Juli 2014 die Mitglieder des Landesvorstandes mit den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften und Foren, allen Senatorinnen und Senatoren, Staatsrätinnen und Staatsräten der SPD sowie mit den Mitgliedern der bereits am 21. März 2014 zur Formulierung von Programmthesen eingerichteten Kleingruppen die für diesen Anlass erarbeiteten ersten Thesenpapiere zu den acht



„Leben, arbeiten, lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven“ – am 6. Dezember 2014 fand der Zukunftskongress der Bremer SPD in der Messe Bremen statt.



Sarah Ryglewski, stellvertretende Vorsitzende der Bremer SPD, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Zukunftskongresses und freute sich auf spannende Diskussionen in den Panels.



Auf Pinnwänden wurden die Ergebnisse der Diskussionen in den Dialogforen festgehalten. Diese gingen in die weitere Arbeit am Regierungsprogramm 2015 – 2019 ein.



Sitzmöbel: Papphocker mit SPD-Logo; es war ein neues, ein anderes Format, das die Besucherinnen und Besucher des Zukunftskongresses „Leben, arbeiten lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven“ in der Messehalle 4.1 am Nikolaustag erlebten.



Der damalige Bürgermeister Jens Böhrnsen, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, dankte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die vielfältigen Beiträge in den verschiedenen Dialogforen des Tages und freute sich über diese gelungene Veranstaltung.

Themenclustern, auf die man sich im Vorfeld verständigt hatte. Aus dieser Diskussion folgte ein breites Beteiligungsangebot sowohl an die Partei als auch an die interessierte Öffentlichkeit. Zunächst in internen Arbeitsgruppen unter vielfältiger Beteiligung auch Externer, öffentlichen Anhörungen, einem Internetforum und dann abschließend dem Zukunftskongress „Leben, arbeiten, lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven“ realisierten wir den Wunsch nach breiter Beteiligung an der Erarbeitung eines Programms. Zum „Zukunftskongress“ als neues, innovatives und kreatives Format kamen am Nikolaustag (6. Dezember 2014) mehrere Hundert interessierte Bürgerinnen und Bürger in der Messe Bremen zusammen, um miteinander über die Politik der SPD zu diskutieren und sich auszutauschen. Acht Fo-

entstandene Programmentwurf wurde sodann zur formalen Antragsberatung in die Partei gegeben.

Zugegeben: ein langer und mühsamer Weg. Breite Beteiligung versus Programmerstellung im „kleinen Kreis“, zeitaufwendig mit vielen Genossinnen und Genossen oder schnell im Kreise von „Expertinnen und Experten“ – diese Frage wird bei der Erstellung künftiger Konzeptionen immer wieder neu zu stellen sein.

ren, jeweils vier parallel, alles in einer Halle – die Technik hat es möglich gemacht. Der Dialog fand über Kopfhörer und Mikrofon statt; wer wollte, konnte in mehrere Foren hineinhören und sich so das für sie oder ihn spannendste zum Mitdiskutieren aussuchen.

Entwurf des Regierungsprogramms 2015 – 2019 „Leben, arbeiten, lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven“ vorgelegt

Nach dem Zukunftskongress hat die Redaktionsgruppe – bestehend aus dem Landesvorsitzenden, den stellvertretenden Landesvorsitzenden, dem Fraktionsvorsitzenden, dem Landesgeschäftsführer, dem Fraktionsgeschäftsführer und dem Leiter des Bürgermeisterbüros – alle Anregungen, Hinweise und Papiere aus den Arbeitsgruppen und Foren professionell in eine „Schreibe“ bringen lassen. Dieser Entwurf des Entwurfs des Regierungsprogramms 2015 – 2019 mit dem Titel „Leben, arbeiten, lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven“ wurde am Sonntag, 11. Januar 2015 in einer intensiven Sitzung, die von 12 Uhr bis 22 Uhr dauerte, erneut in der großen Etelser Runde diskutiert, diesmal im Treffpunkt KWADRAT. Der in diesem Arbeitsprozess



Einladung zum Mitdiskutieren: Internetforum zum Regierungsprogramm 2015 – 2019

Landesparteitag verabschiedet Regierungsprogramm

Auf dem Landesparteitag am 7. März 2015 in der Bremerhavener Stadthalle wurde das Regierungsprogramm 2015 – 2019 abermals intensiv diskutiert. Die Abschlussabstimmung zeigte die für einen Wahlkampf so wichtige Geschlossenheit der SPD in Bremen und Bremerhaven. Das Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2015 – 2019 wurde ohne Gegenstimme bei nur drei Enthaltungen einmütig verabschiedet. Die 200 Parteitagsdelegierten sprachen sich damit für ein Programm aus, das in einem mehrmonatigen öffentlichen und parteiinternen Dialogprozess entwickelt wurde. „Wir haben für den Programmentwurf den Weg der Beteiligung gewählt, vielleicht der mühsamere Weg, aber sicher der richtige“, erklärte der Landesvorsitzende Dieter Reinken. Und weiter: „Dieser Beteiligungsprozess ist ein Beispiel lebendiger Parteiarbeit. Aber wir haben nicht nur intensiv unter uns diskutiert, sondern den Austausch mit Vereinen, Verbänden, Initiativen und allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern gesucht und geführt.“ Und unser Spitzenkandidat Jens Böhrnsen sah unsere Partei mit dem beschlossenen Regierungsprogramm gut aufgestellt für den kommenden Bürgerschaftswahlkampf: „Wir wollen am 10. Mai wieder mit Abstand stärkste politische Partei werden. Und wir wollen zulegen!“

Die wichtigsten Botschaften des Regierungsprogramms in fünf Punkten:

- Wir sorgen für gute Betreuung und Bildung mit längeren U3-Betreuungszeiten, mehr Krippen- und Kitaplätzen und immer mehr Ganztagschulen – alle Grundschulen mit Ganztagsangebot.
- Wir schaffen gute Bedingungen für Wachstum in klassischen und neuen Branchen, mit exzellenter Forschung und optimierter Infrastruktur.
- Wir wollen Städte der fairen Arbeit sein, mit guten Löhnen, sicheren Arbeitsplätzen und ei-

ner Garantie auf Ausbildung.

- Wir sorgen für einen sozialen und ausgeglichenen Wohnungsmarkt und dämpfen Mietsteigerungen durch mehr Wohnungsbau.
- Wir lassen Schwache nicht allein und unsere Städte nicht in Reich und Arm zerfallen. Wir wollen Integration, mit Respekt, Regeln und gleichen Chancen für alle.



Der stellvertretende Landesvorsitzende Elias Tsartilidis eröffnete den Landesparteitag am 7. März 2015 in der Stadthalle Bremerhaven. Im Zentrum des Parteitages stand die Diskussion und Verabschiedung des Regierungsprogramms 2015 – 2019 für die Bürgerschaftswahl am 10. Mai 2015.



Dieter Reinken, Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen, lobte auf dem Landesparteitag am 7. März 2015 den Weg der Erarbeitung des Regierungsprogramms 2015 – 2019: „Dieser breite Beteiligungsprozess ist ein Beispiel lebendiger Parteiarbeit“.



Regierungsprogramm 2015 – 2019



Der Landesvorsitzende der Bremer SPD Dieter Reinken konnte auf der Endspurtveranstaltung zur Bürgerschaftswahl am 8. Mai 2015 eine große Zahl an Gästen begrüßen und erklärte: „Wir wollen morgen gestalten, das ist der Sinn unserer Politik!“



Zur Endspurtveranstaltung im Bürgerschaftswahlkampf konnte die Bremer SPD am 8. Mai den Parteivorsitzenden und Vizekanzler Sigmar Gabriel im Musical-Theater begrüßen. Er warnte: „Das gefährlichste am Wahlkampf ist, wenn die Menschen glauben, alles ist gelaufen“. Deshalb: „Kämpft in den nächsten zwei Tagen um jede Stimme.“



Der damalige Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, SPD-Spitzenkandidat Jens Böhrnsen, feuerte am 8. Mai 2015 im Bremer Musical-Theater die Partei nochmals an: „Noch einmal Gas geben, Vollgas, noch einmal zwei Tage in Bremen und Bremerhaven unterwegs sein, an den Infoständen, an den Haustüren.“

Wahlkampf 2015

Mit der Jahresauftaktveranstaltung am 23. Januar 2015 startete die Landespartei auch in die Vorwahlkampfzeit. Die Redner an diesem Abend waren der Landesvorsitzende Dieter Reinken und der damalige Präsident des Senats, Jens Böhrnsen. Nachdem die acht bisherigen Veranstaltungen zum Jahresauftakt alle in der Schwankhalle stattgefunden hatten, traf man sich 2015 erstmalig im Treffpunkt KWADRAT.

Konzeption und Strategie, die Produkte und Medien, die Vorhaben und Veranstaltungsplanung des Wahlkampfes wurden in der Partei offen und transparent wie nie zuvor vorgestellt und diskutiert: Zu insgesamt drei großen Wahlkampf- und Organisationskonferenzen waren alle Kandidatinnen und Kandidaten, die Verantwortlichen aller Gliederungsebenen und Arbeitsgemeinschaften sowie Foren und auch alle interessierten Wahlkämpferinnen, Wahlkämpfer und Mitglieder am 16. September 2014, am 17. Oktober 2014 und am 20. März 2015 eingeladen.

Die Dialog- und Stadtteilorientierung des Wahlkampfes wurde bereits im Vorwahlkampf deutlich: Die erste von 16 Veranstaltungen in der Reihe „Bürgermeister Jens Böhrnsen im Gespräch bei Ihnen vor Ort“ fand am 19. Januar 2015 in Osterholz statt. Ihren Abschluss fand die Reihe, nachdem sie in fast allen Bremer Beiratsgebieten Station gemacht hatte, am 24. März 2015 in der Östlichen Vorstadt.

Die Partei, ihre vielen Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgerschaft, für die Stadtverordnetensammlung Bremerhaven und für die Bremer Beiräte führten vor Ort in den Stadtteilen einen intensiven Wahlkampf mit der verbindenden Botschaft „Miteinander“. Angesichts der mit dem Persönlichkeitswahlrecht im Jahr 2011 gemachten

Erfahrungen, praktisch von jedem Listenplatz aus eine Chance zu haben, so intensiv wie nie zuvor. Wir wollten diese engagierten Kandidatinnen und Kandidaten; nicht zuletzt deshalb ist die Partei in der Stadt Bremen sehr aufwendig auch mit persönlichen Großflächenplakaten für alle Kandidatinnen und Kandidaten zur Bürgerschaftswahl in die heiße Wahlkampfphase gestartet.

Wir müssen im Nachgang aber auch feststellen, dass einige Kandidatinnen und Kandidaten bei der Wahlwerbung für die eigene Person nicht immer im Rahmen der verabredeten Fairnessregeln geblieben sind und sich manches letztlich auch nur schwer fair regeln lässt. Und die Präsenz des Spitzenkandidaten wäre sicher steigerungsfähig gewesen; bei seiner Popularität hätte die Partei hiervon noch stärker profitieren können.

Mit der Nachbarschaftskampagne, dem Einsatz der Campaignerinnen und Campaigner und der Veranstaltungsreihe „Bürgermeister Jens Böhrnsen im Gespräch bei Ihnen vor Ort“ konnte der Wahlkampf in den Stadtteilen gestärkt werden. Das Konzept des „Wahlkampfes vor Ort“ ging in weiten Bereichen auf, muss aber in Zukunft noch besser flächendeckend verankert werden. Dafür wollen wir die Arbeit mit Campaignerinnen und Campaignern fortsetzen und weiterentwickeln. Kampagnenarbeit heißt dabei für uns die kontinuierliche Präsenz in den Stadtteilen, den Nachbarschaften, in den Betrieben – nicht nur zu Wahlkampfzeiten, auch wenn die Wahlkampagne natürlich die Königin der Kampagnen ist und bleibt!

Zum Konzept gehörte, nur wenige zentrale Veranstaltungen im Wahlkampf durchzuführen. Zunächst waren deshalb auch tatsächlich nur die Wahlkampfauftaktveranstaltung und die Veranstaltung zum Endspurt, beide indoor, vorgesehen. Diese wurden später noch um Termine mit Bundesministerin Andrea Nahles, Bundesminister Frank-Walter Steinmeier und mit NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ergänzt. Mit Ausnahme der



Rappellvoll war es im Kulturzentrum Schlachthof in Bremen zum Wahlkampfauftakt am 10. April 2015 der SPD zur Bürgerschaftswahl 2015.



Gute Stimmung beim Wahlkampfauftakt am 10. April 2015: Spitzenkandidat Jens Böhrnsen (Bremen), Ministerpräsident Stephan Weil (Niedersachsen), 1. Bürgermeister Olaf Scholz (Hamburg) und Ministerpräsident Erwin Sellering (Mecklenburg-Vorpommern) (v.l.n.r.).

Veranstaltung „Starke Wirtschaft – Gute Arbeit“, die vom Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Günthner bestritten wurde, war Jens Böhrnsen selbstverständlich bei allen diesen Terminen dabei:

- Auftaktveranstaltung „Miteinander. Die SPD erleben!“ mit den norddeutschen Ministerpräsidenten Olaf Scholz, Stephan Weil und Erwin Sellering, Freitag, 10. April 2015, Kulturzentrum Schlachthof
- „Sozialdemokratische Außenpolitik in stürmischen Zeiten – Diplomatie für Frieden und Stabilität“ mit Bundesminister Frank-Walter Steinmeier, Mittwoch, 15. April 2015, BLG-Forum
- „Starke Wirtschaft – Gute Arbeit“ mit Bundesministerin Andrea Nahles, Donnerstag, 16. April 2015, Schuppen Eins

- Endspurtveranstaltung in Bremerhaven mit NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Mittwoch, 6. Mai 2015, Die Theo
- Besuch des Denkmals „Bunker Valentin“ mit NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Donnerstag, 7. Mai 2015
- Endspurtveranstaltung in Bremen mit dem Parteivorsitzenden und Vizekanzler Sigmar Gabriel, Freitag, 8. Mai 2015, Musical-Theater Bremen

Das bittere Ergebnis der Bürgerschaftswahl

Ein bitterer Abend in der „Ständigen Vertretung“ in der Böttcherstraße, wo sich die Bremer SPD und ihre Sympathisantinnen und Sympathisanten am Wahlabend trafen. Die Koalition hat deutlich an Zustimmung verloren: die SPD 6,7 Prozent, Bündnis 90/Die Grünen 6,8 Prozent – zusammen 13,5 Prozent. Dies dokumentiert deutlich den Rückgang an Akzeptanz für das Rot-Grüne-Projekt: Was vor 2007 als in die Zukunft gerichtetes Projekt für die Gestaltung einer modernen Stadtgesellschaft nach Jahren des Stillstands einer Großen Koalition antrat, hatte seinen Gestaltungsoptimismus in den Niederungen des Alltags und der Haushaltszwänge zunächst weitgehend verbraucht.

Wir müssen im Nachgang feststellen, dass unserem Wahlkampf die inhaltliche Zuspitzung fehlte und es falsch war, jede Konfrontation zu vermeiden. Der „Bestätigungswahlkampf“ wurde zum Gefühl des „weiter so“. Jedoch war „weiter so“ ganz offensichtlich nicht die Erwartung vieler Wählerinnen und Wähler. Angesichts des allgemein prognostizierten Wahlsiegs für die SPD, mit Spitzenpopularitätswerten für den Bürgermeister und Umfragewerten von bis zu 40 Prozent für unsere Partei noch zwei Wochen vor dem Wahltermin, fehlte uns die nötige Sensibilität für die im Wahlergebnis



Im Rahmen des Bürgerschaftswahlkampfes war am 15. April 2015 Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zur Veranstaltung „Sozialdemokratische Außenpolitik in stürmischen Zeiten“ zu Gast in Bremen. Mehr als 300 Interessierte waren an diesem Abend ins BLG-Forum gekommen, um mit Außenminister Steinmeier über die aktuelle politische Lage und die zukünftigen Entwicklungen zu diskutieren. Fazit von Frank-Walter Steinmeier: „Es gilt der berühmte Satz von Willy Brandt: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“



Volles Haus in der Ständigen Vertretung Bremen: Mitglieder, Freunde und Unterstützerinnen und Unterstützer der SPD waren am Abend des 10. Mai 2015 zusammengekommen, um den Ausgang der Bürgerschaftswahl zu verfolgen.



Bitteres Ergebnis – Blick nach vorne. Jens Böhrnsen brachte es beim SPD-Wahltreff am Abend der Bürgerschaftswahl 2015 gleich zu Beginn auf den Punkt: „Ich will gar nicht drum herum reden, es ist ein bitterer Wahlabend!“

zutage tretenden Veränderungen – auch wenn sie konträr zu den Umfragewerten lagen. Dabei war die Partei gewarnt, so hatte unser Wahlkampfberater bereits in der Vorbereitung der Wahlkampfkonzeption in der Klausur Juli 2014 gemahnt: „Sicher scheinender Sieg demobilisiert. Jahrzehntelanges Regieren ermuntert Protestwähler.“

Es gibt vielschichtige Gründe und sicher nicht die eine Ursache für das Wahlergebnis. Es ist die Folge des Rückgangs an Vertrauen in unsere Politik. Es ist aber mehr als alarmierend, wenn 71 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Umfragen sagen, wir hätten die Probleme nicht im Griff. Dass die Menschen unsere Leistungen als „unbefriedigend“ einschätzen, ist ein Alarmsignal. Unterrichtsausfall, Armut, Krankenhäuser, unbegleitete straffällige jugendliche Flüchtlinge, Bürgerschaftsstühle etc. – dieser Themenmix bestimmte die öffentliche Wahrnehmung. Dagegen verblassten die guten Ergebnisse, die wir in der Wirtschafts- und Arbeits-

marktpolitik, in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik, in der Integrationspolitik, beim Wohnungsbau und in vielen anderen Feldern vorweisen konnten.

Nach der Bürgerschaftswahl: inhaltliche Profilierung und personeller Neuanfang

Gegen Mittag am Tag nach der Wahl erklärte Bürgermeister Jens Böhrnsen gegenüber den Medien, er übernehme die politische Verantwortung für das schlechte Wahlergebnis und würde aus diesem Grund nicht mehr für die Wahl zum Präsidenten des Senats in der Bremischen Bürgerschaft kandidieren. Dies war eine ganz persönliche Entscheidung von Jens Böhrnsen; sie war nicht in und mit der Partei diskutiert, nicht einmal mit der Parteispitze. Die Partei hat die Entscheidung mit großem Respekt vor der Arbeit, die Jens Böhrnsen für die Stadt und das Land Bremen sowie für seine Partei geleistet hat, aufgenommen – wobei bei nicht wenigen die Enttäuschung groß war.

Wie üblich und ohne Vorahnung war im Vorfeld für den Abend nach der Wahl zu einer Landespartei-Konferenz zu einer ersten Auswertung des Wahlergebnisses und zur Diskussion über den Wahlkampf eingeladen worden. Vor der Parteikonferenz tagte bereits der Landesvorstand. Zur Parteikonferenz kamen weit mehr als 250 Genossinnen und Genossen in den Treffpunkt KWADRAT – unter ihnen auch Jens Böhrnsen, der mit großem Applaus empfangen wurde. Er erklärte, es brauchte jetzt einen Neuanfang, dem er nicht im Wege stehen wollte. Die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer verabschiedeten Jens Böhrnsen nach dessen persönlichen Worten mit Standing Ovationen und brachten so ihren großen Respekt und Dank für die von ihm geleistete Arbeit zum Ausdruck.

Mit dieser nicht vorgesehenen Situation und doppelten Herausforderung – schlechtes Abschneiden bei der Bürgerschaftswahl und Rückzug von Jens Böhrnsen vom Amt des Präsidenten des Se-

nats – mussten Landesvorstand und Partei umgehen; der Handlungs- und Zeitdruck waren hoch. Denn eines war auch klar: Trotz des schlechten Wahlergebnisses, hatte die SPD von den Wählerinnen und Wählern erneut einen klaren Auftrag zur Senatsbildung erhalten. Der personelle Neuanfang war zu organisieren und man war sich einig, dass es zukünftig eine schärfere inhaltliche Profilierung geben müsse. Vom Landesvorstand war der Landesvorsitzende Dieter Reinken beauftragt worden, schon bis zum kommenden Montag, den 18. Mai 2015, Sondierungsgespräche zu führen und dann über die Ergebnisse dieser Gespräche zu berichten – welche Kandidatin, welcher Kandidat bzw. welche Kandidatinnen und Kandidaten für die Nachfolge im Amt des Bürgermeisters zur Verfügung standen. Und auch das wurde bereits an diesem Abend bei der offenen Aussprache überaus deutlich: Die große Mehrheit der Diskutantinnen und Diskutanten setzte sich für eine Fortsetzung des rot-grünen Regierungsbündnisses ein.

Carsten Sieling einstimmig vom Landesvorstand vorgeschlagen

Am 18. Mai 2015 fanden wieder eine Sitzung des Landesvorstandes und eine Parteikonferenz im Treffpunkt KWADRAT statt. In der Woche zuvor verdichtete sich die Findung von Bewerberinnen oder Bewerbern schnell auf eine Person. Auf Vorschlag des Landesvorsitzenden Dieter Reinken wurde unser damaliger Bundestagsabgeordneter und früherer Landes- und Fraktionsvorsitzender, Carsten Sieling, einstimmig vom Landesvorstand für die Nominierung als Nachfolger von Jens Böhrnsen im Amt des Bremer Bürgermeisters und Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen durch einen Landesparteitag vorgeschlagen. Dieser Landesparteitag wurde sogleich für Dienstag, den 2. Juni 2015, 19 Uhr, in das Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Bremen-Vegesack einberufen. Auf dem Parteitag sollten dann auch die sozialdemokratischen Eckpunkte für die Koalitionsgespräche diskutiert und beschlossen werden.

Der Vorschlag, Carsten Sieling für die Böhrnsen-Nachfolge zu nominieren, fand große Zustimmung in der anschließenden Parteikonferenz. Hier wie schon zuvor im Landesvorstand hatte sich Carsten Sieling mit seinem 6-Punkte-Papier „Vertrauen zurückgewinnen – Mit ganzer Kraft für Bremen!“ inhaltlich positioniert und für die Fortsetzung des rot-grünen Regierungsbündnisses im Land ausgesprochen.

96,8 Prozent für Carsten Sieling

Mit einem Spitzenergebnis wurde Carsten Sieling auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 2. Juni 2015 im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Bremen-Vegesack für das Amt des Bremer Bürgermeisters und Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen nominiert. Damit erhielt er von den Parteitagsdelegierten einen großen Vertrauensvorschuss: 184 der anwesenden Delegierten stimmten für Carsten Sieling, vier stimmten mit Nein, zwei enthielten sich – eine Zustimmung von 96,8 Prozent. Vor seiner Wahl hatte Carsten Sieling für eine Schwerpunktsetzung in den kommenden vier Jahren geworben. Er wollte sich in der Legislaturperiode auf die Themen Arbeit, Bildung und Erziehung, Wohnungsbau und wirtschaftliches Wachstum konzentrieren. „Wir werden in den nächsten vier Jahren Kontinuität und Erneuerung zusammenbringen müssen“, so Carsten Sieling in seiner Rede auf dem Landesparteitag.



Carsten Sieling auf dem Landesparteitag am 2. Juni 2015, auf dem er als Nachfolger im Amt des Bremer Bürgermeisters und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen mit dem starken Ergebnis von 96,8 Prozent nominiert wurde – ein Beleg für seinen Rückhalt in der Bremer SPD.

Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen

Die offiziellen Koalitionsverhandlungen starteten am 4. Juni 2015 und konnten im Morgengrauen des 27. Juni 2015 nach acht Runden erfolgreich beendet werden. Noch am gleichen Tag fanden im Laufe des Vormittags eine Sitzung des Landesvorstandes und eine gemeinsame Pressekonferenz von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Parteivorsitzenden und dem designierten Bürgermeister Carsten Sieling sowie Bürgermeisterin und Finanzsenatorin Karoline Linnert statt, am Nachmittag auch wieder eine Parteikonferenz für alle interessierten Mitglieder im Treffpunkt KWADRAT. Formal hat der Landesvorstand nach Abschluss der redaktionellen Arbeiten am Text den ausgehandelten Koalitionsvertrag am 1. Juli 2015 einstimmig befürwortet und sogleich dem Landesparteitag zugeleitet.

Bei der Vorbereitung und Begleitung der Koalitionsverhandlungen wurde wieder auf Beteiligung und Dialog gesetzt; so war die Partei von Anfang an eng eingebunden. Die vorbereitenden und begleitenden Arbeitsgruppen, waren jeweils mit Vertreterinnen und Vertretern des Landesvorstandes und der Unterbezirksspitzen, der Arbeitsgemeinschaften und Foren, der Fraktion und der SPD-Seite des Senats besetzt. Parteikonferenzen zur Information und Diskussion zu den Zwischenständen, Knackpunkten, Kompromissen und Ergebnissen gab es am 11. Juni (Treffpunkt KWADRAT), 22. Juni (Haus der Wissenschaft) und am 27. Juni 2015 (Treffpunkt KWADRAT).

Koalitionsvertrag beschlossen

Der außerordentliche Landesparteitag am 11. Juli 2015 fand wieder im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus statt. Und auch das Motto „Mit ganzer Kraft für Bremen!“ vom 2. Juni 2015 war unverändert geblieben. Der Landesparteitag stimmte nach einer intensiven Aussprache mit großer Mehrheit (4 Gegenstimmen, 14 Enthaltungen) für den Koalitionsvertrag und damit für eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition in der 19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft.

Der Landesvorsitzende Dieter Reinken erinnerte in der Debatte zuvor an die Politikweisheit, dass „Koalitionsverträge das Ergebnis von Verhandlungen sind und nicht das Regierungsprogramm einer einzelnen Partei“. Weiter stellte er fest: „Wir haben es aber geschafft, die sozialdemokratischen Schwerpunkte ordentlich abzubilden, wir haben den Regierungsauftrag ernst genommen und geliefert.“

Noch vor der inhaltlichen Diskussion galt es auf dem Parteitag aber nochmals Jens Böhrnsen Danke zu sagen. Dieter Reinken: „Jens Böhrnsen hat die SPD nach seiner Amtsübernahme im Jahr 2005 aus dem schon fast depressiven Stimmungstief der Großen Koalition geführt und sich durch seine verlässliche Arbeit und seine ständige Dialogbereitschaft parteiübergreifend im Bund und bei den anderen Ländern Anerkennung erworben, so dass heute niemand mehr die Eigenständigkeit Bremens als 16. Bundesland in Frage stellt.“ Auch Carsten Sieling dankte Jens Böhrnsen und erinnerte daran, dass „die Haushaltshilfen des Bundes ein Resultat der guten und harten Arbeit Jens Böhrnsens sind, ohne die in Bremen gar nichts mehr ginge“.

In seiner Rede skizzierte der künftige Bremer Bürgermeister die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Inhalte: Mit der Ausbildungsgarantie soll der Arbeitslosigkeit der Nachwuchs entzogen werden, mit dem Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) und der Weservertiefung wird der Wirtschaftsstandort Bremerhaven nachhaltig gestärkt, durch die Zusammenlegung der Bereiche Kinder und Bildung werden wir Brüche in den Bildungsbiografien der Kinder und Jugendlichen mindern und für mehr gute Bildung sorgen. Wir stehen zu wachsenden Städten und werden in Zukunft mehr Flächen für den Wohnungsbau ausweisen und unsere Städte so für Familien und junge Menschen attraktiver machen. Bei der Polizei und der Feuerwehr werden wir in Zukunft auf realistische Personalzahlen und nicht auf finanzielle Zielzahlen setzen, eine verlässliche Basis für Einstellungen und die Ausbildungsplanung.

Als weiteren Rahmen wurden auf dem Landesparteitag zum Koalitionsvertrag die Anträge „Sicherung der Finanzierung des Kommunalen Klinikverbunds (GeNo) ist wichtig“ und „Gröpelingen

stärken: Neue Perspektiven für Bildung im Bremer Westen“ beschlossen.

Als Senatorinnen und Senatoren nominierten die Delegierten Dr. Claudia Bogedan (Kinder und Bildung), Martin Günthner (Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Justiz und Verfassung), Ulrich Mäurer (Inneres) und Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz). Ulrike Hiller soll weiterhin als Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa fungieren.



Der am 15. Juli 2015 von der Bürgerschaft gewählte neue Bremer Senat, von links nach rechts: Martin Günthner, Anja Stahmann, Karoline Linnert, Carsten Sieling, Ulrich Mäurer, Joachim Lohse, Eva Quante-Brandt und Claudia Bogedan.

Das neue Gesicht war dabei Claudia Bogedan, die Carsten Sieling nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen für viele überraschend als Senatorin für das neue Ressort „Kinder und Bildung“ vorgeschlagen hatte. Sie arbeitete bisher für die Hans-Böckler-Stiftung und gehörte bis zu ihrer Wahl zur Bremer Senatorin dem SPD-Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen an. Bremen kennt sie aus der Zeit ihres Studiums, an der Universität Bremen hat sie promoviert und war in dieser Zeit auch bei den Bremer Jusos aktiv.

Die Mitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen fand parallel zu unserem Landesparteitag statt. Auch sie stimmte einmütig dem Koalitionsvertrag zu und auch hier wurde ein identischer Antrag zum Campus Ohlenhof beschlossen.

Koalitionsvertrag unterzeichnet

Am 13. Juli 2015 unterzeichneten im Rahmen einer kleinen Zeremonie im Haus der Bremischen Bürgerschaft SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Koalitionsvertrag. Für die SPD unterschrieben der Landesvorsitzende Dieter Reinken, der designierte Bürgermeister Carsten Sieling und der Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe den Vertrag, für Bündnis 90/Die Grünen die damalige Landesvorstandssprecherin Henrike Müller, der Landesvorstandssprecher Ralph Saxe, Bürgermeisterin Karoline Linnert und die Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer.

Carsten Sieling zum Präsidenten des Senats gewählt

Am Mittwoch, den 15. Juli 2015 fanden die Wahlen der Senatsmitglieder in der Bremischen Bürgerschaft statt. Bei seiner Wahl zum Bremer Bürgermeister und Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen erhielt Dr. Carsten Sieling 46 von 83 möglichen Stimmen – zwei mehr als die 44 Stimmen, die die eigene Koalition einbringen konnte. Mit Carsten Sieling wurden vier weitere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie drei Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen zu Senatorinnen und Senatoren gewählt:

- Dr. Claudia Bogedan (SPD) für Kinder und Bildung
- Martin Günthner (SPD) für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie für Justiz und Verfassung
- Ulrich Mäurer (SPD) für Inneres
- Karoline Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) für Finanzen
- Dr. Joachim Lohse (Bündnis 90/Die Grünen) für Umwelt, Bau und Verkehr
- Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD) für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
- Anja Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Als weiteres Mitglied des Senats gemäß Art. 107 der Bremer Landesverfassung wurde Ulrike Hiller (SPD) in ihrem Amt als Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa sowie als Staatsrätin für Bundes- und Europaangelegenheiten bestätigt.

Ein Woche später, am 22. Juli 2015 gab Carsten Sieling nun als Bürgermeister und Präsident des Senats die Regierungserklärung zur Arbeit des Senats ab. Damit war das Ziel erreicht, noch vor den Sommerschulferien die Senatsbildung abzuschließen.

Sarah Ryglewski wird Bundestagsabgeordnete

Mit der Wahl zum Präsidenten des Senats hat Carsten Sieling sein Mandat im Deutschen Bundestag abgegeben. Für ihn rückte die stellvertretende Landesvorsitzende und bisherige Bürgerschaftsabgeordnete Sarah Ryglewski in den Deutschen Bundestag nach.

SWAPO-Delegation zu Besuch in Bremen

Am 7. September 2015 konnten wir eine Delegation der South-West Africa People's Organisation (SWAPO) aus Namibia im Landesbüro begrüßen.

Nangolo Mbumba, Generalsekretär der SWAPO, Abgeordneter des Nationalparlaments und ehemaliger Minister, Rebecca Ndjoze-Ojo, stellvertretende Ministerin für Höhere Bildung und Innovation, Ben Amathila, Mitglied im SWAPO-Parteibüro und ehemaliger Minister, und Magongo Ipinge, politischer Assistent des Generalsekretärs der SWAPO, besuchten vom 5. bis 12. September 2015 auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung Bremen und Berlin.



Am 7. September 2015 besuchte eine Delegation der South-West Africa People's Organisation (SWAPO) aus Namibia die Bremer SPD. Landesvorsitzender Dieter Reinken (3. v. r.), Gunther Hilliges (4. v. l.), Forum Eine Welt in der SPD, und Martin Töben (links), Sprecher des Forums Eine Welt in der Bremer SPD, begrüßten die Gäste im Parteibüro.

Die SWAPO wurde 1960 gegründet und ist seit der Unabhängigkeit Namibias im Jahr 1990 Regierungspartei. Die SWAPO setzt sich in Namibia insbesondere für die nationale Einheit, für Frieden und Versöhnung ein. Weitere Schwerpunkte ihrer Politik sind Gerechtigkeit, Schaffung einer dynamischen Wirtschaft, Landreform, Gleichstellung der Geschlechter, Verbesserung des Bildungswesens, Ausbau des Gesundheitswesens sowie der Infrastruktur und der Unterstützung von älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen.

Beim Besuch im Landesparteibüro standen die Informationen zum Aufbau der Partei und die politische Arbeit in einem Stadtstaat im Mittelpunkt. Interesse zeigten die Gäste aus Namibia insbesondere an den Beteiligungs- und Willensbildungsprozessen in der SPD. Sie betonten, wie wichtig es für Parteien in der ganzen Welt wäre, junge Leute für Parteiarbeit zu motivieren und zu aktivieren.

Politische Weichenstellungen

Zu drei zentralen Politikthemen hatte der Landesvorstand gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber dem Senat Stellung zu beziehen.

1. Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft

Nachdem bereits im Koalitionsvertrag 2011 Festlegungen hinsichtlich der Diskussion über die Zukunft der Abfallwirtschaft nach dem 1. Juli 2018 erfolgt worden waren, kamen der Landesvorstand und die Arbeitsgruppe „Rekommunalisierung“ zur Feststellung, dass senatsseitig wenig konkrete Vorbereitungen getroffen worden waren, ein Modell vorzulegen, das unseren Kriterien „mehr kommunaler Einfluss, Gebührenstabilität und gute Arbeit“ entsprach. Die im Landesvorstand geübte Kritik am damaligen Stand wurde auch presseöffentlich kommuniziert. In verschiedenen Gesprächsrunden und einer abschließenden Konferenz im Treffpunkt KWADRAT am 26. November 2014 wurden die Ausgangsbedingungen für politisches Handeln analysiert und eine Entscheidung des Landesvorstandes vorbereitet. Hierbei ging es insbesondere darum, das große Ziel

„Rekommunalisierung“ – zu dem sich der Landesvorstand der vormaligen Periode programmatisch bekannt hatte – auf eine realistische Grundlage zu stellen und unter den konkreten Bremer Verhältnissen „gangbar“ zu machen. Dem Landesvorstand ging es dabei insbesondere um Gesprächskontakte mit den Betriebsräten und Gewerkschaften der Abfallwirtschaft, aber auch mit Unternehmensvertretern und Vertretern des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU). Denn: Entscheidend ist, dass ab Juli 2018 die Mülltonnen weiter ohne Probleme abgeholt werden! Der Beschluss des Landesvorstandes vom 5. Dezember 2014 trug dem Rechnung: mehr kommunaler Einfluss durch maßgebliche Beteiligung – aber Zusammenarbeit mit Privaten – selbstverständlich unter den Maßgaben „guter Arbeit“. Und erste Schritte im Bereich Straßenreinigung und Recyclinghöfe. Wir hatten damit die Weichen gestellt für eine eindeutige Positionierung im Wahlkampf – auch wenn uns das Kritik von Verdi eintrug – und für die Festlegungen im späteren Koalitionsvertrag 2015 – 2019. Diesen Prozess muss die Partei weiter begleiten und darf ihn nicht dem zuständigen „grünen“ Ressort überlassen.

2. Zukunft der kommunalen Krankenhäuser

Bereits im Februar 2014 befasste sich der Landesvorstand mit der gesellschaftsrechtlichen Zusammenlegung der vier bisher eigenständigen Klinikgesellschaften Nord, Mitte, Links der Weser und Ost. Diese nötige Zusammenlegung war in früheren Jahren sowohl im Senat als auch in der Partei abgelehnt bzw. sehr kritisch gesehen worden. In einer Diskussion unter Beteiligung des damaligen Gesundheitssenators Hermann Schulte-Sasse, von Verdi und Betriebsräten der Kliniken beschloss der Landesvorstand am 10. Februar 2014 „die gesellschaftsrechtliche Zusammenfassung mitzutragen und den weiteren Weg der Konsolidierung der kommunalen Kliniken zu unterstützen“. Kommunale Kliniken sind Eckpunkte unseres Verständnisses von Daseinsvorsorge: Eine intensive Befassung mit deren Zukunft blieb daher auf der Agenda. Der Landesvorstand befasste sich deshalb im Oktober 2015 erneut mit der Entwicklung der Gesundheit Nord gGmbH (GeNo). Im Beschluss des Landesvorstandes „Kommunale Kliniken stärken“ vom 13. Oktober 2015 werden insbesondere Forderungen an den Haushalt formuliert: „[...] Für die Bremer SPD ist die Existenz kommu-

ner Kliniken unverzichtbarer Bestandteil einer öffentlichen Daseinsvorsorge. [...] Auf dieser Grundlage erwarten wir angesichts der bekannten Risiken aus den Investitionen in den Neubau am Klinikum Bremen-Mitte, den Pensionslasten und der Buchwertgarantie vom Senat im Rahmen der diesjährigen und künftigen Haushaltsentscheidungen die Absicherung des Veränderungsprozesses der GeNo.“

3. Ausbildungsgarantie

Mit einer umfassenden Erörterung und entsprechender Beschlussfassung unterstützte der Landesvorstand im März 2014 die Forderung nach einer „Ausbildungsgarantie“ und der Einrichtung einer „Jugendberufsagentur“. Der Arbeitslosigkeit den Nachwuchs nehmen – diese zentrale Aufgabe sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik braucht langen Atem und entsprechende finanzielle Mittel, die auch politisch durchgesetzt werden müssen. Dies war im Landesvorstand zu bekräftigen, um auch den nötigen Schub in die Umsetzung zu geben.

Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB)

Die kritische öffentliche Diskussion zum Investitionsvorhaben OTB – und auch kritische Nachfragen aus der Partei – veranlassten uns, dieses Thema im September 2015 noch einmal in einer Landesvorstandssitzung aufzurufen. Als Gäste begrüßten wir dazu Senator Martin Günthner, weitere Sachverständige aus dem Wirtschaftsressort, von Bremenports und der BIS Bremerhaven. Unsere auch im Koalitionsvertrag festgelegte gemeinsame Sichtweise auf dieses wichtige Projekt konnte dadurch nochmals gefestigt werden.

Struktur-/Organisationsreform – Diskussion abgebrochen

Bereits auf seiner konstituierenden Sitzung im Juli 2014 war der Landesvorstand vom Landesgeschäftsführer Roland Pahl umfassend zur Mitgliederentwicklung und zur Entwicklung der Finanzlage der Landespartei informiert worden. Daraus zog der Landesvorstand das Fazit, eine „Diskussion und Entscheidung zur Strukturreform in der 2. Hälfte des Jahres 2015 (nach dem Abschluss der Bürgerschaftswahlen): Bestandsaufnahme – Schlussfolgerungen/Ziele – Umsetzungsschritte“ anzustoßen.

In seiner Sitzung am 22. Mai 2015 setzte der Landesvorstand dementsprechend eine Projektgruppe ein, die aus den Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstandes, den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden der Unterbezirke sowie dem Landesgeschäftsführer bestand. Auch der Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion und der Präsident des Senats sollten in die Beratungen eingebunden werden. Die Projektgruppe sollte prüfen, ob und wie mit einer Reform der Strukturen der Partei – unter den Bedingungen einer weiter negativen Mitgliederentwicklung und bei reduzierten finanziellen Mitteln – die Kampagnenfähigkeit erhalten bzw. erhöht werden kann, um so den politischen Anforderungen, die durch die geringe Wahlbeteiligung und das schlechte Wahlergebnis noch erheblich gestiegen sind, wieder mehr gewachsen zu sein. Die Vorschläge der Projektgruppe sollten anschließend im Landesvorstand und breit mit der Partei diskutiert werden.

Eine erste Bestandsaufnahme sollte am Wochenende des 12./13. September 2015 in einer Klausurtagung der Projektgruppe in Bremerhaven stattfinden. Doch die Widerstände gegen Strukturveränderungen formierten sich bereits vor diesem Termin: Ein Bericht des Weser-Kuriers orakelte über die mögliche „Zerschlagung“ des Unterbezirks Bremen-Stadt. Für Unruhe sorgte auch ein Artikel des Landesgeschäftsführers im Vorwärts unter der Überschrift „Die Bremer SPD braucht einen neuen Anzug“. Er warf die Frage auf, ob der Organisationsmantel der SPD noch passt, nachdem die letzte tiefgehende Organisationsveränderung mit dem Zusammenschluss der Unterbezirke Bremen-West und Bremen-Ost zum Unterbezirk Bremen-Stadt vor rund 20 Jahren stattgefunden hatte und sich die Mitgliederzahl unserer Partei im Land Bremen in diesem Zeitraum praktisch halbiert hat. Weiter sprach er angesichts der enormen Größenunterschiede der drei Unterbezirke im Land Bremen von einer Dominanz des Unterbezirks Bremen-Stadt und von Dysfunktionalitäten in der Meinungsbildung. Der Landesvorsitzende Dieter Reinken hatte angesichts der Doppelstrukturen insbesondere von Unterbezirk Bremen-Stadt und der Landesebene vorgeschlagen, ein Organisationsmodell entsprechend der Struktur der Bremischen Bürgerschaft mit Stadt- und Landesebene zu diskutieren. Zumal es bei der politischen Arbeit und Kommunikation

an einer kommunalen Gliederungseinheit für die Stadtgemeinde Bremen seitens der Partei fehlt. Die beiden Bremer Unterbezirke hatten jedoch bereits vor der Klausurtagung der Projektgruppe jede Diskussion, die in ihre Bestandsstrukturen eingreifen würde, zum „No-Go“ erklärt. Hierbei blieb es während der Klausurtagung und der Landesvorstand schloss sich mit klarer Mehrheit dieser Position an. Damit wurde auch beschlossen, dass es über diese Frage zunächst zu keiner strukturierten, breiter angelegten Diskussion in der Partei kommt. Der Landesvorsitzende stellte in einem Vorwärts-Artikel in der Ausgabe 12/2015 – 01/2016 fest: „Sorgen vor dem Zerschlagen von »Bewährtem« überlagerten die Notwendigkeit einer kritischen Bestandsaufnahme. Diese notwendige Debatte haben wir jetzt gestoppt. Das mag zunächst nicht anders möglich sein – es löst jedenfalls nicht die strukturellen und finanziellen Probleme der SPD im Land Bremen. Es wird Aufgabe eines neuen Landesvorstandes sein, die offenen Fragen weiter zu bearbeiten.“

Umso umfassender befasste sich der Landesvorstand mit der Entwicklung der finanziellen Rahmenbedingungen der Landesorganisation und der Unterbezirke. Anlass dafür war die Aufarbeitung der finanziellen Auswirkungen eines aufwendigen Wahlkampfes und künftiger Mindererinnahmen besonders durch fehlende Beiträge von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern wegen Mandatsverlusten, reduzierte öffentliche Mittel aufgrund der Einbuße absoluter Stimmen bei den Wahlen sowie rückläufige Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen infolge des Mitgliederrückganges in den kommenden Jahren. Deutlich wurde dabei: Die Landesorganisation ist seit über zehn Jahren strukturell unterfinanziert und die periodisch wiederkehrenden Bürgerschaftswahlkämpfe verstärken diese Unterfinanzierung immer wieder. Als Konsequenz wurde eine noch stärkere Bewirtschaftung und Budgetierung der politischen Arbeit auf der Landesebene beschlossen, die allerdings die Unterfinanzierung nicht ändern wird. Landesvorsitzender und Landesgeschäftsführer wurden in ihrem Vorhaben unterstützt, beim Parteivorstand eine dauerhafte strukturelle Unterstützung für die Landesorganisation zu verhandeln. Hier sind wir auf einem guten Weg – und hoffen, dass ein neuer Landesvorstand damit gute Voraussetzungen vorfindet.



Landesparteitag der Bremer SPD am 26. September 2015 im Bürgerzentrum Neue Vahr. Gastredner war der Fraktions- und Landesvorsitzende der hessischen SPD und stellvertretende Parteivorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel.

Gleichwohl: Der Wahlkampf 2015 war zwar nicht der teuerste in der Geschichte der Bremer SPD – aber künftige dürfen nur deutlich niedrigere Kosten verursachen.

Landesparteitag im Bürgerzentrum Neue Vahr

Der Landesparteitag am 26. September 2015 im Bürgerzentrum Neue Vahr war lebhaft und diskussionsfreudig. Im Zentrum standen die Rede des stellvertretenden Parteivorsitzenden und Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Hessen-SPD, Thorsten Schäfer-Gümbel, zur Perspektivdebatte in der SPD, die Aussprache zu seiner Rede sowie die intensive Beratung der vom Landesvorstand eingebrachten Resolution „Bremen heißt Willkommen und stellt sich den Herausforderungen!“. Der beschlossene Text der Resolution R01 ist in diesem Jahrbuch dokumentiert.

Thorsten Schäfer-Gümbel positionierte sich in seiner Rede klar zur aktuellen Flüchtlingsdebatte: „Die Würde des Menschen ist unantastbar – Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes, das ist die oberste Richtlinie unserer Verfassung, das ist unsere Richtschnur.“ Scharf kritisierte er den Empfang von Ungarns Regierungschef durch die CSU: „Victor Orbán steht für ein Europa, welches wir glaubten überwunden zu haben. Es ist eine Schande, was Horst Seehofer sich erlaubt hat!“

Thorsten Schäfer-Gümbel warb für eine intensive Beteiligung an der Perspektivdebatte in der Partei: „Nutzt die Perspektivdebatte als Voraussetzung dafür, dass wir eine gute Grundlage für das Wahlprogramm 2017 erhalten und offene Fragen unter uns auch wirklich ausdiskutieren.“ Und weiter: „Die SPD muss im konkreten tagtäglichen Handeln zeigen, dass sie es besser kann, und eine klare Vision für eine gerechtere Zukunft aufzeigen.“

Im Vorfeld des Parteitages hatte der Arbeitskreis „Wirtschaft und Finanzen“ (WiFi) gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Europa“ den Antrag „Eine neue Offensive für Europa – Vorrang für Beschäftigung statt Stagnation und Deflation“ erarbeitet und sich intensiv mit dem Thema beschäftigt. Vom Parteitag wurde der Antrag bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen und in den Bundesparteitag eingebracht, wo er einen wichtigen Debattenimpuls geben konnte.

Bundesparteitage und Parteikonvente

Auf dem Parteikonvent am 20. September 2014 in Berlin waren unsere Delegierten Karl Bronke, Gisela Schwellach und Falk Wagner, auf dem Parteikonvent am 20. Juni 2015 wieder in Berlin vertraten die Bremer SPD als Delegierte Falk Wagner und Melanie Kennard.

Als Delegierte für die Bundesparteitage der nächsten zwei Jahre wählte der Landesparteitag am 26. September 2015 Sören Böhrnsen, Karl Bronke, Janne Herzog, Uta Kummer, Sarah Ryglewski, Uwe Schmidt, Joachim Schuster und Gisela Schwellach, die alle auch am Parteitag vom 10. bis 12. Dezember 2015 in Berlin teilnahmen. Auf dem Bundesparteitag wurde Carsten Sieling mit einem überzeugenden Ergebnis wieder in den Parteivorstand gewählt.

Wahlbeteiligung steigern – Bremer Wahlrecht fortentwickeln

Der Landesparteitag vom 11. Juli 2015 verabschiedete u. a. auch den Antrag A 26 „Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Wahlrechts“. Zur Umsetzung des Parteitagsbeschlusses setzte der Landesvorstand am 20. Juli 2015 die Projektgruppe „Fortentwicklung des Bremer Wahlrechts und Steigerung der Wahlbeteiligung“ ein. Ihr gegenüber dem Parteitagsbeschluss erweiterter Arbeitsauftrag lautete, sich neben dem Wahlrecht auch mit der Steigerung der Wahlbeteiligung zu beschäftigen. In die Projektgruppe wurden berufen: der Landesvorsitzende, zwei weitere Mitglieder des Landesvorstandes, der Landesgeschäftsführer, der Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion, vier Vertreterinnen und Vertreter des Unterbezirks Bremen-Stadt, je zwei Vertreterinnen und Vertreter der Unterbezirke Bremen-Nord und Bremerhaven – wobei jeweils die Hälfte der Vertreterinnen und Vertreter der Unterbezirke Vorsitzende von Ortsvereinen sein sollten – und die Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften 60 plus, Selbst Aktiv, ASF, ASJ und der Jusos. Die Projektgruppe führte am 9. September 2015, am 17. Dezember 2015 und am 10. Februar 2016 insgesamt drei intensive Arbeitssitzungen durch. Die namentliche Zusammensetzung der Projektgruppe und ihre Arbeitsergebnisse sind in die Partei kommuniziert worden und auch in diesem Jahrbuch dokumentiert. Unter dem Eindruck der Ergebnisse der Landtagswahlen vom 13. März 2016, mit einem zweistelligen Ergebnis für die Rechtspopulisten der AfD in allen drei Bundesländern, muss der Hinweis erlaubt sein, dass die für die Legitimation der repräsentativen Demokratie gerade auch im Land Bremen unbedingt erforderliche Steigerung der Wahlbeteiligung nicht eindimensional nur quantitativ betrachtet werden kann, sondern auch der qualitativen Orientierung bedarf.

Nous sommes unis

Es ist unfassbar, was Menschen Menschen antun. Die Bremerinnen und Bremer tragen die Freundschaft zu Frankreich im Herzen. Wir teilen die Trauer mit dem französischen Volk. Der Landesvorsitzende Dieter Reinken erklärte zu den Terroranschlägen vom 13. November 2015 in Paris: „Ich

bin fassungslos angesichts dieser neuen Dimension des Terrors. Wir sind solidarisch mit Frankreich. Die Anschläge richten sich auch gegen uns. Mein Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Familien. Wir müssen Demokratie und Freiheit verteidigen – das ist selbstverständlich! Gleichzeitig muss mit großer Energie und Entschlossenheit an Lösungen der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika gearbeitet werden. Hier muss die Bundesregierung weiter eine wichtige Rolle einnehmen. Und wir dürfen keine populistischen Reaktionen gegen unsere Flüchtlingspolitik zulassen. Wir schützen die Menschen, die vor Krieg und Terror geflohen sind.“

Am 16. November 2015 hat der Landesvorstand den in diesem Jahrbuch dokumentierten Beschluss „Wir stehen an der Seite Frankreichs“ gefasst. Schlimm ist, dass dieser Beschluss angesichts des schon fast alltäglichen Terrors in der Welt und nicht zuletzt nach den Terroranschlägen vom 22. März 2016 in Brüssel nichts an Aktualität verliert und eigentlich der ständigen Ergänzung bedarf.

Mitgliederbefragung zur Besetzung des Landesvorsitzes der SPD im Land Bremen

Dieter Reinken hatte bereits im September 2015 erklärt, im Frühjahr 2016 nicht erneut für das Amt des Landesvorsitzenden kandidieren zu wollen. Im Dezember 2015 hat der Landesvorstand dann beschlossen, eine Befragung aller Mitglieder im Land Bremen zur Frage der Besetzung des Landesvorsitzes durchzuführen – vorausgesetzt es gibt mehr als eine Bewerberin bzw. einen Bewerber für das Amt. Nachdem deutlich geworden war, dass diese Bedingung erfüllt sein würde, hat der Landesvorstand in seiner Sitzung am 15. Januar 2016 eine „Richtlinie zur Durchführung der Mitgliederbefragung zur Besetzung des Landesvorsitzes der SPD im Land Bremen“ beschlossen, die auch in diesem Jahrbuch dokumentiert ist.

Start ins politische Jahr 2016: Jahresauftaktveranstaltung, Organisationswahlen auf allen Gliederungsebenen und in allen Arbeitsgemeinschaften und Foren, Mitgliedervotum

Am 15. Januar 2016 trafen sich die Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Bremer SPD zur Jahresauftaktveranstaltung wieder im Treffpunkt KWADRAT. Die Redner waren der Landesvorsitzende Dieter Reinken und, in seiner neuen Rolle als Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Carsten Sieling.

In den ersten Wochen und Monaten des Jahres 2016 wurden wieder die alle zwei Jahre stattfindenden Organisationswahlen auf allen Ebenen der Partei im Land Bremen durchgeführt. In den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften wurden ab Jahresbeginn neue Vorstände gewählt, dann folgten die Unterbezirksparteitage: Bremen-Stadt am 12. März 2016, Bremen-Nord am 16. März 2016 und Bremerhaven am 9. April 2016. Abgeschlossen wird der Reigen dann mit dem Landesparteitag im BLG-Forum am 30. April 2016 mit der Neuwahl des Landesvorstandes.

Und die Mitgliederbefragung zur Besetzung des Landesvorsitzes der SPD im Land Bremen läuft, sie wird als reine Briefwahl durchgeführt. Die 4.283 stimmberechtigten Mitglieder können zwischen den Bremer Bürgerschaftsabgeordneten Sascha Karolin Aulepp aus dem Ortsverein Altstadt-Mitte und Mustafa Güngör aus dem Ortsverein Osterholz entscheiden.

Die Auszählung findet am 16. April 2016 statt, am selben Tag wird auch das Ergebnis bekanntgegeben. Haben sich mehr als 20 Prozent der Mitglieder am Mitgliedervotum beteiligt, wird der Landesvorstand die Gewinnerin bzw. den Gewinner dem Landesparteitag zur Wahl für das Amt des Landesvorsitzes vorschlagen. Sascha und Mustafa haben dieses Verfahren akzeptiert und werden jeweils nur auf dem Landesparteitag kandidieren, wenn sie das Mitgliedervotum für sich entschieden haben.



Wie schon im 2015 Jahr, lud die Bremer SPD auch zum Jahresauftakt 2016 Mitglieder und Freundinnen und Freunde der Partei in den Treffpunkt KWADRAT ein – rund 250 Gäste waren am 15. Januar zu einem Abend mit Politik und Musik gekommen.

Unser Landesbüro mit dem Landesgeschäftsführer Roland Pahl und seinen Mitarbeiterinnen Sabine Alexandridis und Karen Schuster sowie seinem Mitarbeiter Kevin Lenkeit leisten eine enorme Arbeit für alle Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Foren sowie aller sonstigen Verästelungen unserer Partei im Land Bremen. Dem Büro gilt unser ausdrücklicher Dank. In diesen Dank möchten wir auch die ausgeschiedenen Mitarbeiter Wolfgang Arnhold (ausgeschieden zum 31. Dezember 2015) und Djubin Pejouhandeh (ausgeschieden zum 30. Juni 2015) sowie Katharina Rosenbaum als Mitarbeiterin im Bremerhavener Parteibüro (ausgeschieden zum 31. Dezember 2015) ausdrücklich einbeziehen.

Für den Landesvorstand
Dieter Reinken
Landesvorsitzender

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDES

gewählt auf dem Landesparteitag am 21. Juni 2014 in Bremen

Vorsitzender:

Dieter Reinken, MdBB

Stellvertretende Vorsitzende:

Sarah Ryglewski, MdBB

Elias Tsartilidis, MdBB

Schatzmeisterin:

Petra Krümpfer, MdBB

Schriftführer:

Gisela Schwellach

Beisitzerin und Beisitzer:

Sascha Karolin Aulepp, MdBB

Meike Baasen

Karl Bronke

Markus Fabian

Arno Gottschalk, MdBB

Wolfgang Grotheer

Rainer Hamann, MdBB

Kerstin Imrie

Brigitte Lückert

Dennis Van der Kamp

Nicoletta Witt

Wencke Wolak (Amtsniederlegung am 18. September 2015)

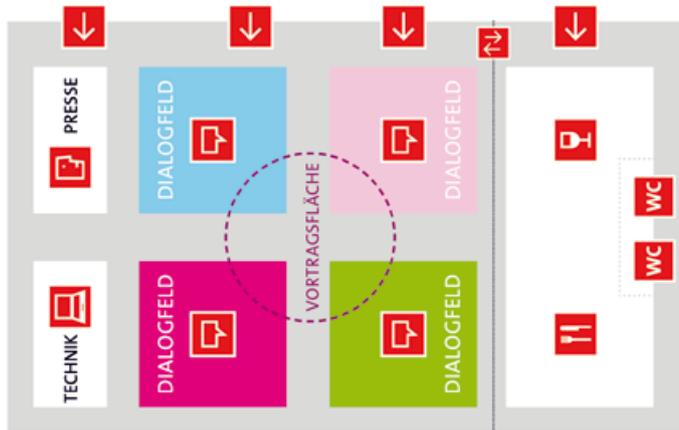
Geschäftsführer:

Roland Pahl

Termine der parteiöffentlichen Arbeitsgruppen zur Erarbeitung des Regierungsprogramms 2015-2019

Parteiöffentliche Arbeitsgruppen	Termin 1	Termin 2	Termin 3
Themencluster 1: Wachstum – Innovation – Nachhaltigkeit – Wissenschaft Leitung: Elias Tsartilidis, Rainer Hamann	Montag, 29. September 2014, 18:00 Uhr , Haus der Wissenschaft, Sitzungsraum 1. OG, Sandstr. 4/5, 28195 Bremen	Montag, 20. Oktober 2014, 18:00 Uhr , Der Paritätische, Pavillon, Außer der Schleifmühle 55-61, 28203 Bremen	
Themencluster 2: Gute Bildung für alle Leitung: Nicoletta Witt, Brigitte Lückert	Donnerstag, 18. September 2014, 18:00 Uhr , DGB-Haus, Sitzungszimmer 4, Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen Schwerpunkt: Ganztägiges Lernen	Dienstag, 14. Oktober 2014, 18:30 Uhr , Treffpunkt KWADRAT, Raum Hanse, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen	Montag, 27. Oktober 2014, 17:30 Uhr , Treffpunkt KWADRAT, Raum Hanse, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen
Themencluster 3: Verkehr – Bau – Umwelt – Stadtentwicklung Leitung: Gisela Schwellach, Wencke Wolak	Dienstag, 14. Oktober 2014, 19:00 Uhr , Der Paritätische, Pavillon, Außer der Schleifmühle 55-61, 28203 Bremen Schwerpunkt: Stadtentwicklung und Wohnen	Montag, 20. Oktober 2014, 20:00 Uhr , Konsul-Hackfeld-Haus, Großer Clubraum, Birkenstraße 34, 28195 Bremen Schwerpunkt: Stadtentwicklung und Verkehr	Mittwoch, 22. Oktober 2014, 19:00 Uhr , Konsul-Hackfeld-Haus, Großer Clubraum, Birkenstraße 34, 28195 Bremen Schwerpunkt: Stadtentwicklung und Umwelt
Themencluster 4: Demokratische Gesellschaft – gleiche Teilhabe – sicher leben Leitung: Wolfgang Grotheer, Sascha Aulepp	Montag, 13. Oktober 2014, 17:30 Uhr , Büro der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Raum Anna Stiegler, Wachtstr. 27/29, 28195 Bremen Schwerpunkt: Beiräte	Montag, 20. Oktober 2014, 17:30 Uhr , Büro der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Raum Friedrich Ebert, Wachtstr. 27/29, 28195 Bremen Schwerpunkt: alle weiteren Themen des Clusters	Montag, 3. November 2014, 17:30 Uhr , Büro der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Raum Friedrich Ebert, Wachtstr. 27/29, 28195 Bremen Danach: Fachgespräch zum Thema Medien im Rahmen der Erarbeitung Regierungsprogramm
Themencluster 5: Gute Arbeit für alle Leitung: Sarah Ryglewski, Markus Fabian	Donnerstag, 11. September 2014, 18:00 Uhr , Treffpunkt KWADRAT, Raum Hanse, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen	Montag, 13. Oktober 2014, 18:00 Uhr , DGB-Haus, Sitzungszimmer 4, Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen	
Themencluster 6: Jugend – Freizeit – Kultur – Sport Leitung: Petra Krümpfer, Dennis van der Kamp	Donnerstag, 18. September 2014, 18:00 Uhr , Treffpunkt KWADRAT, Raum Hanse/Kogge, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen parteiintern	Donnerstag, 16. Oktober 2014, 18:00 Uhr , Treffpunkt KWADRAT, Raum Hanse/Kogge, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen mit Experten	
Themencluster 7: Solidarische Gesellschaft – sozialer Zusammenhalt – Integration Leitung: Karl Bronke, Meike Baasen	Dienstag, 23. September 2014, 18:00 Uhr , Treffpunkt KWADRAT, Raum Hanse, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen Schwerpunkt: Kinder/Jugend/Migration	Mittwoch, 1. Oktober 2014, 18:00 Uhr , Arbeitnehmerkammer Bremen, Kultursaal, Bürgerstr. 1, 28195 Bremen Schwerpunkt: Behinderung/Alter/Gesundheit	Montag, 13. Oktober 2014, 18:00 Uhr , Arbeitnehmerkammer Bremen, Raum 402, Bürgerstr. 1, 28195 Bremen Schwerpunkt: Armut/Existenzsicherung
Themencluster 8: Finanzielle Grundlagen des Stadtstaates sichern – Allianzen für die Zukunft Leitung: Arno Gottschalk, Kerstin Imrie	Dienstag, 30. September 2014, 18:00 Uhr , Büro der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Raum Friedrich Ebert, Wachtstr. 27/29, 28195 Bremen	Montag, 27. Oktober 2014, 18:00 Uhr , Büro der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Raum Anna Stiegler, Wachtstr. 27/29, 28195 Bremen	

MESSE BREMEN, HALLE 4.1



Vier parallele Dialogforen in einer Halle – wie kann das funktionieren? Jedes Forum findet in einem Bereich der Halle (Dialogfeldern) statt. Die Kommunikation erfolgt über Mikrofone, Empfänger und Kopfhörer.

Kopfhörer und Empfänger erhalten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Empfang. Auf den Kanälen 1–4 werden die Dialogforen übertragen. Wenn Sie sich im Forum zu Wort melden, wird Ihnen ein Mikrofon gereicht.



VERANSTALTUNGSSORT:

Messe Bremen, Halle 4.1
Findorfstraße 101 (Bürgerweide), 28215 Bremen
 Der Veranstaltungsort ist barrierefrei zu erreichen. Sollte weitere Unterstützung notwendig sein, melden Sie sich bitte unter
 E-Mail: info-bremen@spd.de oder unter Telefon: 0421/3 50 18-0

ANREISE:

Die Messe Bremen liegt zentral in der Stadt unmittelbar am Hauptbahnhof, Ausgang Bürgerweide.
ÖPNV:
 Haltestelle Hauptbahnhof, Linien: 4, 5, 6, 8, 10, 20, 24, 26, 27, 63
 Haltestelle Messezentrum, Linien: 20, 26, 27
Pkw:
 Kostpflichtige Parkplätze sind direkt vor dem Veranstaltungsort auf der Bürgerweide vorhanden. Anfahrt über die Theodor-Heuss-Allee.

KONTAKT UND INFORMATIONEN

SPD-Landesorganisation Bremen
 Obernstraße 39 – 43, 28195 Bremen
 Telefon: 04 21/3 50 18-0, Telefax: 04 21/3 50 18-37
 E-Mail: info-bremen@spd.de
www.spd-land-bremen.de



ZUKUNFTSKONGRESS

„Leben, arbeiten, lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven“

„LEBEN, ARBEITEN, LERNEN, WOHNEN ... IN BREMEN UND BREMERHAVEN“

Im Land Bremen findet am 10. Mai 2015 die nächste Bürgerschaftswahl statt. Die SPD erarbeitet in diesen Monaten ihr Regierungsprogramm 2015 – 2019. Wir möchten Sie einladen, mit uns zu diskutieren! Auf unserem **ZUKUNFTSKONGRESS „Leben, arbeiten, lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven“** am Samstag, 6. Dezember 2014, von 10:00 – 16:00 Uhr, Messe Bremen, Halle 4.1.

09:30 Uhr:	Entreffen und Anmeldung
10:15 Uhr:	Begrüßung Sarah Byglewski, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landesorganisation Bremen
10:20 Uhr:	Rede Dieter Reinken, Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen
10:40 Uhr:	Einführung in die Dialogforen
11:00 – 12:30 Uhr:	Dialogforen (siehe Innenseite)
12:30 – 13:30 Uhr:	Mittagspause
13:30 – 15:00 Uhr:	Dialogforen (siehe Innenseite)
15:15 Uhr:	Rede Bürgermeister Jens Böhrnsen, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Acht Dialogforen und zwei Reden an einem Tag in einer Halle. Seien Sie gespannt auf ein besonderes Veranstaltungsformat. Stadtgesellschaften und Arbeitswelten sind nicht statisch, sie verändern sich, manchmal dynamischer als vorhergesehen. Wie wollen, wie werden wir in Zukunft in Bremen und Bremerhaven leben, arbeiten, lernen, wohnen ...? Darum geht es auf diesem themenreichen Kongress. Sie sind herzlich eingeladen, dabei zu sein.

Samstag, 6. Dezember 2014

10:00 – 16:00 Uhr
Messe Bremen, Halle 4.1

INFORMATIONEN UND ANMELDUNG:

<https://www.spd-land-bremen.de/Termine.htm>
www.bremenmitkunft.de
 E-Mail: info-bremen@spd.de



WIE VERBESSERN WIR DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT IN BREMEN UND BREMERHAVEN?

Wie können wir Armut bekämpfen und den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten fördern? Dazu wollen wir drei wichtige Themenschwerpunkte herausgreifen:

11.00 – 12.30 Uhr

Die Herausforderung: soziale Ungleichheit in unseren Städten
Dr. Karl Bronke, Abteilungsleiter im Sozialressort der Freien Hansestadt Bremen

Gleiche Chancen für alle Kinder

Thomas Schwarzer, Referent für kommunale Sozialpolitik bei der Arbeitsmarktkammer Bremen
Soziale Integration durch Sport

Petra Krümpfer, Sportpolitische Sprecherin der

SPD-Bürgerschaftsfraktion

Stadtteilstrategiem Wohnen in Nachbarschaften und

Quartierszentren

Sarah Ryglewski, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft

Moderation:

Dr. Petra Kodré, Leiterin der Fachstelle Wohnen im Amt für

Soziale Dienste der Freien Hansestadt Bremen

VIelfalt und Teilhabe – Ein Gewinn für Bremen!

Städte werden durch Vielfalt interessant und lebenswert. Wer bei uns lebt, gehört zu uns. Wir sehen Vielfalt als Bereicherung und schätzen die unterschiedlichen interkulturellen Kompetenzen, die Menschen zu uns mitbringen. Dazu gehört aber auch, dass alle Gruppen am Leben in den Städten teilhaben können. Welche Wege können wir dazu gehen?

13.30 – 15.00 Uhr

Zuwanderung bedeutet Vielfalt

Silke Harth, Migrations- und Integrationsbeauftragte der

Freien Hansestadt Bremen

Teilhabe – auch und gerade bei Beeinträchtigungen

Petra Wontorra, Mitglied im Beirat Gröppeligen

Flichtlinge und Migrationsberatung

Luyana Bogacki, Landeskoordinatin für Migration der

Freien Wohlfahrtspflege Bremen

Moderation:

Dr. Sabine Usuner, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft

Migration und Vielfalt in der SPD-Landesorganisation Bremen

GUTE BILDUNG EIN LEBEN LANG VON ANFANG AN!

Kita – Schule – Berufsschule – Hochschule – Weiterbildung
Gute Bildung ist die Basis für gute Perspektiven im Leben.

11.00 – 12.30 Uhr

Gute Bildung von Anfang an

Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Senatorin für Bildung und

Wissenschaft

Merkmale guter Oberschulen

Franz Jentschke, Schulleiter, Gesamtschule Bremen-Ost

Wohin nach der Schule?

Jochim Seede, Schulleiter, Europaschule Schulzentrum Utlbremen

Studieren in Bremen

Prof. Dr. Heidi Scheilhowe, ehemalige Koordinatorin für Lehre und

Studium der Universität Bremen

Moderation:

Mustafa Güngör, Bildungspolitischer Sprecher der

SPD-Bürgerschaftsfraktion

SCHÖNE NEUE FRAUENWELT – WIE WIR HEUTE

ARBEITEN. DIALOGFORUM DER ARBEITSGEMEIN-
SCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)

In der Arbeitswelt zeichnen sich große Veränderungen ab. Immer mehr Menschen sind befristet beschäftigt, arbeiten in Teilzeit oder haben unregelmäßige Arbeitszeiten. Teilweise nicht das erarbeitete Entgelt nicht aus. Welche Auswirkungen haben diese Arbeitsbedingungen für das Privatleben? Wie können vor diesem Hintergrund Arbeit und Leben vereinbart werden?

11.00 – 12.30 Uhr

Margareta Steinrück, Arbeitssoziologin und Koordinatorin der

Initiative „Arbeitszeitverkürzung Jetzt!“

Viola Logemann, Impulsgeber Zukunft e. V.

Jana Jenke, Personalreferentin interhomes AG

Moderation:

Verena Behrens, Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft

Sozialdemokratischer Frauen (ASF) in der SPD-Landesorganisation Bremen



STÄDTE IM WANDEL – HERAUSFORDERUNG UND CHANCE

Unsere Stadtgesellschaften verändern sich: Wir werden mehr, wir werden älter, wir werden bunter, wir leben anders. Arbeitswelt, Arbeitsplätze und Familienstrukturen ändern sich. Diese Entwicklungen sind Herausforderungen und Chance zugleich. Themen der Stadtentwicklung, die in diesem Dialogforum diskutiert werden sollen, sind: Wohnungsbau, Infrastruktur, Mobilität, Gewerbeflächen, Grün in der Stadt, Klimaschutz, Nachhaltigkeit.

11.00 – 12.30 Uhr

Martin Rode, Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)

Dipl.-Ing. Architekt Michael Frenz, Präsident der Architektenkammer Bremen

Dr. Andreas Otto, Syndicus, Handelskammer Bremen

Moderation:

Uta Kummer, Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt

JUNG, GESTALTET, ZUKUNFT. DIALOGFORUM DER

JUSOS IN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

Die Themenschwerpunkte bei uns Jusos liegen bei der Jugendpolitik im Bereich der Jugendbeteiligung und dem ÖPNV (möglichst kostenlos für alle). Darüber hinaus möchten wir uns stärker mit dem Thema Jugendverbandsarbeit auseinandersetzen. Diese drei Schwerpunkte möchten wir in diesem Dialogforum diskutieren.

13:30 – 15:00 Uhr

Was geht in Bremen und Bremerhaven?

Wenig ohne Jugendverbandsarbeit!

Nikolai Goldschmidt, Geschäftsführer des Bremer Jugendrings

In Bremen und Bremerhaven

Heike Blanck, Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen

Jung unterwegs – kostenfrei in Bremen und Bremerhaven!

Hauke von Almelo, stellvertretender Landesvorsitzender der

Jusos in der SPD-Landesorganisation Bremen

Moderation:

Janne Herzog, stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos

in der SPD-Landesorganisation Bremen

STARKE WIRTSCHAFT / GUTE ARBEIT: ZWEI SEITEN EINER MEDAILLE

Starke Wirtschaft und Gute Arbeit sind für die Bremer SPD die zwei Seiten einer Medaille. Um die Anforderungen der Wirtschaft und von Guter Arbeit an die Politik sowie den Ausgleich der Interessen soll es in diesem Dialogforum gehen.

13:30 – 15:00 Uhr

Elke Heydeck, Geschäftsführerin Arbeitnehmerkammer Bremen

Annette Dühling, Vorsitzende der DGB Region Bremen-Weser-Elbe

Billett Usuner, Diplom-Ökonom, Unternehmer: Usuner Consulting GmbH

Cornelius Neumann-Redlin, Hauptgeschäftsführer Unternehmensverbände im Lande Bremen e. V.

Moderation:

Sarah Ryglewski, stellvertretende Landesvorsitzende der

SPD-Landesorganisation Bremen, Arbeitsmarktpolitikerin,

Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschafts-

fraktion

Andreas Kottisch, Wirtschaftspolitischer Sprecher der

SPD-Bürgerschaftsfraktion

SCHICKSALSFRAGE FINANZEN – PERSPEKTIVEN FÜR DIE

FINANZBASIS DER FREIEN HANSESTADT BREMEN SCHAFFEN

Die zentrale Aufgabe bremischer Politik ist und bleibt die Sicherung der finanziellen Grundlage des Landes und der beiden Städte Bremen und Bremerhaven. Es geht um nicht weniger als um die politische Handlungsfähigkeit. Es geht darum, zukünftig nicht immer mehr Geld in Zinszahlungen stecken zu müssen, sondern es stattdessen zu investieren in eine starke Wirtschaft, in gute Arbeitsplätze, in gute Bildung und den sozialen Zusammenhalt.

13:30 – 15:00 Uhr

Prof. Dr. André W. Heinemann, Universität Bremen, Forschungs-

stelle Finanzpolitik Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)

Andreas Köhler, Handelskammer Bremen, zuständig für

Mittelstandspolitik und unternehmerische Dienstleistungen

Thomas Jablonnki, Referatsleiter im Finanzressort der Freien

Hansestadt Bremen

Burckhard Radtke, Gesamtpersonalrat der Freien Hansestadt

Bremen

Moderation:

Arno Gottschalk, Mitglied des SPD-Landesvorstandes und der

SPD-Bürgerschaftsfraktion, Finanzexperte

LAND
BREMEN

SPD

Miteinander

Dokumentation zum
Bürgerschaftswahlkampf 2015

Bürgermeisterreihe



Termine

Osterholz	Montag, 19. Januar 2015
Horn-Lehe	Donnerstag, 22. Januar 2015
Huchting	Montag, 26. Januar 2015
Woltmershausen	Dienstag, 3. Februar 2015
Borgfeld	Mittwoch, 4. Februar 2015
Neustadt	Mittwoch, 11. Februar 2015
Mitte	Donnerstag, 12. Februar 2015
Blumenthal	Montag, 16. Februar 2015
Vahr	Mittwoch, 18. Februar 2015
Findorff	Dienstag, 3. März 2015
Walle	Mittwoch, 4. März 2015
Obervieland	Donnerstag, 12. März 2015
Hemelingen	Mittwoch, 18. März 2015
Burglesum	Donnerstag, 19. März 2015
Gröpelingen	Montag, 23. März 2015
Östliche Vorstadt	Dienstag, 24. März 2015
Veogesack*	Donnerstag, 16. April 2015

* Der Termin in Veogesack musste abgesagt werden.

Veranstaltungen

- 10. April 2015 Auftaktveranstaltung
 - Erwin Sellering (Mecklenburg-Vorpommern)
 - Olaf Scholz (Hamburg)
 - Stephan Weil (Niedersachsen)
- 15. April 2015 „Sozialdemokratische Außenpolitik in stürmischen Zeiten – Diplomatie für Frieden und Stabilität“ mit Frank-Walter Steinmeier
- 16. April 2015 „Starke Wirtschaft – gute Arbeit“ mit Andrea Nahles
- 6. Mai 2015 Hannelore Kraft in Bremerhaven
- 7. Mai 2015 Hannelore Kraft in Bremen-Nord
- 8. Mai 2015 Wahlkampfendspurt mit Sigmar Gabriel

& die Band Captain Candy

Ministerpräsident Stephan Weil
10. April 2015

Miteinander.

Die SPD erleben!
Freitag, 10. April 2015 / Schlachthof Bremen

SPD

Ministerpräsident Erwin Sellering
10. April 2015

Bürgermeister Olaf Scholz
10. April 2015

Bürgermeister Jens Böhrnsen
10. April 2015

Freitag, 10. April 2015 / 18:00 – 20:00 Uhr
Schlachthof Bremen / Kassestraße
Förderplatz 51 / Bremen
Einlass ab 17:30 Uhr

www.spd-land-bremen.de

Don't stop
thinking about
tomorrow

Jens Böhrnsen Sigmar Gabriel

Funk & Soul mit: „realtime“

SPD Freitag, 8. Mai 2015
19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr
Musical Theater Bremen

www.spd-land-bremen.de

Materialien



- Kandidatinnen- und Kandidatenflyer
 - Bürgerschaft



- Beiräte-Flyer



- Kandidatinnen- und Kandidatenbriefpapier und Visitenkarten



- Regierungsprogramm „Leben, arbeiten, lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven“



- Kurzfassung des Regierungsprogramms
 - Starke Wirtschaft – Faire Arbeit
 - Bremen – weltoffen und lebendig
 - Gute Bildung – von Anfang an
 - Wohnen ist ein Menschenrecht



- Kurzfassung des Regierungsprogramms in leichter Sprache
- Argumentationshilfe der Fraktion und des PV

Großflächen Phase I

BREMEN WÄHLT AM 10. MAI 2015



Miteinander.
Bürgermeister, Hanseat, Bremer. **SPD**

www.spd-land-bremen.de

BREMEN WÄHLT AM 10. MAI 2015



Miteinander.
Sarah Ryglewski:
Politikwissenschaftlerin, Wellenreiterin,
Bremerin. **SPD**

Liste 01 – Platz 10

www.spd-land-bremen.de

BREMEN WÄHLT AM 10. MAI 2015



Miteinander.
Petra Krümpfer:
Kita-Leiterin, TURAnerin, Bremerin. **SPD**

Liste 01 – Platz 08

www.spd-land-bremen.de

BREMEN WÄHLT AM 10. MAI 2015



Miteinander.
Sükrü Senkal:
Lagerarbeiter, Libero, Bremer. **SPD**

Liste 01 – Platz 15

www.spd-land-bremen.de

BREMEN WÄHLT AM 10. MAI 2015



Miteinander.
Elombo Bolayela:
Fachverkäufer, Chorleiter, Bremer. **SPD**

Liste 01 – Platz 25

www.spd-land-bremen.de

BREMEN WÄHLT AM 10. MAI 2015



Liste 01 – Platz 54

Nicoletta Witt:
Gesamtpersonalrätin, Gewerkschafterin,
Bremerin. **SPD**

Miteinander.

www.spd-land-bremen.de

Großflächen Phase II



Großflächen Phase III



Citylights

BREMEN WÄHLT AM 30. MAI 2023



Miteinander.

Unser Bremen: weltoffen,
bunt und lebendig.

SPD

www.spd-land-bremen.de



BREMEN WÄHLT AM 30. MAI 2023



Miteinander.

Gute Bildung von Anfang an:
längere U3-Betreuungszeiten, mehr
Krippen- und Kita-Plätze, alle Grund-
schulen mit Ganztagsangebot.

SPD

www.spd-land-bremen.de



BREMEN WÄHLT AM 30. MAI 2023



Unsere Wirtschaft
wächst. Mit fairer
und sicherer Arbeit.

Miteinander.

SPD

www.spd-land-bremen.de



BREMEN WÄHLT AM 30. MAI 2023



Mit mehr Wohnungs-
bau bleibt gutes Wohnen
bezahlbar.

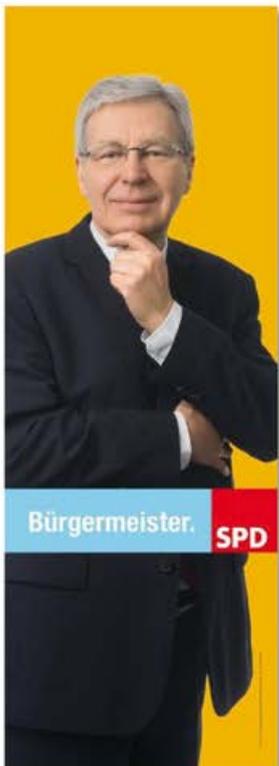
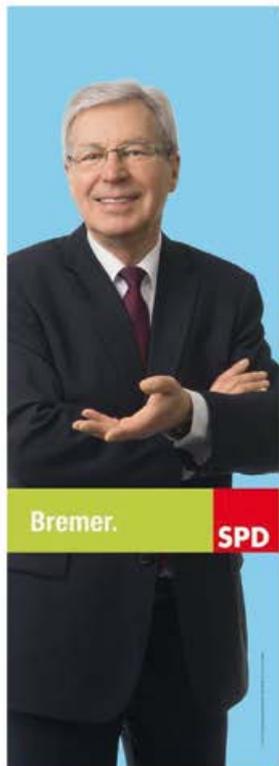
Miteinander.

SPD

www.spd-land-bremen.de



Litfaßsäulen



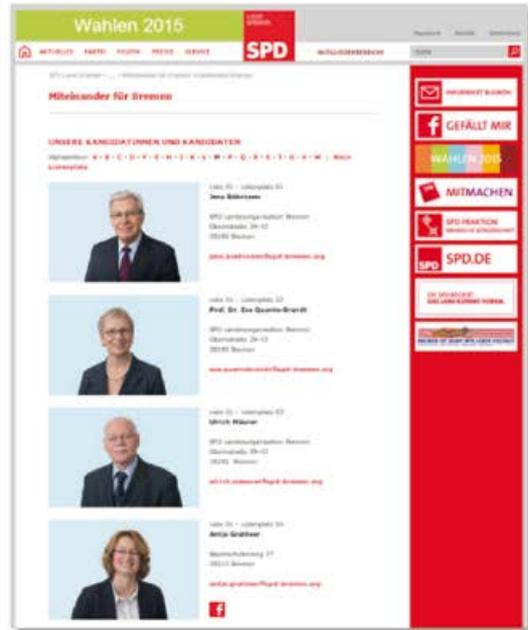
Moskito



AO Plakate



Homepage und Facebook



Give-Aways



- Lutscher
- Blumensamen
- Gummibärchen
- Bonbons
- Kugelschreiber
auch individualisierbar
- Luftballons
- Sattelüberzieher

Sonderaktionen



- Adventsverteilkaktion



- Internationaler Frauentag/Equal-Pay-Day



- Osterverteilkaktion

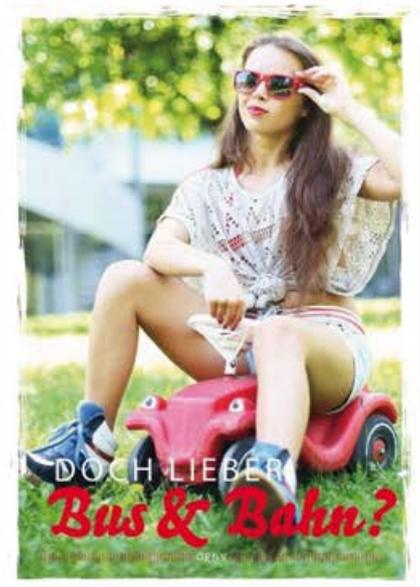


- 1. Mai/Tag der Arbeit



- Wählen gehen!

Sonderaktionen/Jusos



Sonderaktionen/Sattelüberzieher



Nachbarschaftskampagne – Tür-zu-Tür-Aktionen

- Campaignerinnen- und Campaigner-Schulungswochenende
 - Vom 28. bis zum 30. November 2015
- Campaignerinnen- und Campaignertreffen
 - 5. Februar 2015
 - 13. April 2015
- Schulung für die Tür-zu-Tür-Aktionen
 - 14. Februar 2015
 - 15. Februar 2015



- Es wurden in vielen Stadtteilen Haustürbesuche durchgeführt. Große Zahl von Infoständen und sonstigen Aktivitäten der Ortsvereine.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Bremen

Die Wahlbeteiligung erhöhen! Vorschläge für die politische Arbeit der Bremer und Bremerhavener SPD

**Ergebnisse der Projektgruppe „Fortentwicklung des Bremer Wahlrechts
und Steigerung der Wahlbeteiligung“**

Projektgruppe „Fortentwicklung des Bremer Wahlrechts und Steigerung der Wahlbeteiligung“

Mitglieder:

Für Bremen-Stadt:

Edith Wangenheim, Nicole Gronemeyer, Jürgen Pohlmann, Bernd Siegel

Für Bremen-Nord:

Jutta, Riegert, Reimund Kasper

Für Bremerhaven:

Sybille Böschen, Marika Büsing

Für die Arbeitsgemeinschaften:

Verena Behrens (ASF), David Ittekkot (Jusos), Bernd Grottke (AG 60 plus), Andree Schütte (SelbstAktiv), Klaus-Dieter-Schromek (ASJ)

Für die Landesebene:

Björn Tschöpe, Dieter Reinken, Sascha Aulepp, Karl Bronke, Roland Pahl

Termine:

Mittwoch, 9. September 2015, Parteibüro Bremen

Donnerstag, 17. Dezember 2015, Parteibüro Bremen

Mittwoch, 10. Februar 2016, Parteibüro Bremen

SPD Land Bremen

Projektgruppe: „Fortentwicklung des Bremer Wahlrechts und Steigerung der Wahlbeteiligung“

Die Wahlbeteiligung erhöhen!

Vorschläge für die politische Arbeit der Bremer und Bremerhavener SPD

Bei den Bürgerschaftswahlen im Mai 2015 haben nur 50% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Angesichts dieser kritischen Entwicklung hat der SPD-Landesvorstand eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie legt hiermit ihre Ergebnisse vor.

Die geringe Wahlbeteiligung hat **Gründe** auf zwei Ebenen:

- Bei der Wahl 2015 in Bremen war davon auszugehen, dass die rot-grüne Koalition fortgesetzt würde. Es gab seitens der Koalition keine Zuspitzung auf wichtige Themen.
- Die Wahlbeteiligung geht – nicht nur - in Bremen strukturell seit 1985 zurück, vor allem in den sozial benachteiligten Stadtteilen. Viele Menschen sind mit den Parteien unzufrieden: sie unterscheiden sich nicht, ihre Aussagen sind unklar, sie haben kein Ohr mehr für die Sorgen der Menschen.

Die Arbeitsgruppe stellt fest: Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist eine Gefahr für die repräsentative Demokratie. Es ist nicht hinnehmbar, wenn sich mehr und mehr Menschen aus dem politischen Prozess zurückziehen. Die Arbeitsgruppe schlägt vor, dass sich die SPD Bremen das **Ziel** setzt, dass die Wahlbeteiligung bei der nächsten Bürgerschaftswahl wieder zunimmt und deutlich über 50% liegt.

Dazu werden folgende **Maßnahmen** vorgeschlagen:

1. **Das Wahlverfahren wird vereinfacht.** Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, folgende Punkte in die Bürgerschaft einzubringen:
 - Reduzierung der Stimmenzahl von 5 auf 3 als Möglichkeit prüfen
 - Personenstimmen vor Listenstimmen bei der Vergabe von Sitzen
 - Die Bürgerschaftswahl 2019 wird mit der Europawahl gekoppeltDie Einzelheiten stehen in Anlage 1
2. **Die Stimmabgabe wird erleichtert.** Dazu gehören eine zeitliche Ausweitung der Urnenwahl sowie mehr Briefwahlämter mit attraktiven Öffnungszeiten und an Standorten mit starkem Publikumsverkehr, vor allem in Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung. Zu den Einzelheiten siehe Anlage 1
3. **Die SPD wird ihre Positionen klar und verständlich formulieren.** Bei politischen Kompromissen wird sie ihre eigene Position weiterhin verdeutlichen. Klartext statt Floskeln! Sie wird die Auseinandersetzung mit anderen Positionen suchen und nicht – wie bislang oft praktiziert – zu eigenen Veranstaltungen nur Referenten aus dem eigenen „Dunstkreis“ einladen.

4. **Die SPD wird sich stärker in die Gesellschaft öffnen.** Es ist nicht richtig, wenn wir uns zu 80% unserer Zeit mit uns selbst beschäftigen. Die SPD wird Veranstaltungen und Aktionen gemeinsam mit anderen Vereinen/Verbänden durchführen, vom Wohlfahrtsverband über den Sportverein bis zum Naturschutzverband. Dabei sind wir bereit, neue Sichtweisen auf gesellschaftliche Probleme zu gewinnen.
5. **Die SPD wird wieder stärker kampagnenfähig werden.** Dazu werden der Landesvorstand und die Vorstände der drei Unterbezirke nach den Organisationswahlen gemeinsam Themen für Kampagnen und Schritte festlegen. Die Campaigner/innen aus dem Wahlkampf werden wieder aktiviert. Den Gliederungen der Partei werden Veranstaltungsformate angeboten. Am Beginn und am Schluss der jeweiligen Kampagne stehen zentrale Veranstaltungen, im Verlauf der Kampagne Aktionen vor Ort.
6. **Die SPD will Menschen zum Mitmachen gewinnen.** Dazu werden wir den Bundestagswahlkampf 2017 auch zur Mitgliederwerbung nutzen. Dazu gehört aber auch: die Arbeit in der SPD muss die Mitglieder persönlich ansprechen und mitnehmen, muss interessant sein und auch Spaß machen. Außerdem werden wir das Mentoringprogramm wieder aufgreifen (Unterbezirke, Bürgerschaftsfraktion).
7. **Die SPD will die politische Bildung stärker fördern.** Sie fordert den Senat auf, an den Schulen nicht nur über das „Funktionieren“ der Demokratie aufzuklären, sondern auch über deren Vorteile und die Grund- und Menschenrechte. Politische Bildung muss stärker in die Stadtteile und Quartiere gehen.

Begründung:

„Wir wollen einen Neuanfang in der Politik des Senats und der Bürgerschaft. Wir müssen die Kritik vieler Menschen ernst nehmen, um die Zukunft unseres Bundeslandes zu sichern und verloren gegangenes Vertrauen in die Politik der SPD zurückzugewinnen. Wichtig ist dabei, dass wir Entscheidungen treffen und die Schwerpunkte in der Politik des Senats und der zukünftigen Regierungskoalition so setzen, dass sie zu konkreten Veränderungen und Verbesserungen führen. Unser Ziel bleibt dabei: Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit herstellen! Das bleibt Kernaufgabe der Sozialdemokratie – und wir werden verloren gegangenes Vertrauen zurückholen.“

Zitat aus dem Beschluss des Landesparteitages vom 2. Juni 2015

„Gute Politik machen“ ist eine wichtige Bedingung für Wahlerfolge. Die Menschen erwarten zu recht klare und ehrliche Antworten, dabei müssen wir wieder mehr die Alltagsprobleme der Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik rücken und zum Maßstab unseres Handelns machen – Antworten finden und Lösungen anbieten. Das schafft Glaubwürdigkeit und nur mit Glaubwürdigkeit kann Vertrauen (zurück)gewonnen werden!

Präsenz zeigen: Am wichtigsten ist der direkte Kontakt der Partei zu den Bürgerinnen und Bürgern. Die SPD ist dann am erfolgreichsten, wenn sie direkt auf die Menschen zugeht. Die Bürgerinnen und Bürger kommen nicht von alleine zu uns (nicht einmal, wenn wir es mit einem traditionellen Infostand versuchen), wir dürfen nicht warten, sondern müssen aktiv auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen. Vor Ort in den Stadtteilen – auch zwischen den Wahlen. Der Kontakt zu den Menschen darf nicht abreißen: ansprechbar sein, „ein Ohr haben“.

Dies setzt Verankerung in den Stadtteilen/Nachbarschaften voraus. Voraussetzung I: Wir kennen unseren Stadtteil wirklich, wir haben Personen, die den Stadtteil repräsentieren. Voraussetzung II: Wir sind in Lage gesetzt, diese Arbeit zu leisten – dafür bedarf es starker und funktionsorientierter Ortsvereine, setzt aber auch Veränderungsbereitschaft auf Seiten der Ortsvereine voraus.

Vereine – vom Sportverein bis zum Kirchenchor – sind wichtig. In den Vereinen kommen die Menschen zusammen. Hier kann man viel über ihre Probleme und Sorgen erfahren. Und ihnen direkt helfen. Daher brauchen wir Kontakte in Vereine und Gruppen im Stadtteil und darüber hinaus.

Die SPD muss wieder stärker kampagnenfähig werden. Auf gute Planung kommt es an: Welche Zielgruppen sollen angesprochen werden? Wo und wann erreicht man sie am besten? Welche Themen interessieren sie? Wir werden an die bereits vorhandenen guten Erfahrungen mit dem Konzept der Campaignerinnen und Campaigner – mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 und die nächste Bürgerschaftswahl im Jahr 2019, aber auch für die Präsenz zwischen den Wahlen – anknüpfen, es weiter optimieren und verstetigen. Die Landesorganisation wird die Campaignerinnen und Campaigner regelmäßig zum Austausch und Erfahrungsaustausch einladen und jährlich mit ihnen einen Workshop durchführen.

Die Instrumente der Kampagnen müssen „nah am Menschen“ sein: Tür-zu-Tür-Besuche, Viertel-Sparziergänge, BürgerInnen-Stammtische, lokale Themenforen, Spielplatzaktionen ... Die Palette interessanter, unterhaltsamer und gesellschaftlicher Aktionen ist groß. Und: Das „Rad muss nicht immer neu erfunden“ werden. Siehe Kampagnen-Plattform „mitmachen.spd.de“.

Gutes Informations- und Planungsmaterial hilft bei der Arbeit vor Ort. Das Willy-Brandt-Haus stellt mit den Aktionspaketen zu Nachbarschaftskampagne, dem Mobilisierungsplaner und zahlreichen Themenflyern viele hilfreiche Materialien zur Verfügung.

Dazu gehört auch die Verpflichtung unserer Senatorinnen und Senatoren, Staatsrätinnen und Staatsräte, Fachsprecherinnen und Fachsprecher der Bürgerschaftsfraktion in die Stadtteile zu gehen!

Unsere Mitglieder sind unsere Stärke. Mitgliederbindung und -gewinnung sind zentrale Aufgaben für die Zukunftsfähigkeit unserer Partei. Wir werden unsere Kampagnen und Wahlkämpfe auch zur Mitgliederwerbung nutzen. Wir wollen, dass in allen Ortsvereine und Unterbezirken das Amt der/des Mitgliederbeauftragten besetzt ist. Die Landesorganisation wird die Mitgliederbeauftragten in jedem Jahr zu einem Workshop einladen.

Ergebnisnotizen der Sitzung der Projektgruppe vom 9. September 2015

Dauer der Legislaturperiode: Verlängerung auf fünf Jahre!

Es besteht Einigkeit, dass die Dauer der Legislaturperiode auf fünf Jahre verlängert werden soll. Mit einem demokratischen Konsens (SPD, Grüne, CDU) ist dies für uns durchaus auch durch Beschluss der Bürgerschaft möglich, sollte die CDU aber auf einen Volksentscheid bestehen, würden wir uns auch dem nicht verweigern.

Wir sehen deutlich mehrheitlich die **Kopplung der Bürgerschaftswahl 2019 mit der Europawahl 2019** zur Steigerung der Wahlbeteiligung positiv. Die Durchführung dieser zwei Wahlen in kurzem Abstand voneinander wäre nach unserer Einschätzung für die Beteiligung an beiden Wahlen schwierig. Deshalb streben wir die Kopplung an.

*Damit wäre auch eine **dauerhafte Kopplung** (solange die Wahlen im gleichen Rhythmus bleiben) von Bürgerschaftswahl und Europawahl ab 2019 denkbar. Stichwort: Reduzierung von Wahlterminen und Zusammenführung von Wahlen – auch Element der bundesweiten Diskussion.*

Es besteht Konsens, dass wir jetzt das **Wahlrecht nicht grundsätzlich in Frage stellen**– auch wenn große Unzufriedenheit besteht und die Forderung nach der Rückkehr zum Prinzip „one woman/one man – one vote“ zur Vereinfachung der Stimmabgabe und damit als ein Beitrag zur möglichen Steigerung der Wahlbeteiligung aus unseren Reihen kommt.

Damit scheiden weitergehende Überlegungen aus. Auch die in der Partei diskutierte Frage nach **Möglichkeiten zur Schaffung von Wahlkreisen**. Dennoch haben wir uns mit diesem konkreten Punkt genauer beschäftigt: Wahlkreise in welcher Form auch immer (Erst-/Zweitstimme, nur Personenwahl, Mehr-Personen-Wahlkreise) bedürfen einer einstimmigen Änderung der Landesverfassung. Die so in der Landesverfassung verankerte Aufteilung in den Wahlbereich Bremen und den Wahlbereich Bremerhaven wird sich de facto nicht ändern lassen, da eine entsprechende Einstimmigkeit, nach unserer Einschätzung, politisch unerreichbar sein wird.

Folgende Punkte der Veränderungen im System streben wir an:

- Wechsel der Berücksichtigung der Personen-/Listenstimmen bei der Platzvergabe: Personenstimmen vor Listenstimmen – wollen wir unbedingt.
- Festes Quorum von Plätzen für Personen- und Listenstimmen: 50:50 – wollen wir!
- Eine Reduzierung der Stimmenzahl, drei statt fünf, könnte einen Beitrag zur Reduzierung der ungültigen Stimmen leisten und die Hemmschwelle der Wahlbeteiligung durch Vereinfachung reduzieren. Hier sollte sich aber nicht verkämpft werden.
- Die Möglichkeiten der „Heilung“ von ungültigen Stimmen sehen wir als sehr begrenzt. Es geht um Stimmzetteln mit mehr als fünf Stimmen, diese könnten dennoch als gültig gewertet werden, wenn sich alle abgegebenen Stimmen auf eine Partei bzw. auf die Kandidatinnen und Kandidaten einer Partei beschränken.

Folgende Erwartungen an die Organisation/Durchführung der Wahlen haben wir:

- Die Diskussion, einer zeitlichen Ausweitung der Urnenwahl von einem Sonntag bzw. Feiertag (8:00 – 18:00 Uhr) auf ein Wochenende oder einen noch längeren Zeitraum hat für uns nicht die erste Priorität. Die Möglichkeit der Briefwahl und der direkten Stimmenabgabe im Briefwahllokal gibt Spielräume, die genutzt werden müssen: **Mehr Briefwahlämter, attraktive Öffnungszeiten, Standorte mit starkem Publikumsverkehr – unsere politische Forderung: möglichst in Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung.**
- Wir erwarten eine **Organisation der Stimmenauszählung**, die ein vorläufiges Endergebnis für die Bürgerschaftswahl (Gesamtstimmenzahl, Personenstimmen/mit Rangfolge der Verteilung auf die Personen, Listenstimmen, erzielte Plätze) sowie für die Beirätewahlen am Wahlabend vor Mitternacht garantiert, wie es in Bremerhaven und Hamburg gelingt. In Bremerhaven klappt es, in Hamburg klappt es! Ein Weg könnte sein, die Auszählung wieder in den Wahllokalen vor Ort von den örtlichen Wahlvorständen vornehmen zu lassen.
- Wir fordern, eine **öffentliche und überparteiliche Kampagne zur Förderung der Wahlbeteiligung** – initiiert von der Bürgerschaft, zumindest mit Mitteln aus dem Landeshaushalt basisfinanziert, und getragen von möglichst vielen gesellschaftlichen Kräften und Akteurinnen/Akteuren – verpflichtend in die Organisation der Bürgerschaftswahl/Stadtverordnetenwahl/Beirätewahlen zu implementieren. Es muss gar nicht die ganz große Summe öffentlichen Gelds sein, sondern es bedarf eines Anstoßes für Engagement und Initiative. Dabei scheint uns die Nutzung von möglichst viel kreativen (jungen) Potentials geeignet. Wichtig ist die Zielgruppenorientierung, die Sprache (authentisch) – es dürfen dabei nicht nur die bildungsnahen Stadtteile in den Blick genommen werden, sondern es muss auch zum Beispiel bei den Menschen in Gröpelingen ankommen.

Wir sehen bei dieser Aufgabe auch eine besondere Verantwortung in den Stadtteilen selbst: Beiräte, Stadtteilkonferenzen, Quartiersgruppen und Quartiermanagement.

Ein Kommunikationsmedium könnten Kinospots sein, da diese viele jüngere Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft erreichen.

Stichwort: Politische Bildung und Schulen

Im Koalitionsvertrag ist die Stärkung der Politischen Bildung festgeschrieben. Dies muss die Stärkung und Bedeutung der Demokratie überhaupt und der Teilnahme an Wahlen beinhalten. Es müssen konkrete Schritte durch die Landeszentrale für Politische Bildung erfolgen. Wir erwarten, dass die neue Bildungssenatorin an dieser Stelle aktiv wird.

Demokratie und Wahlen müssen auch eine größere Bedeutung und mehr Raum im Unterricht an den Schulen bekommen. Auch das Wahlverfahren muss in den Schulen vor Wahlen gelehrt werden. Die Einladung von Politikerinnen und Politikern in den Unterricht zu Diskussionsrunden mit Schülerinnen und Schülern muss generell möglich sein – vor, aber nicht nur vor Wahlen. Die Juniorwahlen müssen abgesichert werden.

Ergänzung aus der Sitzung vom 17. Dezember 2015

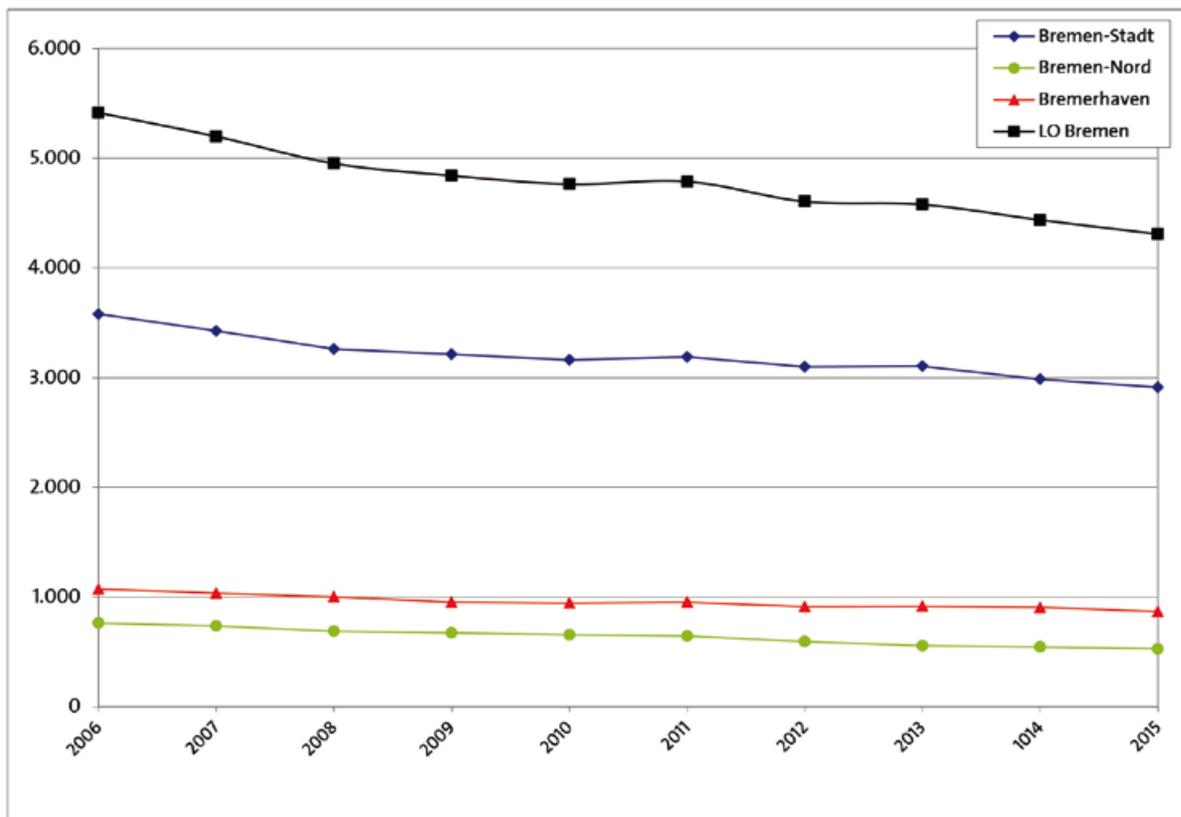
Die Bürgerschaftsfraktion soll auch die Frage der Einführung einer Sperrklausel für die Stadtverordnetenwahl Bremerhaven – entsprechend dem Gesetzesvorhaben von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen in NRW – mit auf die Agenda des Bürgerschaftsausschusses zum Wahlrecht setzen.

ORGANISATIONSBERICHT 2014 – 2015

Mitgliederentwicklung

Landesorganisation Bremen 2006 bis 2015

Jahr	Bremen-Stadt	Bremen-Nord	Bremerhaven	LO Bremen	Deutschland
2006	3.579	763	1.072	5.414	561.239
2007	3.425	737	1.036	5.198	539.861
2008	3.261	689	1.002	4.952	520.969
2009	3.213	674	954	4.841	512.520
2010	3.162	655	945	4.763	502.062
2011	3.189	644	954	4.787	489.638
2012	3.099	594	912	4.605	477.037
2013	3.104	556	917	4.577	473.662
2014	2.985	546	906	4.437	459.902
2015	2.912	528	868	4.308	442.814



ORGANISATIONSBERICHT 2014 – 2015

Die Landesorganisation Bremen gliederte sich am Stichtag 31. Dezember 2015 in die drei Unterbezirke Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven sowie in 44 Ortsvereine (Unterbezirk Bremen-Stadt: 29 Ortsvereine; Unterbezirk Bremen-Nord: 8 Ortsvereine; Unterbezirk Bremerhaven: 7 Ortsvereine). Bereits im Rahmen der Organisationswahlen im Jahr 2014 war im Unterbezirk Bremen-Stadt aus den ehemaligen Ortsvereinen Huchting und Grolland der neue Ortsverein Huchting-Grolland und im Unterbezirk Bremerhaven aus den bisherigen Ortsvereinen Geestemünde-Süd und Geestemünde-Nord der neue Ortsverein Geestemünde entstanden. Danach ist es zu keinen weiteren Zusammenschlüssen von Ortsvereinen im Berichtszeitraum mehr gekommen. Am 31. Dezember 2015 hatten die 44 Ortsvereine im Land Bremen durchschnittlich 98 Mitglieder.

Die Zahl der SPD-Mitglieder im Land Bremen hat sich im Berichtszeitraum von 4.577 am 31. Dezember 2013 über 4.437 am 31. Dezember 2014 auf 4.308 Genossinnen und Genossen zum Jahresende 2015 entwickelt. Damit hat sich die Zahl der Mitglieder im Jahr 2014 um 140 (minus 3,06 Prozent gegenüber dem Vorjahr) und im Jahr 2015 um 129 (minus 2,91 Prozent gegenüber dem Vorjahr) reduziert.

Der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft hat sich in den letzten zehn Jahren (2006 – 2015) kaum verändert: 31.12.2006: 33,76; 31.12.2013: 33,76 Prozent; 31.12.2014: 34,03 Prozent; 31.12.2015: 33,91 Prozent.

In den letzten zehn Jahren (2006-2015) konnte die SPD im Land Bremen im Durchschnitt jährlich 179 Eintritte in die Partei verzeichnen. Im Jahr 2014 waren es 198 und im Jahr 2015 waren 130 Eintritte zu verzeichnen.

Die Parteiaustritte betragen im Durchschnitt der letzten 10 Jahre (2006 – 2015) jährlich 233. Im Jahr 2014 waren 268 und im Jahr 2015 waren 209 Austritte zu verzeichnen.

Das Durchschnittsalter der Mitgliedschaft lag am 31. Dezember 2015 bei 60 Jahren und ist damit

gegenüber 2013 um ein Jahr angestiegen. Auch die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft ist im gleichen Zeitraum um ein Jahr angestiegen und liegt nun bei 26 Jahren.

In den letzten zehn Jahren (2006 – 2015) sind im Durchschnitt jährlich 87 Genossinnen und Genossen verstorben. Im Jahr 2014 waren 69 und im Jahr 2015 66 Todesfälle zu verzeichnen.

In der Landesorganisation waren am 31. Dezember 2014 19 Gastmitglieder organisiert, im Laufe des Jahres 2015 ist die Zahl auf 26 angestiegen – am 31. Dezember 2009 betrug die Zahl der Gastmitglieder sogar 44.

Die Mitgliederzahlen der Unterbezirke betragen am 31. Dezember 2015: Unterbezirk Bremen-Stadt: 2.912 (2013: 3.104), Unterbezirk Bremen-Nord: 528 (2013: 556), Unterbezirk Bremerhaven: 868 (2013: 917). Die durchschnittliche Mitgliederzahl je Ortsverein lag am 31. Dezember 2015 im Unterbezirk Bremen-Stadt mit 29 Ortsvereinen bei 100 (kleinster Ortsverein ist Seehausen mit 11 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Peterswerder/Steintor mit 231 Mitgliedern), im Unterbezirk Bremerhaven mit 7 Ortsvereinen bei 124 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist Schiffdorfer Damm – Surheide mit 77 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Geestemünde mit 174 Mitgliedern) und im Unterbezirk Bremen-Nord mit 8 Ortsvereinen bei 66 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist hier Hammersbeck mit 30 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Burglesum mit 144 Mitgliedern). In den Unterbezirken betrug der Frauenanteil am 31. Dezember 2015: Bremen-Stadt: 34,72 Prozent; Bremen-Nord: 32,77 Prozent; Bremerhaven: 31,91 Prozent.

Der Bestand an E-Mailadressen der Mitgliedschaft im Land Bremen beträgt aktuell rund 55 Prozent.

Im Berichtszeitraum haben die neuen Arbeitsgemeinschaften „Migration und Vielfalt“ und „Selbst Aktiv“ ihre Arbeit auf der Landesebene aufgenommen. Die Gründungsmitgliederversammlungen fanden am 5. Juni 2014 und am 16. Februar 2015 statt. Die bisherige Landesarbeits-

gemeinschaft Sport wurde neustrukturiert und arbeitet nun seit 14. Mai 2014 als „Forum Sport“.

Statistiken zur Mitgliederentwicklung sind im Anhang dieses Jahrbuches dokumentiert.

Die vorstehenden Zahlen und Daten zur Mitgliederentwicklung machen deutlich, vor welcher großen organisatorischen Herausforderung die SPD im Land Bremen steht. Diese hatte auch der Landesvorstand erkannt, nachdem er bereits auf seiner konstituierenden Sitzung im Juli 2014 umfassend zur Mitgliederentwicklung und zur Entwicklung der Finanzlage der Landespartei informiert worden war. Daraus zog der Landesvorstand das Fazit, eine „Diskussion und Entscheidung zur Strukturreform in der 2. Hälfte des Jahres 2015: Bestandsaufnahme – Schlussfolgerungen/Ziele – Umsetzungsschritte“ anzustoßen. Siehe hierzu die Ausführungen des Landesvorsitzenden Dieter Reinken im Bericht des Landesvorstandes in diesem Jahrbuch. Letztlich stellte der Landesvorsitzende in einem Vorwärts-Artikel in der Ausgabe 12/2015 – 01/2016 fest: „Sorgen vor dem Zerbrechen von »Bewährtem« überlagerten die Notwendigkeit einer kritischen Bestandsaufnahme. Diese notwendige Debatte haben wir jetzt gestoppt. Das mag zunächst nicht anders möglich sein – es löst jedenfalls nicht die strukturellen und finanziellen Probleme der SPD im Land Bremen. Es wird Aufgabe eines neuen Landesvorstandes sein, die offenen Fragen weiter zu bearbeiten.“

Der Landesvorstand hat einen satzungsändernden Antrag in den am 30. April 2016 stattfinden-

den ordentlichen Landesparteitag eingebracht. Es ist beabsichtigt, dass die neuen Arbeitsgemeinschaften „Migration und Vielfalt“ sowie „Selbst Aktiv“ je ein Delegiertenmandat auf den Landesparteitagen erhalten. Die Anzahl der Delegiertenmandate der Arbeitsgemeinschaften und Foren wird sich damit von 31 auf 33 erhöhen. Zusammen mit den 17 Delegiertenmandate der Landesvorstandsmitglieder werden somit zukünftig 50 Delegierte nicht von einer Basisgliederung entsandt, dies entspricht exakt 20 Prozent der Gesamtzahl der 250 Delegierten der Landespartei, das Maximum, das das Parteiengesetz zulässt.

Weiter wird die Anpassung des Delegiertenschlüssels für die Delegiertenkonferenzen zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahlen und für die Aufstellung der Kandidatin/des Kandidaten für den jeweiligen Bundestagswahlkreis mit dem Antrag zur Satzungsänderung vorgeschlagen. Darüber hinaus soll die explizite Nennung des geschäftsführenden Landesvorstands aufgenommen werden, der zwar schon immer arbeitete, aber bisher nicht explizit im Statut benannt ist. Weiter sind noch kleinere Anpassungen und Umstellungen zur Verbesserung der Klarheit vorgesehen, zum Beispiel die Aufnahme der Wahl von Delegierten für den Parteikonvent, der mit der Parteireform 2011 auf der Bundesebene an die Stelle des Parteirats getreten ist.

Roland Pahl
Landesgeschäftsführer

DIE FINANZEN DER PARTEI

FINANZBERICHT 2014 – 2015

SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



Herausforderung: Finanzbasis für die politische Arbeit und den Bürgerschaftswahlkampf 2019 sichern

Bundesweit ist es die Ebene der Länder und Bezirke, die eine besonders schwierige Finanzlage hat: Neun von 22 Ländern/Bezirken hatten im Jahr 2014 ein negatives Reinvermögen. Der Parteivorstand hatte zum Stichtag 31.12.2014 einen Anteil (inkl. Haus- und Grundvermögen) von 53,3 Prozent am Gesamtvermögen der Partei, die Länder und Bezirke lediglich einen Anteil von 11,7 Prozent und die Unterbezirke und Ortsvereine einen Anteil von 35 Prozent.

Am Jahresende 2013 betrug das negative Reinvermögen der Landesorganisation 107.743 Euro. Das Jahr 2014 wurde mit einer negativen Bilanz in Höhe von 170.257 Euro und das Jahr 2015 schließlich mit einem Minus in Höhe von 301.337 Euro (vorläufige Bilanz mit Stand 16. Februar 2016) abgeschlossen.

Das Reinvermögen der drei Unterbezirke im Land Bremen betrug zum Stichtag 31.12.2014 87.394 Euro und das der Ortsvereine 165.913 Euro. Die Vermögen der Unterbezirke und Ortsvereine sind jedoch sehr ungleich verteilt. Bemerkenswert ist, dass das Reinvermögen der Bremer Unterbezirke im Wahlkampfjahr 2015 angestiegen ist.

Der Aufwuchs des negativen Reinvermögens der Landesorganisation im Jahr 2015 mit 130.472 Euro zum Vorjahr ist im Vergleich zu den Wahlkampfjahren 2007: 225.923 Euro und 2011: 158.257 Euro am geringsten, problematisch ist die absolute Höhe, die eine finanzielle Konsolidierung zwischen den Wahlkämpfen immer schwieriger

macht – auch wenn mit 346.798 Euro das negative Reinvermögen nach dem Bürgerschaftswahlkampf am Jahresende 2011 gegenüber 2015 noch deutlich höher war.

Dennoch muss sich dieser Herausforderung gestellt werden: Mit einem strikten Sparkurs bei den Sachkosten, Disziplin und permanenter Qualitäts- und Wirkungsprüfung bei den Ausgaben für die politische Arbeit und leider auch mit einem nochmaligen Einschnitt bei der Personalausstattung der Parteibüros im Land Bremen, hat der Landesvorstand gemeinsam mit der Landesgeschäftsführung in den letzten Monaten einen Weg geebnet, der – wenn nichts dazwischen kommt – das Ziel eines Jahresabschlusses 2019 mit einer schwarzen Null möglich macht. Die strikte Einhaltung dieses Pfades ist auch deshalb zwingend, weil wir nur so die erforderliche und bereits einkalkulierte Unterstützung des Parteivorstandes und, über den Strukturfonds, der anderen Länder erwarten können.

Für den Bürgerschafts- und Kommunalwahlkampf 2015 standen 682.467 Euro (2014: 98.000 Euro, 2015: 584.467 Euro) zur Verfügung. Die tatsächlichen Kosten betragen 719.525 Euro (2014: 117.862 Euro, 2015: 601.663 Euro) inkl. Kosten für zusätzliches Personal in Höhe von in beiden Jahren zusammen 87.483 Euro. Hierin sind Zuschüsse der Unterbezirke in Höhe von 63.751 Euro und des Parteivorstandes in Höhe von 100.000 Euro enthalten, damit betragen die originären Wahlkampfausgaben der Landesorganisation 555.773 Euro.

Tabelle 1: Reinvermögen – Unterbezirke im Land Bremen und Landesorganisation

Gliederung/31.12.	2013	2014	2015
UB Bremen-Stadt	45.147 Euro	24.588 Euro	32.126 Euro
UB Bremen-Nord	21.899 Euro	21.984 Euro	24.648 Euro
UB Bremerhaven*	103.820 Euro	40.822 Euro	33.644 Euro
Landesorganisation	-107.743 Euro	-170.257 Euro	-301.337 Euro

*Ohne Immobilienwert/Parteihaus



Petra Krümpfer, Schatzmeisterin der SPD-Landesorganisation Bremen

Für den Bürgerschaftswahlkampf 2019 sind in der mittelfristigen Finanzplanung 400.000 Euro eingestellt. Hinzu kommt ein Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro, vorausgesetzt der Parteivorstand setzt seine finanzielle Unterstützung der Landtagswahlkämpfe auch nach der Bundestagswahl 2017 fort. Die Finanzplanung sieht somit eine Reduzierung der finanziellen Mittel der Landesorganisation für den Bürgerschaftswahlkampf 2019 gegenüber 2015 von über 150.000 Euro vor.

Für den Europawahlkampf 2014 hat die Landesorganisation 112.081 Euro (2013: 32.493 Euro, 2014: 79.588 Euro) inkl. Personalkosten in Höhe von 47.157 Euro aufgewendet.

Der Verlust von mehr als 120.000 Stimmen bei der Bürgerschaftswahl 2015 (für die Ländervergleiche und die staatliche Parteienfinanzierung ist die Zahl der absoluten Stimmen durch fünf zu teilen, da jede Wählerin und jeder Wähler fünf Stimmen besitzt, damit hat die Einzelstimme nur ein Gewicht von 20/100) führte bereits im Jahr 2015 zu einem um 12.217 Euro reduzierten Länderanteil bei den öffentlichen Mitteln für die SPD und damit zu entsprechend reduzierten Zuwendungen seitens der Freien Hansestadt Bremen an die Landesorganisation. Durch den Verlust von sechs Abgeordnetenmandaten gegenüber dem Wahlergebnis 2011 entsteht der Landesorganisation über die gesamte Dauer der Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft rechnerisch ein Ein-

nahmeverlust von jährlich 18.000 Euro, in 2015 bereits von 9.000 Euro aus entgangenen Mandatsträgerinnen-/Mandatsträgerbeiträgen.

Das mit dem Verlust der absoluten Stimmen bei der Bürgerschaftswahl 2015 abgeschmolzene Stimmenkonto der Landespartei (Summe der absoluten Stimmen der jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahl) im Rahmen des parteiinternen Finanzausgleichs (FAG) bedeutet rechnerisch einen weiteren Einnahmeausfall aus den staatlichen Mitteln für die

Landesorganisation. Nur durch den Aufwuchs der absoluten FAG-Summe aufgrund von gesetzlichen Veränderungen bei der staatlichen Parteienfinanzierung kommt es hier nicht zu einer tatsächlich geringeren Einnahme.

Die Unterbezirke haben einmalig im Jahr 2015 die durch das Wahlergebnis verursachten Einnahmeverluste der Landesorganisation in Höhe von 21.217 Euro solidarisch, durch den Verzicht auf die Weiterleitung ihrer Anteile an den Mandatsträger-/Mandatsträgerinnenbeiträgen der Bürgerschaftsabgeordneten und Deputierten für das III. und IV. Quartal 2015 in Höhe von 12.780 Euro, mitgetragen. Die dauerhaften Einnahmeverluste muss die Landesorganisation ab 2016 jedoch aus eigener Kraft bewältigen.

Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen konnten von 447.718 Euro im Jahr 2013 über 451.028 Euro im Jahr 2014 auf 457.809 Euro im Jahr 2015 – trotz



Roland Pahl, Geschäftsführer der SPD-Landesorganisation Bremen

Tabelle 2: Durchschnittliche Mitgliedsbeiträge – Ländervergleich 2007, 2013, 2014 und 2015

	2007	2013	2014	2015
1	MV: 12,13 Euro	MV: 13,91 Euro	MV: 13,87 Euro	MV: 14,23 Euro
2	BE: 11,92 Euro	BB: 13,70 Euro	BB: 13,59 Euro	HB: 13,90 Euro
3	BB: 11,91 Euro	HH: 13,08 Euro	BE: 13,25 Euro	SA: 13,76 Euro
4	HH: 11,91 Euro	HB: 13,05 Euro	HB: 13,19 Euro	BB: 13,63 Euro
5	SA: 10,66 Euro	BE: 12,89 Euro	HH: 12,96 Euro	HH: 13,07 Euro
6	HB: 9,92 Euro	SA: 11,90 Euro	SA: 12,82 Euro	SA: 11,21 Euro
7	TH: 8,89 Euro	TH: 10,36 Euro	TH: 10,73 Euro	TH: 10,42 Euro

der rückläufigen Mitgliederzahl; 31. Dezember 2013: 4.557 Mitglieder, 31. Dezember 2015: 4.308 Mitglieder – gesteigert werden. Bei weiter rückläufigen Mitgliederzahlen werden in Zukunft sicher aber auch die Beitragseinnahmen geringer ausfallen, da der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag wahrscheinlich nicht mehr in dem starken Maß der vergangenen Jahre ansteigen und damit ausgleichend wirken wird: Durchschnittlicher Mitgliedsbeitrag in der Landesorganisation 2007: 9,92 Euro, 2013: 13,05 Euro, 2014: 13,19 Euro, 2015: 13,90 Euro. In den Unterbezirken betrug der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag im Jahr 2015: Bremen-Stadt: 14,90 Euro; Bremen-Nord: 11,68 Euro und Bremerhaven: 11,86 Euro.

Im Ranking der Landesverbände hat die Landesorganisation von der 6. Position im Jahr 2007 in den Jahren 2013 und 2014 den vierten Platz erklommen, hinter 1. Mecklenburg-Vorpommern (2014: 13,87 Euro), 2. Brandenburg (2014: 13,59 Euro) und 3. Berlin (2014: 13,25 Euro). In 2015 ist der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag in der Landesorganisation Bremen auf 13,90 Euro angestiegen, dies ist der zweithöchste Betrag hinter Mecklenburg-Vorpommern mit 14,23 Euro, auf Platz drei folgt Sachsen-Anhalt mit 13,76 Euro.

Zum Stichtag 31.12.2010 hatte die Landesorganisation Bremen zwölf Beschäftigte, es waren 7,1 Vollzeiteinheiten (VZE) besetzt. Am 31.12.2015 waren landesweit noch sechs Beschäftigte für die SPD tätig (6 VZE). Seit 01.01.2016 sind bis auf weiteres nur noch vier Mitarbeiterinnen und Mitar-

beiter (4 VZE) in den Parteibüros im Land Bremen beschäftigt. Zum Vergleich, Stand 31.12.2014: LO Hamburg 15,25 VZE, davon im Landesbüro 8,5 VZE; LO Bremen 6 VZE, davon im Landesbüro 4,5 VZE – bei deutlich mehr zentralisierten Aufgaben und vollständiger Betreuung des Unterbezirks Bremen-Nord; Landesbüro Sachsen-Anhalt 5,5 VZE, Bezirksbüro Nord-Niedersachsen 4,75 VZE. Dabei kann der zum Jahreswechsel erfolgte weitere Personalabbau in den Parteibüros im Land Bremen – sowohl aus sozialer Verantwortung aufgrund der damit verbundenen Arbeitsverdichtung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem eigentlichen Bedarf an verstärkter Unterstützung unserer politischen Arbeit durch hauptamtliches, gut qualifiziertes und motiviertes Personal – nicht wirklich die Lösung für die Zukunft sein.

Die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 sowie der vorläufige Jahresabschluss 2015 mit Stand vom 16. Februar 2016 sind in diesem Jahrbuch dokumentiert.

Nachrichtlich: Das negative Reinvermögen der Landesorganisation Bremen betrug zum Stichtag 31. März 2016 153.896 Euro, das Bilanzdefizit konnte damit in den ersten drei Monaten des Jahres 2016 fast halbiert werden!

Petra Krümpfer
Landesschatzmeisterin

Roland Pahl
Landesgeschäftsführer/
Landeskassierer

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2013

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2013

Einnahmen	
Mitgliedsbeiträge	447.718,14 €
Sonderbeiträge	172.600,00 €
Sonderbeiträge, dlfld. für Unterbezirke	24.990,00 €
Spenden von nat. Personen	24.469,20 €
Spenden von jur. Personen	450,00 €
Staatliche Mittel	167.601,94 €
Strukturfonds	30.000,00 €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	27,08 €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	15.969,59 €
Zuschüsse von Gliederungen	13.109,00 €
Zuschüsse von Gliederungen/Wahlkampf	14.000,00 €
Sonstige Einnahmen	750,00 €
Gesamteinnahmen 2013	911.684,95 €

Ausgaben	
Personalkosten	313.713,31 €
Verwaltungskosten	164.697,47 €
Politische Arbeit	171.479,66 €
Wahlkampf/Bundestagswahl 2013	95.112,41 €
Wahlkampf/Europawahl 2014	437,97 €
Personalkosten Wahlkämpfe	32.054,68 €
Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	5.012,88 €
Zuschüsse an Gliederungen	12.250,00 €
Zuschüsse an Gliederungen/Sonderbeiträge	24.990,00 €
Sonstige Ausgaben	- €
Gesamtausgaben 2013	819.748,38 €
Überschuss/Defizit 2013	91.936,57 €

Vermögensübersicht 2013

Geschäftsstellenausstattung	9.449,00 €
Geldbestände	647,18 €
Forderungen an Gliederungen	3.337,50 €
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	- €
Sonstige Vermögensbestände	1.994,77 €
Besitzposten am 31.12.2013	15.428,45 €

Rückstellungen	11.163,00 €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	87.383,14 €
Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	- €
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	4.504,61 €
Verbindlichkeiten	20.120,47 €
Schuldposten am 31.12.2013	123.171,22 €
Reinvermögen am 31.12.2013	- 107.742,77 €

Stand: nach Wirtschaftsprüfung

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2014

Einnahmen	
Mitgliedsbeiträge	451.027,86 €
Sonderbeiträge	182.155,00 €
Sonderbeiträge, dlf. für Unterbezirke	24.840,00 €
Spenden von nat. Personen	27.253,17 €
Spenden von jur. Personen	- €
Staatliche Mittel	163.125,98 €
Strukturfonds	- €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	2,75 €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	15.940,49 €
Zuschüsse von Gliederungen	12.944,50 €
Zuschüsse von Gliederungen/Wahlkampf	50.004,00 €
Sonstige Einnahmen	142,22 €
Gesamteinnahmen 2014	927.435,97 €

Ausgaben	
Personalkosten	325.375,60 €
Verwaltungskosten	143.098,31 €
Politische Arbeit	292.385,59 €
Wahlkampf/Europawahl 2014	61.985,18 €
Wahlkampf/Bürgerschaftswahl 2015	82.025,32 €
Personalkosten Wahlkämpfe	50.938,88 €
Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	4.801,01 €
Zuschüsse an Gliederungen	4.500,00 €
Zuschüsse an Gliederungen/Sonderbeiträge	24.840,00 €
Sonstige Ausgaben	- €
Gesamtausgaben 2014	989.949,89 €
Überschuss/Defizit 2014	- 62.513,92 €

Vermögensübersicht 2014

Geschäftsstellenausstattung	6.663,00 €
Geldbestände	1.132,12 €
Forderungen an Gliederungen	3.156,11 €
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	- €
Sonstige Vermögensbestände	78,74 €
Besitzposten am 31.12.2014	11.029,97 €

Rückstellungen	11.312,00 €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	100.271,49 €
Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	- €
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	3.189,79 €
Verbindlichkeiten	66.513,38 €
Schuldposten am 31.12.2014	181.286,66 €
Reinvermögen am 31.12.2014	- 170.256,69 €

Stand: nach Wirtschaftsprüfung

Vorläufiger Rechenschaftsbericht für das Jahr 2015

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2015

Einnahmen		Ausgaben	
Mitgliedsbeiträge	457.809,01 €	Personalkosten	356.305,12 €
Sonderbeiträge	198.220,00 €	Verwaltungskosten	134.597,41 €
Extra-Sonderbeiträge/Bürgerschaftswahlkampf	25.400,00 €	Politische Arbeit	134.972,54 €
Sonderbeiträge, für Unterbezirke	25.200,00 €	Wahlkampf/Bürgerschaftswahl 2015	549.016,77 €
Spenden von nat. Personen	15.766,17 €	Wahlkampf/Europawahl 2014	- €
Spenden von jur. Personen	10.050,00 €	Personalkosten Wahlkämpfe	51.646,12 €
Staatliche Mittel	151.688,95 €	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	3.637,23 €
Strukturfonds	76.000,00 €		
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	- €		
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	18.944,07 €	Zuschüsse an Gliederungen/Wahlkämpfe	1.000,00 €
Zuschüsse von Gliederungen	12.597,75 €	Zuschüsse an Gliederungen	2.300,00 €
Zuschüsse von Gliederungen/Wahlkampf	123.747,45 €	Zuschüsse an Gliederungen/Sonderbeiträge	12.420,00 €
Sonstige Einnahmen	- €	Sonstige Ausgaben	- €
Gesamteinnahmen 2015	1.115.423,40 €	Gesamtausgaben 2015	1.245.895,19 €
		Überschuss/Defizit 2015	- 130.471,79 €

Vermögensübersicht 2015

Geschäftsstellenausstattung	3.877,00 €	Rückstellungen	3.681,00 €
Geldbestände	1.182,88 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	89.193,83 €
Forderungen an Gliederungen	770,12 €	Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	- €
Forderungen	275,65 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	200.195,82 €
Sonstige Vermögensbestände	- €	Verbindlichkeiten	14.372,27 €
Besitzposten am 31.12.2015	6.105,65 €	Schuldposten am 31.12.2015	307.442,92 €
		Reinvermögen am 31.12.2015	- 301.337,27 €

Stand: 16. Februar 2016

BERICHT DES PRÄSIDENTEN DES SENATS 2014 – 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

stürmische Zeiten liegen hinter uns. Innerhalb unserer Partei war die Wahlniederlage bei der Bürgerschaftswahl im Mai 2015 für uns alle, aber natürlich auch für mich persönlich ein bedeutender Einschnitt. Umso mehr hat es mich gefreut, dass wir die anschließenden Koalitionsverhandlungen zu einem guten sozialdemokratischen Ergebnis führen und die gute rot-grüne Zusammenarbeit fortsetzen konnten.



Bürgermeister Carsten Sieling,
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Bevor ich auf die Schwerpunkte der Arbeit des Senats eingehe, möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei meinem Amtsvorgänger Jens Böhrnsen ganz herzlich für seine engagierte Arbeit als Präsident des Senats und Bürgermeister Bremens zu bedanken. Mit dem Namen Jens Böhrnsen sind viele gute Projekte und politische Weichenstellungen verbunden. Insbesondere mit der Schaffung der Grundlage für eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und der Ermöglichung von dauerhaften Finanzhilfen für Bremen und das Saarland wird der Name Jens Böhrnsen immer verbunden bleiben.

Ausgeschieden aus dem Senat ist auch Hermann Schulte-Sasse. Hermann war als Staatsrat für Gesundheit tätig, bevor er als Gesundheitssenator selbst das Ruder in die Hand genommen hat. Hermann Schulte-Sasse steht für eine gute Gesundheitspolitik für Bremen und Bremerhaven. Auch an ihn ein herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit.

Ulli Mäurer, Martin Günthner und Eva Quante-Brandt stehen mir weiter tatkräftig zur Seite. Eva hat den Bildungsbereich abgegeben und Gesundheit und Verbraucherschutz dazu bekommen. Neu für Bremen und für den Senat haben wir Claudia Bogedan gewinnen können. Claudia führt das Kinder- und Bildungsressort. Schon nach einem dreiviertel Jahr kann ich sagen, wir sind ein gutes sozialdemokratisches Team im Senat. Danke für die tolle Zusammenarbeit an alle vier.

Liebe Genossinnen und Genossen,

bitte erlaubt mir, wenn ich mich im Folgenden auf die Schwerpunkte unserer Arbeit seit der Neuwahl konzentriere: Die Arbeit des Senats war in der neuen Legislaturperiode von Beginn an von zahlreichen politischen Herausforderungen geprägt. Noch nie waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht, wie im vergangenen Jahr. 2015 sind fast 60 Millionen Menschen vor Krieg und Terror, Hunger und Vertreibung aus ihrer Heimat geflohen. Fast 1,1 Millionen Menschen sind zu uns nach Deutschland gekommen, 12.000 nach Bremen und Bremerhaven. Neben der historischen Herausforderung die Geflüchteten schnell in unsere Gesellschaft zu integrieren, ihnen Zugang zu Bildung, Arbeit und Wohnraum zu vermitteln, gilt es mehr denn je, den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu sichern. Und natürlich müssen wir auch unter den gestiegenen politischen Anforderungen die Konsolidierung des Haushalts weiter vorantreiben, um die Eigenständigkeit Bremens langfristig zu sichern. Doch liebe Genossinnen und Genossen, trotz der schwierigen Bedingungen hat der Senat gemeinsam viel geschafft.

Die neue rot-grüne Koalition ist in die dritte Legislaturperiode gegangen. Das hat es in Deutschland noch nie gegeben und das ist für diesen Senat

auch ein ganz besonderer Ansporn. Denn die Aufgabe der Koalition ist es, den eingeschlagenen Sanktionierungsweg konsequent weiter zu beschreiten und dabei eine gute Balance zwischen der nötigen Kontinuität einerseits und der notwendigen Erneuerung andererseits zu finden. Unsere Aufgabe ist es, politische Schwerpunkte zu setzen und den Weitblick und die Kraft zu haben, uns auf das Machbare und nicht auf das Wünschenswerte zu konzentrieren.

werden – die Regeln dafür sind in Bremen und Bremerhaven gleich, niemand wird bevorzugt oder benachteiligt.

In den vergangenen Monaten bedeuteten die steigenden Flüchtlingszahlen für unsere Schulen eine besondere Herausforderung. Vor diesem Hintergrund haben die Schulen in Bremen und Bremerhaven bei der Integration von Kindern Geflüchteter sowie anderer Zuwandererinnen und Zuwanderer Herausragendes geleistet. Mit dem System der Vorkurse, das bundesweit Beachtung gefunden hat, verbinden wir in Bremen soliden Spracherwerb mit frühzeitigem regelmäßigem Schulbesuch durch schnelle Integration in eine Regelklasse. Die Zahl der Vorkurse wurde in allen Schulstufen ausgebaut. Sprachförderung findet nicht nur in Vorkursen sondern auch in den Regelklassen statt. Der Entwicklungsplan Migration und Bildung bietet eine gute konzeptionelle Grundlage für die Verbesserung der Bildungsbeteiligung und der Bildungserfolge aller Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer Herkunft.



Carsten Sieling auf dem Landesparteitag am 2. Juni 2015, auf dem er als Nachfolger im Amt des Bremer Bürgermeisters und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen mit dem starken Ergebnis von 96,8 Prozent nominiert wurde – ein Beleg für seinen Rückhalt in der Bremer SPD.

Die Schulsozialarbeit hat sich als unverzichtbarer Teil des sozialen und pädagogischen Unterstützungssystems an Schulen erwiesen. Dem Senat ist es gelungen, trotz fehlender Beteiligung des Bundes, die Schulsozialarbeit nicht nur zu sichern, sondern moderat auszubauen und dabei auch die beruflichen Schulen zu berücksichtigen.

Gute Bildung war und ist ein Schwerpunkt der Politik des rot-grünen Senats. Wir haben die Verbesserung der Bildung für alle Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt gestellt. Wir haben mit der Zusammenlegung der Bereiche Kinder und Bildung ein klares Zeichen für einen deutlichen Perspektivwechsel, für eine gute Bildung für alle von Anfang an gelegt. Wir wollen, dass Bildungspolitik künftig vom Kind und nicht von der Institution her gedacht wird! Für diesen Perspektivwechsel haben wir ganz bewusst die Erziehungs- und Bildungsaufgaben für den Elementarbereich mit den Aufgaben der schulischen Bildung in einem neuen Ressort Kinder und Bildung gebündelt. Chancengerechtigkeit und Durchlässigkeit standen dabei im Mittelpunkt. In den Verhandlungen mit Bremerhaven haben wir darüber hinaus eine einheitliche Zuweisungsrichtlinie für den Bildungsbereich geschaffen. Künftig ist klar geregelt, wie viel Lehrkräfte zur Verfügung gestellt

Im Frühjahr 2015 konnte die Jugendberufsagentur an den Start gehen. Ihre Aufgabe ist es, die Beratungskompetenzen der Berufs-, Sozial- und der schulischen Beratung zu bündeln und zur Realisierung der Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen unter 25 beizutragen. Allen jungen Menschen wird angeboten, sie bis zum erfolgreichen Berufs-/Studienabschluss oder bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs zu begleiten und zu unterstützen: „Keiner geht verloren“. Die Verweildauer im Übergang von der Schule in den Beruf soll verkürzt und die Anzahl der jungen Menschen mit einem Berufsabschluss im Land Bremen erhöht werden.

Der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung unter dreijähriger Kinder sowie der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz durch ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertageseinrichtungen sowie in der Kindertagespflege wurde und wird gesichert. Gleichzeitig wurden die täglichen bzw. wöchentlichen Betreuungszeiten angehoben. Zum Kindergartenjahr 2014/15 wurde ein Rechtsanspruch auf sechs Stunden tägliche Förderung im Kindergarten realisiert. Im Rahmen des Koalitionsschwerpunktes „Ausbau und Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung“ hat der Senat eine mittelfristige Infrastrukturoffensive eingeleitet, die auch qualitative Dimensionen in den Blick nimmt. Mit den weiteren Schritten wurde ein sozialraumorientierter Ausbau der Angebote, eine aufholende Entwicklung, die stärker Kinder und Eltern aus Quartieren mit sozialem Förderbedarf einbezieht sowie die Entwicklung bestehender Einrichtungen zu sozialräumlich vernetzten Familienzentren eingeleitet. Mit der in 2015 vorgelegten weiteren Kita-Ausbauplanung sollen bis zum Kindergartenjahr 2019/20 festgelegte Betreuungsquoten von 98 Prozent im Kindergartenbereich und 50 Prozent im U3-Bereich in allen Stadtteilen realisiert werden. Dazu sollen – angesichts der seit 2010 ausgesprochen positiven Geburtenentwicklung – mehr als 2.000 zusätzliche Kindergartenplätze geschaffen werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Land Bremen ist weiter positiv. Das Wirtschaftswachstum lag im ersten Halbjahr 2015 mit 2,1 Prozent über dem Bundesdurchschnitt (1,4 Prozent). Rückgrat der bremischen Wirtschaftsleistung ist in weiter zunehmendem Maße der Außenhandel, der im ersten Halbjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 13,9 Prozent zugenommen hat. Der Umschlag in den bremischen Häfen lag sowohl 2014 als auch 2015 auf stabilem Niveau, das Container- wie das Auto-Terminal in Bremerhaven stehen europaweit auf Spitzenpositionen. Besonders gefreut habe ich mich darüber, dass es gelungen ist, trotz der extrem engen Haushaltslage sehr schnell die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in Bremerhaven bei der Lloyd Werft in Zu-

kunft wieder Schiffe gebaut werden. Das ist gut angelegtes öffentliches Geld, denn es sichert und schafft neue Arbeitsplätze sowie hoffentlich Selbstbewusstsein in der Seestadt.

Auch beim wichtigsten Investitionsvorhaben des Landes Bremen in dieser Legislaturperiode, dem Offshore Terminal Bremerhaven (OTB) konnten wir mit der Erteilung der Baugenehmigung und dem Baubeginn im Dezember 2015 einen großen und wichtigen Schritt nach vorne machen. Der OTB wird der wirtschaftlichen Entwicklung rund um das Thema Offshore-Windkraft insbesondere in Bremerhaven starken Schub geben und ist der zentrale Baustein für die weitere Entwicklung Bremerhavens als wichtiges europäisches Zentrum der Offshore-Industrie.

Ein immer wichtiger werdendes Standbein der bremischen Wirtschaftsentwicklung ist der Tourismus. 2014 konnten in Bremen mehr als 1,9 Millionen Übernachtungen auswärtiger Gäste gezählt werden und die Entwicklung in den ersten drei Quartalen deutet darauf hin, dass im Jahr 2015 erstmals die Schallmauer von 2 Millionen Übernachtungen durchbrochen werden könnte.



Klare Schwerpunktsetzung für die Legislaturperiode 2015 – 2019: „Wir werden in den nächsten vier Jahren Kontinuität und Erneuerung zusammenbringen müssen und die Arbeit für den sozialen Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaften Bremen und Bremerhaven zum Schwerpunkt machen“, so Carsten Sieling in seiner Rede auf dem Landesparteitag am 2. Juni 2015.

Eine nachhaltige Herausforderung stellt die überdurchschnittlich hohe Quote von Langzeitarbeitslosen im Land Bremen dar. Hier arbeiten wir mit

Hochdruck daran, die Situation zu verbessern. Das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven (BAP) haben wir hierfür neu ausgerichtet und einen Schwerpunkt auf die Integration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt gelegt. Trotz angespannter Haushaltslage wollen wir eine neue Initiative für einen Sozialen Arbeitsmarkt starten.

Mit der Einführung der Ausbildungsgarantie sowie der Jugendberufsagentur (JBA) gehen wir das Problem bereits in der Entstehung an und sorgen

che 2.000 Wohneinheiten schaffen. Darüber hinaus werden wir etwa 3.500 Angebote in kurzfristig zu realisierenden Wohnmodulbauten errichten. Für den Geschosswohnungsbau wurden in Bremen weitere Erleichterungen bei den Baugenehmigungen durchgesetzt. Zudem hat der Senat ein drittes Wohnraumförderprogramm aufgelegt, welches sich eng an die zwei vorherigen Programme anlehnt, aber deutlich umfangreicher ist. Auch mit der Festlegung auf weitere Flächen hat der Senat die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um deutlich mehr bezahlbaren und

angemessenen Wohnraum für alle Menschen zur Verfügung stellen zu können. Die Gewoba nimmt eine zentrale Rolle in der anstehenden Herausforderung ein. Sie erweist sich als strategisches Instrument der Stadt Bremen für mehr Wohnungsbau. Hier zeigt sich, wie richtig es war, dass wir uns gemeinsam gegen die Privatisierung der Gewoba gestemmt haben.

Auch in den vergangenen Jahren hat Bremen den Konsolidierungskurs eingehalten, die Neuverschuldung des Landes Schritt für Schritt zurückzufahren und damit jährlich 300 Millionen Konsolidierungshilfe von Bund und Ländern einnehmen können. Nicht zuletzt durch zahlreiche Maßnahmen zur Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung der Öffentlichen Verwaltung konnten wir den Sanierungskurs unterstützen, aber auch die Verwaltungsmodernisierung

weiter vorantreiben. Nach langjährigen Verhandlungen haben sich die Länder im Dezember 2015 einstimmig auf einen gemeinsamen Weg zur Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen verständigt. Damit ist es endlich gelungen, die vielfach widerstreitenden Interessen unter einen Hut zu bringen. Das erreichte Ergebnis ist ein gutes Ergebnis für Bremen. Und es ist ein wichtiger Baustein auf dem weiteren Weg der Sicherung unserer Selbstständigkeit. Wenn die Gespräche mit dem Bund und die notwendige Gesetzgebung abgeschlossen sind, wird Bremen ab 2020 im neuen System der Bund-Länder-Finanzbeziehungen unter dem Strich über 500 Millionen Euro je Jahr mehr erhalten.



Auf dem Landesparteitag am 11. Juli 2015 wurden als Senatorinnen und Senatoren Dr. Claudia Bogedan (Kinder und Bildung), Martin Günthner (Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Justiz und Verfassung), Ulrich Mäurer (Inneres) und Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz) von den Delegierten nominiert. Für die Wahl zum Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen wurde Carsten Sieling bereits auf dem Landesparteitag am 2. Juni 2015 nominiert.

dafür, dass der Arbeitslosigkeit der Nachwuchs genommen wird. Die Bündelung der Kompetenzen der Berufs-, Sozial- sowie der schulischen Beratung innerhalb der JBA soll zur Realisierung der Ausbildungsgarantie beitragen.

Wohnen ist ein Menschenrecht, die Schaffung von ausreichend Wohnraum ist daher ein besonderer Schwerpunkt der Politik des Senats. Wir wollen die Voraussetzungen für wachsende Städte schaffen. Deshalb habe ich das Bündnis für Wohnen weiter geführt und im Dezember 2015 hat der Senat ein Sofortprogramm Wohnungsbau beschlossen. Ergänzend zu den ohnehin im Wohnungsbauprogramm geplanten 1.400 Wohneinheiten jährlich, wollen wir bis Ende 2017 zusätzli-

MITBESTIMMEN. MITGESTALTEN.



MITBESTIMMEN. MITGESTALTEN.



MITGESTALTEN.



Bürgermeister Carsten Sieling diskutierte auf dem Landesparteitag am 26. September 2015 im Bürgerzentrum Neue Vahr engagiert mit den Delegierten. Der Parteitag verabschiedete die Resolution „Bremen heißt Willkommen und stellt sich den Herausforderungen!“. Bürgermeister Carsten Sieling brachte auch Informationen vom Flüchtlingsgipfel mit Bundeskanzlerin Merkel und den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vom 24. September 2015 in die Debatte ein.

In 2015 konnten wir die personelle Ausstattung der Bremer Feuerwehr deutlich verbessern. Die beiden Bereiche „Lösch- und Hilfeleistungsdienst“ sowie der „Rettungsdienst“ sind jetzt administrativ klar getrennt. Für den Lösch- und Hilfeleistungsdienst wurde die Zielzahl 490 festgeschrieben. Inklusiv des Rettungsdienstes konnte damit die Gesamtpersonalzielzahl von 530 auf 610 Vollzeiteneinheiten (VZE) erhöht werden. Bei den Koalitionsverhandlungen im vergangenen Jahr haben wir lange um die auskömmliche Ausstattung der Polizei Bremen gerungen. Am Ende haben wir uns auf eine Zielzahl von 2.540 verständigt. Damit ist uns eine deutliche Anhebung gelungen. Gleich nach der Wahl im Mai 2015 hat der Senat entschieden, 20 Polizeibeamte mehr als zunächst geplant einzustellen, also insgesamt 120 in 2015. Darüber hinaus haben wir uns in Verhandlungen mit Bremerhaven nun auf eine Zielzahl von 474 Beamtinnen und Beamten verständigt und damit die Polizeistärke in Bremerhaven auch hier hinsichtlich der Ausbildung abgesichert. Bürgerinnen und Bürger, die bei einem Notfall die 110 wählen, können darauf zählen, dass ihnen schnelle Hilfe sicher ist. Die Einsatz- und Streifendienste haben höchste Priorität bei der Besetzung freierwerdender Stellen. Auch die Bereitschaftspolizei wird so besetzt, dass sie in der Lage ist, Sonderlagen zu bewältigen. Damit meine ich beispielsweise die Absicherung und Begleitung von Risiko-Fußballspielen, den Einsatz gegen islamistische Extremisten und Terroristen oder den Einsatz bei Demonstrationen. Die Polizei wird natürlich auch bei Kapitaldelikten weiter wie bisher ermitteln. Auch der Kriminaldauerdienst bleibt rund um die Uhr besetzt. Die Straßenraub- und Einbruchskriminalität wird schwerpunktmäßig bekämpft. Dazu wird die Polizei nach wie vor Schwerpunkte am Bremer Hauptbahnhof, dem Viertel oder der Diskomeile setzen.



Das bestimmende Thema der Rede von Bürgermeister und Präsident des Senats, Carsten Sieling, bei der Jahresauftaktveranstaltung der Bremer SPD am 15. Januar 2016 war die große Herausforderung der Integration der mehr als 10.000 Geflüchteten, die im Jahr 2015 nach Bremen gekommen sind. Doch er ist sich sicher: „Ich sage nicht: Wir schaffen das. Sondern: In Bremen machen wir das.“

Auch in den vergangenen zwei Jahren stand im Wissenschaftsbereich vor allem die Bearbeitung und Umsetzung des Wissenschaftsplans 2020 auf der Agenda. Zudem konnte das Bremische Hochschul- sowie das Wissenschaftszeitvertragsgesetz novelliert werden. Dass sich beim Qualitätspakt Lehre auch dieses Mal alle Förderanträge aus Bremen durchsetzen konnten, ist ein toller Erfolg. Ebenso, dass die Universität Bremen zu den Hochschulen gehört, die bei der zweiten Auswahlrunde der „Qualitätsoffensive Lehrerausbildung“ ausgewählt wurden. Nicht zuletzt hat die Exzellenzinitiative die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bremer Universität weiter gestärkt. Um auch in der kommenden Fortsetzungsrunde der Exzellenz-Initiative erfolgreich sein zu können, arbeitet die Universität Bremen derzeit an der Entwicklung von Forschungs-Schwerpunkten (Cluster). Auf Grundlage der Vorschläge zur Fortsetzung der Exzellenzinitiative, welche die Imboden-Kommission im Januar 2016 vorgelegt hat, wird nunmehr zwischen Bund und Ländern über die Fortsetzung der Exzellenzinitiative beraten. Es ist vorgesehen, in der Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) am 22. April

2016 eine neue Bund-Länder-Vereinbarung in Nachfolge der Exzellenzinitiative zu beschließen und sie den Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern im Juni dieses Jahres zur Entscheidung vorzulegen.

Mit der Verschmelzung der vier kommunalen Krankenhäuser auf die Gesundheit Nord (GeNo) hat der Senat am 18. Februar 2014 der Zukunftssicherung der kommunalen Kliniken in Bremen zugestimmt. Mit der Verabschiedung der Medizinstrategie steht nunmehr auch ein richtungsweisender Plan für die Entwicklung der kommunalen Krankenhäuser zur Verfügung. In 2015 konnte zudem das Krankenhausstrukturgesetz beschlossen und neue Arbeitsschutzverordnungen umgesetzt werden. Bei der Entwicklung einer Strategie zum neuen Präventionsgesetz, dem Aufbau eines integrierten klinisch-epidemiologischen Krebsregisters und der Weiterentwicklung der Pflegeberufe zeigt sich einmal mehr, wie viele Anknüpfungspunkte und potentielle Synergieeffekte sich im neuen Ressortzuschnitt Gesundheit und Wissenschaft entfalten können.



Carsten Sieling war von 2009 bis 2015 Mitglied des Deutschen Bundestages, bis er am 15. Juli 2015 zum Bremer Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen gewählt wurde.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben viel erreicht für Bremen und Bremerhaven. Dieser Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vieles, was geleistet wurde, kann hier schon aus Platzgründen nicht erwähnt werden. Dafür bitte ich um Verständnis. In den kommenden Jahren werden die Zeiten nicht weniger stürmisch. Wir wollen 2019 sagen können: Wir sind ein starker Wirtschaftsstandort, mit exzellenter Wissenschaft, verbesserter Bildung, weniger Arbeitslosen und mit einem ausgeglichenen Haushalt. Und vor allem wollen wir sagen können: Den Menschen in Bremen und Bremerhaven geht es besser als vor vier Jahren. Das wird jedoch kein einfacher Weg, wir werden der Politik, der Verwaltung, aber auch den Menschen in Bremen und Bremerhaven bis dahin einiges abverlangen müssen.

Vor allem aber tragen wir vor dem Hintergrund der rasanten Zuwanderung eine ganz besondere Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Es ist nicht nur unsere Pflicht, für eine menschenwürdige Unterbringung der vielen nach Bremen und Bremerhaven kommenden Geflüchteten zu sorgen. Es ist vor allem auch unsere Pflicht die Menschen, die dauerhaft bei uns bleiben, schnellstmöglich zu integrieren und gleichzeitig soziale Konkurrenzen zu vermeiden. Mit dem Haushaltsentwurf 2016/2017 stellen wir uns dieser Verantwortung, beidem

gerecht zu werden. Wir werden nicht nur zusätzliche Mittel für unsere politischen Schwerpunkte im Bereich Ausbildung und Arbeitsmarktförderung, bei der Kinderbetreuung und Bildung, im Wohnungsbau sowie bei der Ausstattung von Feuerwehr und Polizei zur Verfügung stellen, wir werden auch mit zusätzlichen Mitteln die Flüchtlingsintegration und den Zusammenhalt in unserem Land stützen und sichern. Deshalb weist der Senat den Haushaltsposten Flüchtlingsaufnahme und -integration im kommenden Doppelhaushalt 2016/2017 gesondert aus und dokumentiert, wofür das Geld benötigt wird.

Aufgabe des Senats wird es in den kommenden Jahren auch sein, den Menschen in Bremen und Bremerhaven transparent, offen und ehrlich zu erklären, warum wir das eine tun und das andere nicht mehr tun können. Um unsere Ziele zu erreichen, müssen wir Strukturen ändern, neue Einnahmen generieren, aber eben auch Ausgaben reduzieren. Wir wollen und werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass Bremen und Bremerhaven lebenswerte Städte bleiben und der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft nicht gefährdet wird.

Bürgermeister Carsten Sieling

Präsident des Senats der
Freien Hansestadt Bremen

BERICHT DER SPD-BÜRGERCHAFTSFRAKTION 2014 – 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Stärkung der Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven, die Einführung der Ausbildungsgarantie, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, der weitere Ausbau der Kinderbetreuung, neue Ganztagschulen – und das alles bei Fortsetzung des Konsolidierungskurses: An Themen hat es uns in den zurückliegenden Jahren nicht gemangelt. Gleichwohl war es vor allem ein Umstand, der uns als Fraktion, den Senat und unser Bundesland als Ganzes gefordert hat und weiter fordern wird: Die weltweiten Krisenherde, der Bürgerkrieg in Syrien, der Terror des sogenannten Islamischen Staats, haben die Zahl derjenigen, die ihre Heimatländer aus Angst um ihr Leben und ihre Zukunft verlassen, dramatisch steigen lassen.

Allein nach Bremen und Bremerhaven kamen im vergangenen Jahr rund 13.500 Geflüchtete, um hier Schutz vor Krieg und Terror zu suchen. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme einer derartigen Anzahl von Menschen administrativen Stress. Kein Verwaltungsaufbau, keine Ressourcenplanung, keine Vorhaltung von Notunterkünften war hierauf eingerichtet. Um den Andrang zu bewältigen, mussten Verwaltungsroutinen beiseitegelassen und Flexibilität bewiesen werden. Das heißt aber noch lange nicht, dass unser Gemeinwesen überfordert wäre, Geflüchteten eine Heimstatt zu geben. Wir können das schaffen, wenn wir uns nicht selbst im Weg stehen!

„Wir“ heißt aber vor allem auch: die Bremerinnen und Bremer, die Bremerhavenerinnen und Bremerhavener. Denn ohne ihr zivilgesellschaftliches ehrenamtliches Engagement, können die Herausforderungen nicht gemeistert werden. Viele Menschen, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, haben dabei deutlich gemacht, dass sich eines nicht ändern wird: Unser Bundesland steht weiterhin für seine weltoffene Tradition und für eine humane Flüchtlingspolitik.



Björn Tschöpe, Vorsitzender der SPD-Fraktion
in der Bremischen Bürgerschaft

Dabei werden Probleme von uns keineswegs verschwiegen oder unter den Teppich gekehrt: Bereits seit Anfang 2015 diskutieren wir offen – und leider auch kontrovers mit unserem Koalitionspartner – über den Umgang mit rund 30 bis 50 jungen Menschen aus dem Maghreb, die hier durch zahlreiche Straf- und Gewalttaten auffallen und so das gesellschaftliche Klima gegenüber echten Kriegs- und Hungerflüchtlings und Asylsuchenden belasten. In den vergangenen Jahren wurde daher eine erste intensivpädagogische Einrichtung aufgebaut. Aber sie allein reicht nicht aus: Eine weitere sogenannte fakultativ geschlossene Einrichtung muss zeitnah errichtet werden. Durch pädagogische Begleitung und die Möglichkeit, die Jugendlichen in dieser Einrichtung zur Not auch hinter geschlossenen Türen von weiteren Straftaten abzuhalten, wollen wir letztlich lebenslange „Gefängnis-Karrieren“ vermeiden. Bis zur Fertigstellung dieser Unterbringungsmöglichkeit müssen Übergangseinrichtungen geschaffen werden, die einerseits geeignet sind pädagogisch auf diese Personengruppe einzuwirken und andererseits die Bürgerinnen und Bürger vor Angriffen zu schützen. Zudem setzten wir uns weiter dafür ein, dass alle Möglichkeiten des Rechtsstaates inklusive der repressiven Elemente der Jugendhilfe, des Jugendgerichtsgesetzes, der Altersfeststellung und der Abschiebung genutzt werden müssen, um den Tätern deutlich zu machen, dass ihr Handeln nicht toleriert wird.

Klar ist aber auch: Links zu sein, heißt zu differenzieren, Probleme zu benennen und zu lösen. Wer die Ereignisse von Köln und die Bremer „Antänzer“ jedoch dazu nutzt, um generell eine fremdenfeindliche Stimmung anzuzüchten, wird in uns entschlossene Gegner haben.



Mit zahlreichen Infoständen in Bremen und Bremerhaven haben sich die Fraktionsmitglieder buchstäblich ins Gespräch gebracht.

60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Wenn unter den zehn Ländern, die weltweit die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben, kein einziges europäisches ist, dann relativiert sich die Mär von der besonderen Belastung. Deutschland gehörte jahrzehntelang zu den Profiteuren der Globalisierung, nunmehr ist es auch an

der Zeit den Rechenstift wegzulegen und menschlichen Anstand zu zeigen. Wenn sich 70 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, Verfolgte ausgerechnet unser Land als Zuflucht sehen, haben deutsche Demokraten in dieser Zeit offenbar vieles richtig gemacht.

Aber Worte und guter Willen allein reichen nicht: Wohnungsbau, Bildung und Arbeit – in diesen drei Bereichen sind wir besonders gefordert. Schon frühzeitig hat die Fraktion daher auf ein mittelfristiges Konzept zur Integration der Geflüchteten gedrungen und genau das hat der Senat geliefert. Darüber hinaus hat sich die Fraktion in den vergangenen Monaten mit vielen einzelnen Initiativen für mehr Wohnraum und die Integration von Flüchtlingen stark gemacht.

Generell – und das muss man klar sagen – ist unsere Arbeit dabei nicht leichter geworden. Dies steht vor allem auch im Zusammenhang mit einer echten Zäsur im vergangenen Jahr: Die Bürgerschaftswahl 2015 war ein schmerzhafter Einschnitt – auch für die Fraktion. Statt mit 36 Abgeordneten wie nach der Wahl 2011 sind wir nunmehr mit 30 Abgeordneten im Parlament vertreten. Gleichzeitig ist die Fraktion unseres Koalitionspartners von 21 auf 14 Sitze abgeschmolzen. Die Folge: Die ehemals satte rot-grüne 2/3-Majorität ist einer nunmehr knappen Mehrheit von nur drei Sitzen gewichen. Die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner, der in Teilen nach wie vor durch das Wahlergebnis und einige interne Auseinandersetzungen verunsichert erscheint, ist dabei nicht einfacher geworden. Eine Ursache dafür ist, dass „Politik machen“

im Jahr fünf der Schuldenbremse und bei den enger werdenden finanziellen Spielräumen schlicht schwerer wird.

Wir haben dennoch, allen Unkenrufen der Opposition zum Trotz, Kurs gehalten bei der Haushaltsanierung. Auch wenn uns jetzt die Kosten, die durch die Integration der Geflüchteten auf uns zukommen, ganz klar an eine Grenze führen: Sparsames Wirtschaften bleibt weiterhin die Maßgabe für die Koalition. Gleichzeitig packt das rot-grüne Bündnis in seiner dritten Auflage viele weitere gemeinsame Projekte an – angefangen mit dem weiteren Ganztagschulausbau, zusätzlichen Stellen für Lehrkräfte, Feuerwehrleute und Polizeikräfte über den Ausbau der Kindertagesbetreuung und den sozialen Wohnungsbau bis hin zur Verstärkung der Ausbildungsgarantie sowie dem Bau des Offshore-Terminals.

Wir setzen klare politische Schwerpunkte in den Bereichen Arbeit, Bildung und Wohnen und sehen uns weiterhin der nachhaltigen Konsolidierung unserer öffentlichen Haushalte verpflichtet. Was wir auf diesem Weg bisher – vor und nach der Bürgerschaftswahl 2015 – erreicht haben, darüber soll dieser Zwischenbericht informieren. Für die Zukunft bleibt unser sozialdemokratischer Anspruch der alte: Wir wollen eine verlässliche Politik für mehr Chancengleichheit und gute Zukunftsperspektiven für alle gestalten. Und wir wollen statt Problemanalysen zu liefern, Lösungen entwickeln – auch um wieder mehr Menschen zur Beteiligung an der Bürgerschaftswahl zu bewegen.

Haushalts- und Finanzpolitik

Der mit dem Bund vereinbarte Konsolidierungskurs prägt die finanzpolitischen Rahmenseetzungen des Landes und seiner Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven weiterhin maßgeblich. Nach Beginn der Konsolidierung in 2011 konnten auch für die Jahre 2014 und 2015 erneut die entsprechenden Vorgaben (Abbau der Neuverschuldung um jeweils 125 Millionen Euro pro Jahr) eingehalten und so die Konsolidierungshilfe des Bundes in Höhe von 300 Millionen Euro jährlich gesichert werden.

Trotz des bisher erfolgreich beschrittenen Konsolidierungsweges werden wir unsere Eigenanstrengungen weiter verstärken müssen. Dabei stoßen wir allerdings durch die nur noch geringen Einsparungsmöglichkeiten des Landes zunehmend an Grenzen. Nennenswerte überdurchschnittliche Leistungen und Standards, die Einsparungen in der notwendigen Größenordnung zulassen, sind im Bundesländervergleich nicht mehr vorhanden. Im Gegenteil: Nach Abzug der nicht gestaltbaren Ausgaben liegen die Mittel des Stadtstaates – ohne weitere Kreditaufnahme – für alle übrigen Aufgabenbereiche einwohnerbezogen unter den Vergleichswerten der Flächenländer.

Eine dauerhafte Sanierung der bremischen Haushalte bis 2020 und darüber hinaus kann daher nur gelingen, wenn in den laufenden Verhandlungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen für Bremen eine langfristig bedarfsgerechte Finanzausstattung sichergestellt wird. Das zurzeit in der Diskussion stehende gemeinsame Modell der 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten bietet dabei eine gute Finanzperspektive – die darin in Aussicht gestellten finanziellen Hilfen von 400 Millionen Euro jährlich sind ein großer Verhandlungserfolg für Bremen.

Einnahmeverbesserungen und Eigenanstrengungen: Neben einer strengen Ausgabendisziplin haben wir durch die Anhebung der Gewerbe- und Grunderwerbsteuer die Einnahmenseite gestärkt. Darüber hinaus haben wir zur Erhöhung der Einnahmen unter anderem folgende Maßnahmen initiiert: neue Betriebsprüfer in der Finanzverwaltung, Verstärkung der Verkehrsüberwachung und Optimierung des Forderungsmanagements.

Sozialleistungsausgaben: Steigende Sozialleistungsausgaben, die insbesondere auch den steigenden Flüchtlingszahlen geschuldet sind, belasten zunehmend die bremischen Haushalte und konnten nur zum Teil durch zusätzliche Einsparungen ausgeglichen werden. Die zusätzlichen Ausgaben in diesem Bereich machten zum Ende des Jahres 2015 einen Nachtragshaushalt in Höhe von 250 Millionen Euro und dabei zusätzlichen Schulden von 30 Millionen Euro erforderlich.

Personal: Die Personalausgaben sind ein ganz wesentlicher Faktor für die Finanzspielräume Bremens. Während das Beschäftigungsvolumen im öffentlichen Bereich in der Freien Hansestadt Bremen seit Jahren rückläufig ist, müssen nach wie vor hohe und weiterhin steigende Versorgungsbezüge geleistet werden. Um den Anstieg der Personalausgaben zu begrenzen, wurde weiter grundsätzlich an aufgabenbezogenen Personaleinsparungen festgehalten. Allerdings haben wir uns dafür eingesetzt, in Dienststellen mit strukturellen Problemen, eine moderate Zielzahlenhebung ab dem Jahr 2014 durchzuführen. Darüber hinaus wurden zusätzliche Stellen für den Bildungsbereich vereinbart, um eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung zu erreichen.

Wirtschaft, Arbeit, Häfen, Gleichstellung

Wirtschaft: In der Wirtschaftspolitik haben wir Schwerpunkte in den Bereichen Wissens- und Technologietransfer, Attraktivierung der Stadt und Förderung der Marke „Bremen“, Bürokratieabbau, nachhaltiges Wachstum und Stärkung der Innovationscluster gesetzt. Darüber hinaus haben wir Weichen für das Wachstum der Stadt gestellt: die Entwicklung neuer Gewerbeflächen, die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft und die Entwicklung neuer Ausbildungsplätze für diese Branche waren uns ebenso wichtig, wie die Stärkung von Einzelhandelszentren und der Ausbau der Überseestadt. Durch unsere Initiative für eine zentrale Service- und Koordinierungsstelle wurde zudem die Vergabe von öffentlichen Aufträgen beschleunigt und vereinfacht. Ferner konnten wir erfolgreich das Technologiezentrum EcoMaT (Center for Eco-efficient Materials & Technologies) auf den Weg bringen. Dort werden künftig mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam im Bereich innovativer Materialien und Oberflächentechnologie zusammenarbeiten. Hier kooperieren Airbus und das Land Bremen, um den Luft- und Raumfahrtstandort Bremen weiter zu stärken.

Häfen: Im Bereich Häfen standen vor allem der geplante Bau des Offshore Terminals in Bremerhaven, den wir nun endgültig auf den Weg gebracht haben, sowie der damit zusammenhängende Ausbau der Windenergiebranche und die

Stärkung der bremischen Seehäfen sowie der Logistikwirtschaft im Fokus unserer Arbeit. Zudem haben wir Initiativen zum weiteren Ausbau der Hinterland-Anbindung, aber auch zum Thema Umweltfreundlichkeit in den Seehäfen (Liquid Natural Gas oder Power to Gas und greenshipping) gestartet.

Arbeit: „Gute Arbeit“ ist das vorrangige Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik. Besonders im Fokus stand für uns dabei der Nachwuchs: Mit der durch die Fraktion vorangetriebenen Ausbildungsgarantie wollen wir jedem Menschen unter 25 Jahren eine Ausbildung ermöglichen. Um dies zu erreichen, wurde auf unsere Initiative hin im Jahr 2015 die Jugendberufsagentur gegründet, die zentral alle Aufgaben rund um die Ausbildungsvermittlung für Menschen unter 25 Jahre übernimmt.



Mit der Aktion „Der Rote Bus“ informierte die Fraktion 2014 und 2015 über ihre Arbeit.

Im Jahr 2014 hatten wir uns für die Fortführung des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogrammes (BAP) eingesetzt. Neben 76 Millionen Euro aus EU-Mitteln und 56 Millionen Euro aus Mitteln des Jobcenters stehen dafür jetzt zum ersten mal seit Jahren auch wieder Landesmittel zur Verfügung. Mit diesem Geld werden Programme zur Stabilisierung des bremischen Arbeitsmarktes finanziert. Abschlussbezogene Qualifizierungsmaßnahmen haben dabei für uns höchste Priorität, um insbesondere auch Langzeitarbeitslosen den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Parallel dazu haben wir uns zudem für den Ausbau von öffentlich geförderter Beschäftigung sowie gegen Befristungen und für eine Eindämmung von Leiharbeit und Werkverträgen stark gemacht.

Kinder und Bildung, Wissenschaft

Kinder: Ganz oben auf der politischen Agenda der SPD-Bürgerschaftsfraktion steht die Schaffung gleicher Start- und Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. Wir haben uns mit vielfältigen Initiativen für den Ausbau der Kinderbetreuung stark gemacht – und konnten dies trotz der schwierigen Finanzsituation Bremens umsetzen. Tatsächlich wurden in den vergangenen Jahren die öffentlichen Aufwendungen für die Kinderbetreuung massiv erhöht. In den Blick genommen hat die Fraktion dabei immer auch eine sozialräumliche Verteilung der Plätze, die absichert, dass insbesondere dort ausgebaut wird, wo der soziale Bedarf gegeben ist – und nicht etwa nur dort, wo damit zu rechnen ist, dass Eltern ihren Rechtsanspruch einklagen. Wurde im Jahr 2010 im U-3-Bereich noch eine Versorgungsquote von 23 Prozent erreicht, stehen im laufenden Kindergartenjahr bereits Betreuungsplätze für 46 Prozent aller unter Dreijährigen zur Verfügung. Realisiert wurde zum Kindergartenjahr 2014/15 zudem der Rechtsanspruch auf sechs Stunden tägliche Förderung im Kindergarten, für den sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion eingesetzt hatte. Auch qualitative Verbesserungen – wie eine generell und aufgabenbezogen verbesserte Personalausstattung und eine im bundesweiten Vergleich als vorbildlich geltende Inklusion – konnten in den vergangenen Jahren erreicht werden. Zudem haben wir die Qualitätsentwicklung im Kindergarten sowie die Versorgung der Kinder mit einer überwiegend hochwertigen Ernährung, deren „Echtkosten“ nicht an die Eltern weitergegeben wird, im Parlament vorangetrieben.

Bildung: Auch in den vergangenen zwei Jahren wurde die strukturelle Weiterentwicklung der Schulreform fortgesetzt. Bis auf die vorhandenen durchgängigen Gymnasien sind alle weiterführenden Schulen in Oberschulen umgewandelt worden. Die Umwandlung in ein inklusives Schulsystem soll bis zum Schuljahr 2017/18 abgeschlossen sein. In den Schulen wurden Zentren für unterstützende Pädagogik (ZuP) eingerichtet und in allen Regionen Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) aufgebaut. Zu-

dem hat Bremen – auch auf Betreiben der Fraktion – in den vergangenen Jahren sein schulisches Ganztagsangebot stark ausgeweitet. Heute gibt es in fast allen Stadtteilen Ganztagschulen im Primar- und im SEK I-Bereich. Im Koalitionsvertrag wurde darüber hinaus der flächendeckende Ausbau von Ganztagsgrundschulen fest verankert.

Durch entsprechende parlamentarische Begleitung haben wir zur gezielten Stärkung der Unterrichtsversorgung durch eine Aufstockung der Lehrstellen beigetragen (gegenüber der Planung 90 weitere Stellen für Lehrkräfte sowie die Verstetigung von gut 100 Stellen, die in den Vorjahren mit Projekten der Schulreform geschaffen worden waren) und für einen Vertretungspool zusätzlich eine Million Euro bereitgestellt. Die zunächst aus Bundesmitteln finanzierte Schulsozialarbeit wurde abgesichert. Ihre Verstetigung ist im Koalitionsvertrag fest vorgesehen. Unter anderem für die Stärkung der Unterrichtsversorgung, die Förderung von Schülerinnen und Schülern, die Inklusion und den Ganztagschulenausbau wurden weitere Personalaufstockungen in einem Volumen von 200 Stellen im Koalitionsvertrag verankert.

In den vergangenen Jahren wurden zudem erhebliche Leistungen bei der Integration von Kindern von Geflüchteten und unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern (umA) von den Schulen erbracht.

Wissenschaft: Mit dem Ziel, Planungssicherheit für die bremischen Hochschulen zu schaffen, die hohe Qualität und Leistungsfähigkeit zu erhalten und Schwerpunkte der bremischen Wissen-



Fraktionsklausur: Drei Tage lang brüteten die Abgeordneten in Wilhelmshaven über fast 30 Anträgen und Initiative.

schaftspolitik zu definieren, haben wir maßgeblich an der Entstehung des Wissenschaftsplans 2020 mitgewirkt. Als Forschungsstandort mit internationaler Reputation wird der bremische Wissenschaftsbereich durch den Wissenschaftsplan auch zukünftig finanziell abgesichert. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Wissenschaftsschwerpunkten des Landes, die systematisch weiterentwickelt werden sollen. Außerdem setzte der Wissenschaftsplan auf eine bessere Kooperation und Koordinierung zwischen den bremischen Hochschulen und stärkt wichtige Studienangebote im Bereich Soziale Arbeit und in der Ausbildung von Lehrkräften. Ein weiteres wichtiges Thema war die Novelle des Hochschulgesetzes. Es schreibt nun unter anderem die Zivilklausel, die Forschung zu militärischen Zwecken ausschließt, gesetzlich fest.

Darüber hinaus haben wir uns für die Fortführung der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern eingesetzt, die die Universität Bremen in mehreren Bereichen ausgezeichnet hat und sie zum Aushängeschild der bremischen Forschungslandschaft macht.

Jugend- und Sozialpolitik, Integration

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich nachdrücklich gegen die soziale Spaltung in unserem Land und für die Stärkung der Teilhabe ärmerer Bremerinnen und Bremer an der Stadtgesellschaft engagiert: Angefangen beim Ausbau der Kinder-

betreuung über das Kultur- bis hin zum Stadtticket für den ÖPNV. In der Jugendpolitik haben wir uns für eine bessere Ausstattung der stadtteilbezogenen Jugendarbeit eingesetzt. Insbesondere sozial benachteiligte Stadtgebiete haben davon profitiert. Wir wissen aber auch, dass die Mittelausstattung bei Weitem noch zu gering ist. Daran werden wir weiter arbeiten – insbesondere auch im Kontext des unter unserer Mitwirkung neu entwickelten Rahmenkonzeptes für die Jugendarbeit. Im Bereich der straffälligen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen haben wir uns neben den bestehenden intensivpädagogischen Betreuungsangeboten für eine fakultativ geschlossenen Unterbringungsmöglichkeit engagiert – auch, um die betroffenen Jugendlichen vor Haftunterbringungen in der Justizvollzugsanstalt zu schützen.

Bremen braucht mehr Einzel- und Amtsvormünder für Kinder und Jugendliche in Bremen. Parlamentarisch haben wir daher eine bessere personelle Ausstattung und zudem eine Verbesserung der institutionellen Kooperationsbeziehungen gefordert, damit auch unnötige bürokratische Hemmnisse verringert werden können.

Die Entschädigung der Opfer von Unrecht und Misshandlungen in Heimen der Behindertenhilfe und Psychiatrie in den Jahren 1949 bis 1990 haben wir in Bremen mit parlamentarischen Initiativen unterstützt. In der Politik für behinderte Menschen war die Erstellung des Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention ein zentrales Arbeitsfeld.



Vor Ort: Besuch von Fraktionsmitgliedern im Teneveraner Umsonstladen „0-kommanix“.

Engagiert hat sich die Fraktion in der Seniorenpolitik sowohl für die Ausweitung der Aufsuchenden Altenarbeit als auch für die Absicherung der Altenbegegnungsstätten. Zudem drängen wir auf eine Besserstellung von Menschen, die Leistungen der Altersgrundsicherung erhalten. Die bessere Anerkennung von Eigenvorsorge ist uns dabei genauso wichtig wie ein höherer Eigenbehalt für ältere Menschen, um selbstbestimmter leben zu können.

Wir konnten parlamentarisch erwirken, dass in Bremen alle Transferleistungsempfängerinnen kostenlos empfang-

nisverhütende Mittel bekommen und somit eigenverantwortliche Familienplanung betreiben können.

Wir haben uns in der Flüchtlingspolitik durch eine Vielzahl parlamentarischer Initiativen sowohl für eine Verbesserung der Aufnahmesituation in der Erstunterbringung als auch für ein Konzept für die mittelfristige Integration der zu uns geflüchteten Menschen eingesetzt. Auf dieser Grundlage soll die Infrastruktur unseres Landes in den Bereichen Bildung, Wohnen und Arbeit ertüchtigt und aufnahmefähig gemacht werden, um der großen Zahl von Menschen, die bei uns Schutz suchen, Perspektiven zu bieten. Unsere parlamentarische Arbeit ist in ein umfängliches Integrationskonzept des Senats gemündet, dessen Weiterentwicklung und Umsetzung wir als SPD-Bürgerschaftsfraktion weiter konstruktiv begleiten werden.

Umwelt, Bau, Stadtentwicklung und Verkehr

Bau und Stadtentwicklung: Bremen ist eine wachsende Stadt. Mit der Erarbeitung und Verabschiedung des Flächennutzungsplanes (FNP), des Landschaftsprogramms (LaPro) und des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) haben wir entscheidende Weichen für die Zukunft der Hansestadt gestellt. Mit diesen umfangreichen Planungen gewährleisten wir eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt. Etliche sozialdemokratische Initiativen haben zudem Impulse für eine Wohnungsbaukonzeption, für ein Gewerbeentwicklungsprogramm, für ein Zentren- und Nahversorgungskonzept sowie für das Windenergiekonzept gegeben.

Mit der Umsetzung des Leitbildes „Bremen! Lebenswert – urban – vernetzt“ haben wir ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung des Zentrums und der anliegenden Stadtteile gelenkt. Vor allem das Thema „Wohnen in der Innenstadt“ wird in den nächsten zehn Jahren an Bedeutung gewinnen. Dafür haben wir den gesetzlichen Rahmen mit gravierenden Änderun-

gen der Bauleitplanung für die Altstadtquartiere geschaffen.

Zudem haben wir die bessere Versorgung von Studierenden mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum auf den Weg gebracht und wollen die Schaffung von neuen Studierendenwohnheimen und -anlagen mit Hilfe des Bundes ermöglichen.

Die Förderprogramme „Wohnen in Nachbarschaften“ und „Soziale Stadt“ haben wir trotz knapper Kassen fortgesetzt. So wollen wir uns weiterhin der sozialen Spaltung unserer Städte entgegenstemmen. Mit der Wohnbauoffensive des Senats, in der sich im „Bündnis für Wohnen“ alle Akteure des Wohnungsbaus versammelt haben, wollen wir verstärkt für gute und bezahlbare Wohnungen in Bremen sorgen. Mit der sogenannten „40+ Liste“, die ständig fortgeschrieben wird, haben wir zur Bebauung geeignete Flächen im gesamten Stadtgebiet nachgewiesen, um so schnell neue Baugebiete auszuweisen oder vorhandene weiterentwickeln zu können. Mit dem Büro- und Wohnpark Oberneuland, der Gartenstadt Werdersee oder der Marcuskaje in der Überseestadt und vielen kleineren Projekten konnte zur Entspannung des Wohnungsmarktes beigetragen werden. Dabei steht die soziale Komponente, beim Verkauf bremischer Flächen müssen mindestens 25 Prozent der Wohnungen den Kriterien des sozialen Wohnungsbaus entsprechen, im Vordergrund. Es bleibt unser Ziel, den Wohnungsbau in Bremen – auch durch eine weitere Stärkung der Gewoba – voranzutreiben.

Verkehr: Die Vollendung der Autobahn 281 haben wir auf den Weg gebracht und werden dieses wichtige Projekt zügig und anwohnerverträglich weiter voranbringen, um das Stadtgebiet weiter von Gewerbeverkehren zu entlasten und gleichzeitig beispielsweise den Unternehmen im GVZ eine noch bessere Anbindung zu ermöglichen. Der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) stellt ohne Zweifel eine ganz entscheidende Weichenstellung in der Infrastrukturpolitik unserer Stadt dar: Mit dem Planwerk haben wir entscheidende Weichen für eine nachhaltige Verkehrspolitik gestellt. Die gleichrangige Betrachtung der Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer steht dabei im Vordergrund. Bremen setzt zudem weiterhin auf den Ausbau des Straßen-

bahnnetzes. Durch den Weiterbau der Linie 4 von Borgfeld nach Lilienthal und der Linie 1 von Osterholz nach Mahndorf haben wir den ÖPNV für viele Menschen bequemer und schneller gemacht. Auch die Verlängerung der Linien 1 und 8 von Huchting über die Landesgrenze hinaus nach Stuhr und Weyhe haben wir vorgebracht. Mit der geplanten Querspange Steubenstraße sowie der geplanten Verlängerung der Linie 8 zur Universität in Verbindung mit einem neuen Haltepunkt Universität/Technologiepark wollen wir zudem die Stadtteile enger zusammen wachsen lassen. Bereits im Koalitionsvertrag haben wir zudem die aufgrund der zunehmenden Defekte und Ausfallzeiten der bisherigen Fahrzeuge, die Neanschaffung von 67 und die Sanierung von weiteren zehn Straßenbahnen auf den Weg gebracht.

Umwelt: Mit der geplanten teilweisen Rekommunalisierung der Abfallentsorgung in Bremen wollen wir der Stadtgemeinde einen maßgeblichen Einfluss sichern, gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten festschreiben und für Gebührenstabilität sorgen. Mit dem von uns auf den Weg gebrachten „Kleingartenentwicklungsplan 2025“ wollen wir einen tragfähigen Kompromiss zwischen den Interessen der „Laubenpieper“ und einer vernünftigen Stadtentwicklungspolitik herstellen. Für uns steht dabei fest: Kleingärten als Freizeitraum und „grüne Lunge“ gehören zu einer lebenswerten Stadt. Auch den Bremer Lärmaktionsplan haben wir überarbeitet und aktualisiert. Ziel dieser von der EU vorgeschriebenen Planung ist es, die Belastung der Bevölkerung durch Lärm zu ermitteln und zu vermindern.

Mit dem Programm „Lebensader Weser“ wollen wir den Fluss Stück für Stück für die Menschen zurückerobern. Mit unserer parlamentarischen Unterstützung wurden die Weser und ihre Nebenflüsse an vielen Stellen renaturiert. Nach Rablinghausen und Hemelingen hat inzwischen auch Habenhausen einen naturnahen Sandstrand erhalten. Zudem soll im Bereich der Hochwasser-Flutrinne zwischen Werdersee und Weser in Bremen-Habenhausen eine naturnahe Bucht geschaffen werden.

Darüber hinaus haben wir die Liberalisierung des Bestattungsrechts vorgebracht – und werden so den sich verändernden Vorstellungen und An-

sprüchen in unserer Gesellschaft gerecht. Durch die Lockerung des Friedhofzwanges hat Bremen nun das am weitesten liberalisierte Bestattungsrecht in Deutschland. Wir stärken damit die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen über den Tod hinaus.

Gesundheits- und Sportpolitik, Gleichstellung

Gesundheit: Im Frühjahr 2014 erfolgte die Verschmelzung der vier vorher gesellschaftsrechtlich eigenständigen kommunalen Kliniken auf eine Gesellschaft (Gesundheit Nord – GeNo), unter Beibehaltung aller arbeitsrechtlichen Verträge. Um die vier Standorte zu erhalten, ist eine Konzentration von Leistungsangeboten und die weitere Zentralisierung „bettenferner Bereiche“ sowie eine am Gesamtinteresse des kommunalen Verbundes ausgerichtete Steuerung der nötigen Investitionen unabdingbar. Die Interessen einzelner Standorte müssen deutlich hinter der Wahrnehmung der Interessen des kommunalen Verbundes zurückstehen. Wir haben uns für die zeitnahe Entwicklung eines plausiblen medizinstrategischen Konzeptes für alle Standorte eingesetzt. Die Weiterentwicklung der Psychiatriereform ist ein weiterer Bereich, der von den SPD-Gesundheitspolitikerinnen und Gesundheitspolitikern parlamentarisch bearbeitet wurde. So hat sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion für die Umsetzung des psychiatrischen Zukunftskonzeptes stark gemacht und parlamentarisch den Senat aufgefordert, darzulegen, wie die geplante Konzentration auf die Bereiche Psychiatrie, Geriatrie und neurologische Frührehabilitation am Klinikum Bremen-Ost stattfinden kann. Auf der Bundesebene haben wir uns weiterhin für Personalmindeststandards und die volle Übernahme der Tarifsteigerungen durch die Kassen eingesetzt.

Sport: Im Sportbereich verdienen besonders die vielen ehrenamtlich Aktiven unsere Unterstützung. Deshalb stehen wir weiterhin zu der vereinbarten Übungsleitungspauschale und fördern die Arbeit derjenigen, die sich unentgeltlich engagieren. Es ist uns dabei gelungen, die Arbeit mit Geflüchteten und die mit Menschen mit Behinderungen in besonderem Maße zu stärken. Zudem wollen im Dialog mit dem Landessportbund die



Zahlreiche Besuchergruppen suchten mit Abgeordneten der SPD das Gespräch.

Kooperationen von Sportvereinen mit weiteren Einrichtungen wie Kindergärten, Kitas oder Senioren-Treffs weiter ausbauen. Stark engagiert haben wir uns zudem für die Absicherung der Sportförderung. Die Vereine haben – trotz der Einschränkungen – äußerst besonnen auf die notwendige Unterbringung von Geflüchteten in Sporthallen reagiert. Die SPD-Fraktion hat sich dabei für eine Unterstützung der betroffenen Vereine eingesetzt und parlamentarisch Stabilisierungsangebote bei finanziellen Krisen durchgesetzt.

Auch die Verabschiedung des „Bäderkonzepts“ fand mit deutlicher Unterstützung der Fraktion statt. Dieser Planung zufolge, wird das Westbad ausgebaut und das Horner Bad saniert und um ein Hallenbad ergänzt. Im Gegenzug wird mittelfristig das Unibad geschlossen, da es mit vertretbarem Aufwand nicht mehr zu sanieren ist. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich aber für eine vorübergehende Ertüchtigung des sanierungsbedürftigen Unibades bis zur vorgesehenen Schließung eingesetzt.

Gleichstellungspolitik: Die Bekämpfung struktureller Entgeltungleichheit ist für uns ein wesentliches Ziel. Parlamentarisch haben wir uns für die Einführung des sogenannten eg-Check-Verfahrens eingesetzt, um in bremischen Unternehmen Ungleichheiten bei der Entlohnung von Frauen und Männern aufzudecken und zu beseitigen. Ferner sind uns die sicherere Finanzierung von Frauenhäusern und der Ausbau von Schutzangeboten für Opfer von Gewalt wichtig. Auch die Forderung nach einer getrennten Unterbringungsmöglichkeit für allein geflüchtete Frauen und für Frauen,

die Opfer sexueller Übergriffe waren, haben wir in der Bremischen Bürgerschaft beschlossen.

Innen- und Justizpolitik, Bürgerbeteiligung

Die Vermeidung von Kriminalität hat für uns höchste Priorität. Die Voraussetzung für optimalen Schutz ist eine adäquate Personalausstattung der Polizei. Aus diesem Grund haben wir die Personalzielzahl bei der Polizei angehoben. Gleichzeitig haben wir uns fortwährend dafür eingesetzt, der ansteigenden Gewalt gegen Polizeikräfte entgegenzuwirken. Dabei haben wir nicht nur die Anschaffung von Schutzwesten mit hoher Sicherheitsstufe und weiteren polizeilichem Gerät angestoßen, sondern auch das Projekt „Body-Cam“ initiiert. An der Uniform von Beamtinnen und Beamten befestigte Kameras sollen dabei nicht nur vor Angriffen abschrecken, sondern im Fall des Falles sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Polizistinnen und Polizisten dabei helfen, Straftaten zu belegen oder entlastende Beweise vorzubringen.

Mit der Neuaufstellung des Bürgerservice-Centers haben wir begonnen, die Kundenfreundlichkeit und Terminalsicherheit erheblich zu verbessern sowie Wartezeiten zu reduzieren. Aufgrund erheblicher Mehrbedarfe musste die Mitarbeiteranzahl deutlich erhöht werden. Um den steigenden Anforderungen zu begegnen, setzen wir uns parlamentarisch zudem für eine Ausweitung der Online- und Telefondienstleistungsangebote ein. Ziel dabei ist es, Bürgerinnen und Bürgern den Gang ins Amt wenn möglich zu ersparen und gleichzeitig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlasten.

Im Bereich der Rechts- und Justizpolitik bleibt der Opferschutz für uns ein tragendes Element. Die Fraktion stieß an, dass die Strafverfolgung bei Beziehungsgewaltdelikten beschleunigt und verbessert wurde. Zugleich soll eine effektive Strafverfolgung gewährleistet werden. Das gilt auch für den Bereich des Sexualstrafrechts. Die Fraktion setzte sich dazu intensiv mit Reformvorschlägen zur Heilung möglicher Strafrechtslücken aus-

einander und begrüßt die Bestrebungen auf Bundesebene. Durch eine entsprechende Änderung des Gaststättengesetzes haben wir uns zudem gegen „Diskriminierung an der Disco-Tür“ stark gemacht: Gegen Diskobetreiber, die durch eine diskriminierende „Einlass-Politik“ auffallen, kann nun unter anderem ein empfindliches Bußgeld verhängt werden.



Podiumsdiskussion zum Thema „Zuwanderer von damals gegen Migranten von heute?“ mit Valentina Tuchel, MdBB.

Die Sanierung der Justizvollzugsanstalt wird in den letzten beiden Hafthäusern und in Bremerhaven fortgesetzt. Die Planungen dazu wurden an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst, wobei sowohl der Rückgang der Gesamtgefängniszahl als auch der Anstieg der „Langsträfler“ berücksichtigt wird.

Bürgerbeteiligung: Die Mitbestimmung in den Stadtteilen wurde in der Vergangenheit bereits deutlich ausgeweitet und gestärkt. Unser Ziel sind weitere Verbesserungen, etwa im Bereich der Jugendbeiräte und der sogenannten Planungskonferenzen, bei denen die Beiräte gemeinsam mit den Ressorts Stadtteil-Maßnahmen diskutieren. Um Bürgeranträge weiter zu vereinfachen, haben wir initiiert, dass die nötigen Unterstützungsunterschriften künftig auch „online“ erbracht werden können. Zudem haben wir einen Antrag eingebracht, der Beiräten angesichts immer komplexerer Fragestellungen die Inanspruchnahme einer Rechtsberatung ermöglichen soll.

Internationale Politik

Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP hat auch die Fraktion beschäftigt. Mit Blick auf die in Deutschland und Europa geltenden Grundsätze und Standards haben wir uns schon im Mai 2014 unter anderem für die Einhaltung der gültigen EU-Regularien des Sozial- und Umweltschutzes sowie des Verbraucher-, Lebensmittel- und Gesundheitsschutzes eingesetzt und den Schutz von Arbeitnehmerrechten sowie Alternativen zu den geplanten Schiedsgerichten gefordert. Um unserer globalen Verantwortung gerecht zu werden, haben wir darüber hinaus engagiert gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern und Organisationen an der Erstellung der „Entwicklungspolitischen Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen“ mitgewirkt.

Kultur-, Medien- und Netzpolitik

Kultur: Kultur kann entscheidend zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund beitragen. Sei es im Bereich des Spracherwerbs oder als Hilfe beim Ankommen in der neuen Heimat. Deshalb haben wir uns für eine bessere Personalausstattung bei der Volkshochschule und für eine engere Vernetzung der kulturellen Akteure im Land Bremen mit den hier tätigen Migrantenorganisationen eingesetzt. Darüber hinaus haben wir uns unter anderem für passgenaue Ausbildungsgänge in der Kultur- und Kreativwirtschaft, die Fortsetzung des „Beirats Platt“ und eine generelle Stärkung des Niederdeutschen stark gemacht.

Informationsfreiheit: Bremen gehört mit seinem Informationsfreiheitsgesetz bundesweit zu den Vorreitern. Weil wir davon überzeugt sind, dass Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf eine transparente Verwaltung haben, haben wir diesen unkomplizierten Zugang nochmals durch eine Gesetzesreform verbessert. So kann jede/r auf Behördendokumente zugreifen, die früher der Öffentlichkeit verborgen blieben. Darüber hinaus haben wir dazu beigetragen, dass unter dem Motto „Open Data“ immer mehr öffentliche Daten und Statistiken frei zur Verfügung gestellt

werden, damit sie von der Öffentlichkeit, den Medien, aber auch von Wissenschaft und Wirtschaft genutzt werden können.

Medien: Nachdem die Musliminnen und Muslime durch eine Änderung des Landesmediengesetzes bereits die Möglichkeit erhalten hatten, eine Vertreterin/einen Vertreter in den Medienrat zu entsenden, haben wir ihnen nun durch eine Änderung des entsprechenden Gesetzes auch ermöglicht, einen Platz im Rundfunkrat von Radio Bremen zu besetzen. Eine Vertreterin/ein Vertreter der Aleviten soll dort demnächst ebenfalls einen Sitz erhalten.

Je einen Sitz sowohl im Medien- als auch im Rundfunkrat soll auch der „Bundesrat für Nedderdütsch“ bekommen. Wir haben eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht, die dies ermöglichen und generell das Plattdeutsche im Medienbereich stärken soll. Von Bremen aus konnten wir außerdem erreichen, dass nun auch der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland einen Sitz im ZDF-Fernsehrat erhält.

Björn Tschöpe
Fraktionsvorsitzender

BERICHTE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND FOREN

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos)	Seite 92
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)	Seite 94
Arbeitsgemeinschaft 60 plus (AG 60 plus)	Seite 97
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	Seite 99
Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS)	Seite 101
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	Seite 102
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	Seite 104
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	Seite 106
Forum Sport	Seite 109
Ausschuss für internationale Angelegenheiten (AIA)/ Forum Eine Welt	Seite 110
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt	Seite 112
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv	Seite 114
Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie im Land Bremen und der Nordwest-Region	Seite 116

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos)

Die Jusos engagieren sich als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband für den demokratischen Sozialismus und kämpfen in und mit der SPD und gesellschaftlichen BündnispartnerInnen für seine Verwirklichung. Der folgende Bericht gibt einen Überblick über die Schwerpunkte unserer Aktivitäten von Frühjahr 2014 bis Frühjahr 2016:

Juso-Hochschulgruppe (Hochschule Bremen).

Im Bereich Bildung insgesamt setzten sich die Jusos für eine bessere Ausstattung für die Schulen in Bremen und Bremerhaven ein. Darüber hinaus wurde kontinuierlich an das ursozialdemokratische Ziel der einen „Schule für alle“ erinnert und sich konkret für den Bau des „Campus Ohlenhof“

Politische Schwerpunkte

Die Arbeit im Jahr 2014 war stark geprägt durch die Veröffentlichung des Wissenschaftsplans 2020, der die zukünftige Ausrichtung der Hochschulen im Land Bremen vorgeben sollte. Die Fokussierung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen durch die Bildung von Profilen und insbesondere die zu dieser Zeit geplante Schließung des Studiengangs Psychologie an der Universität Bremen sowie diverser Studiengänge an der Hochschule Bremen führten zu Verstimmungen und Protesten, an denen sich auch die Jusos, innerhalb und außerhalb der Partei, beteiligten. Dies geschah in enger Zusammenarbeit mit der linken Bündnisliste AStA für Alle (Uni Bremen) und der



Abschlussfoto nach dem erfolgreichen Juso-Bundeskongress, der im November 2015 in Bremen stattfand.

in Gröpelingen eingesetzt. Zuletzt gelang erfreulicherweise die Neugründung einer Juso-SchülerInnen- und Auszubildendengruppe.



1. Mai – Wie in jedem Jahr waren die Bremer Jusos auch 2014 bei der traditionellen Demonstration vom Weserdeich zum Kundgebungsplatz, dem Domshof, dabei!

Großer Bestandteil der Arbeit war auch der Kampf gegen Rechts und in den letzten beiden Jahren in besonderer Art und Weise der Einsatz für die Rechte der Geflüchteten und gegen rassistische Ressentiments ihnen gegenüber.

Auf dem Juso-Bundeskongress 2014 in Bielefeld wurde ein wegweisender Antrag aus Bremen für eine neue, progressive Drogenpolitik, die die Prohibition hinter sich lässt, beschlossen.

Weitere bearbeitete Themen waren und sind z. B. die Begleitung der Ausbildungs-

garantie, die Digitalisierung und last, but not least die kontinuierliche Verfolgung feministischer Ziele, wie die Gleichstellung der Geschlechter.



Wahlkampf für ein sozialdemokratisches Europa, Bremer Jusos im Europawahlkampf 2014.

Bildungsarbeit

Über den zweijährigen Zeitraum konnte eine Vielzahl von Seminaren zur politischen Bildung durchgeführt werden. So konnten jährlich sowohl ein dreitägiges Seminar zur Grundlagenbildung (Basics-Seminar) als auch ein zweitägiges Seminar zu verschiedenen Themen angeboten werden – beide gemeinsam mit niedersächsischen GenossInnen. Ebenso fanden Fahrten zu Juso-Basiskonferenzen sowie Sommercamps statt, bei dem es zu intensivem Austausch mit GenossInnen aus dem gesamten Bundesgebiet und darüber hinaus kam. Besonders erfreulich ist hier, dass eine der wenigen Zukunftswerkstätten des Juso-Bundesprojekts „Links Leben“ in Bremen stattfinden konnte. Abgerundet wurde das politische Bildungsprogramm durch eine Reihe inhaltlicher Tagesseminare, z. B. zum Thema Feminismus.

bereit, über notwendige Veränderungen von Strukturen, vor allem aber Inhalten, zu sprechen.

Juso-Bundeskongress 2015 in Bremen

Das letzte Highlight war der Bundeskongress 2015 und somit das höchste beschlussfassende Gremium des Verbands, das im vergangenen Jahr in Bremen stattfand. Für die kleine Landesorganisation war das Schultern dieses Ereignisses eine große Herausforderung, die aber dank engagierter HelferInnen zu einem großen Erfolg wurde.

Für den Juso-Landesvorstand

David Ittekkot
(Landesvorsitzender)

Aygün Kilincsoy
(Landesgeschäftsführer)

Bürgerschaftswahl 2015

Die Jusos engagierten sich intensiv in der Vorbereitung und der Durchführung des Bürgerschafts-Wahlkampfes 2015. So waren Jusos sowohl an der Erarbeitung des Wahlprogramms beteiligt als auch als eine maßgebliche Kraft bei Infoständen und weiteren Aktionen. Für derlei Aktivitäten wurden von den Jusos eigens für junge Menschen Informationsmaterialien erstellt. Ebenso fanden sich drei aktive Jusos unter den Kandidierenden auf der Liste.



An der nach der Wahl stattfindenden Debatte über das Ergebnis beteiligten sich die Jusos rege, und sind weiterhin

Vielfältiges Seminar- und Bildungsprogramm: Die Bremer Jusos am 24. Oktober 2015 bei ihrem Verbandswochenende in der Jugendherberge Rotenburg.



ARBEITSGEMEINSCHAFT

sozialdemokratischer Frauen (ASF)

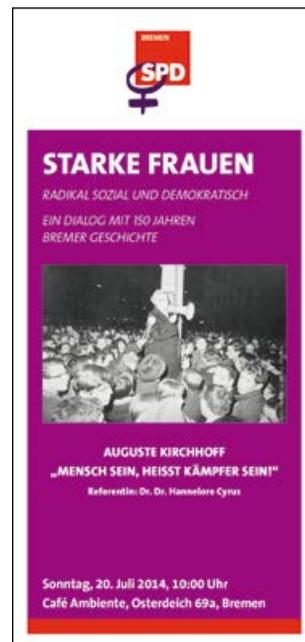
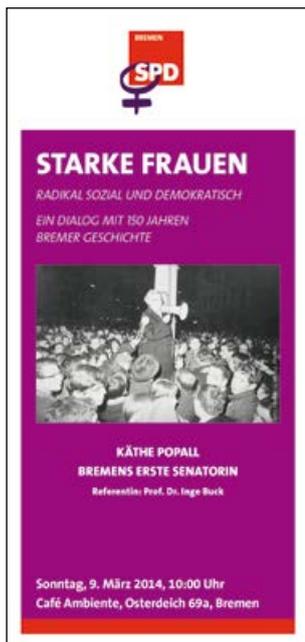
Die ASF in der SPD-Landesorganisation Bremen hat sich nach der Jahreshauptversammlung im April 2014 thematisch und organisatorisch neu aufgestellt:

Angesprochen wurden alle Frauen, die Interesse an den vorgeschlagenen Themen hatten.

Mit der Öffnung der Versammlungen und den wechselnden Orten in Bremen, Bremerhaven und Bremen-Nord wurden Frauen aus allen Unterbezirken erreicht und zu einem offenen und transparenten Arbeitsprogramm eingeladen. Die Bearbeitung der folgenden Schwerpunkte wurde verabredet:

Der Landesvorstand der ASF tagte monatlich, wozu alle interessierten Mitglieder eingeladen wurden. Überdies sind ASF-Vorstandsmitglieder in weiteren Gremien regelmäßig vertreten: SPD-Landesvorstand, Gesamtvorstand des Bremer Frauenausschuss (BFA), Vorbereitungsgruppe 8. März (angesiedelt bei der ZGF), Arbeitskreis Schafferrinnen, ASF-Bundesausschuss und ASF-Bundesvorstand.

Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes beträgt der **Lohnunterschied** in Deutschland 22 Prozent. Frauen verdienen im Schnitt 15,21 Euro brutto pro Stunde, Männer bekommen mit 19,60 Euro deutlich mehr. Als wesentliche Gründe hier-



- Entgeltgerechtigkeit
- Weibliche Lebensentwürfe
- Internationaler Frauentag
- 40. Schafferrinnenmahl und 40 Jahre Arbeitskreis Schafferrinnen
- Bürgerschaftswahlkampf 2015

für sind eine konservative Gesetzgebung und Berufspausen aufgrund von „Familienphasen“, Teilzeitbeschäftigung und eine Berufs- und Branchenwahl von Frauen, die sich gut mit der Familienplanung vereinbaren lässt, ermittelt. Die Frage: **„Warum verdienen Frauen weniger als Männer?“** wurde im Rahmen einer Veranstaltung am 24. Juni 2014 diskutiert, fachkundig begleitet durch die Arbeitnehmerkammer Bremen/Bremerhaven.

Während weiterer Vorstandssitzungen u. a. mit Dr. Joachim Schuster, MdEP, und Dr. Marion Salot, Arbeitnehmerkammer, wurde diese Thematik erörtert. Im Ergebnis wurden entsprechende Antragstellungen im Rahmen der ASF-Bundeskonferenz realisiert und an den Bremer Landesfrauenrat gerichtet.

Weibliche Lebensentwürfe wurden aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln und mit sehr differenzierter Themensetzung bearbeitet.

- Die Veranstaltungsreihe **Starke Frauen – Radikal sozial und demokratisch** stellte im dokumentierten Zeitraum **Käthe Popal, Auguste Bosse, Auguste Kirchhoff und Hermine Berthold** in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung.

Eine Dokumentation dieser Reihe mit den Portraits von neun außerordentlichen Bremer Frauen ist im Oktober 2014 bei der Edition Falkenberg erschienen: **Starke Frauen – radikal sozial und demokratisch. Ein Dialog mit 150 Jahren Bremer Geschichte** (ISBN 978-395494-0691). Herausgeberinnen sind Dr. Gisela Menger und Verena Behrens, der Klappentext wurde von Gudrun Lange-Butenschön geschrieben.

- Gemeinsam mit Prof. Dr. Sonia Lippke (Jacobs University) haben wir dieses Format weiterentwickelt: „Starke Frauen – fern der Heimat“ stellte das Thema Ankommen in einer neuen Kultur in den Fokus. Zum Internationalen Frauentag 2015 wurde die Veranstaltung: **„Starke Frauen – fern der Heimat. Was Frauen mitnehmen und stark macht: Trauer, Trauma, Hoffnung und neue Perspektiven“** realisiert.
- Die ASF verabschiedete eine **Resolution gegen Waffenlieferungen** in Krisengebiete.
- Frau Elisabeth Mahlberg-Wilson, Leiterin des Zentrums für Schule und Beruf, berichtete zur **besonderen Situation von traumatisierten jungen Frauen mit Flucht/Gewalterfahrung**.

- Gemeinsam mit Monika Börding, Geschäftsführerin im Landesverband pro familia, diskutieren wir zu der **in Bremen wirksamen Beschlusslage zur kostenlosen Empfängnisverhütung für Leistungsberechtigte**.

- Zum Themenkreis **(Zwangs-)Prostitution/ Menschhandel** berichtet Sybille Bösch „**Prostitution – der schwedische Weg**“ sowie Katharina Kähler (Innere Mission) und Manon Süsens (Nitribit e.V.) **zur Situation betroffener Frauen hier in Bremen**.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und die Landesorganisation der SPD in Bremen laden traditionell zum jährlichen **Schaffnerinnenmahl**. Eingeladen werden in jedem Jahr 100 Bremerinnen, die zum aktuellen Thema der jeweiligen Veranstaltung durch ihre Arbeit oder ihr Engagement einen persönlichen Bezug haben und nicht Mitglied der SPD sind. Eine weitere Besonderheit ist, dass jede Bremerin nur einmal in ihrem Leben beim Schaffnerinnenmahl zu Gast sein kann. Die Veranstaltung folgt einem wiederkehrenden Ritual, festgelegt in den Statuten und in bewährter Routine vorbereitet vom **Arbeitskreis Schaffnerinnen**.

Das 40. Schaffnerinnenmahl fand am **28. November 2014** statt. Titel der Veranstaltung: **„40 Jahre – (k)ein Grund zum Feiern? Eine Bremer Frauentradition wird 40!“** mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden, Mauela Schwesig, als Referentin.

2015 feierte der Arbeitskreis Schaffnerinnen wieder – sein 40-jähriges Bestehen. Dies wurde zum Anlass genommen die Statuten zu überarbeiten. Allerdings nicht in der Weise, dass nun Männer eingeladen werden.

Das 41. Schaffnerinnenmahl, am **27. November 2015** stand unter dem Motto **„Frauenberufe – Reichtum unserer Gesellschaft“**. Als Referentin

konnte Frau Prof. Dr. Yasemin Karakasoglu, Universität Bremen, gewonnen werden.

Im Rahmen des Bürgerschaftswahlkampfes beteiligte sich die ASF inhaltlich an der Erarbeitung des Wahlprogramms und mit der Gestaltung des Dialogforums **„Schöne neue Frauenwelt – Wie wir heute arbeiten“** im Rahmen des Zukunftskon-

gresses „Leben, arbeiten, lernen, wohnen am 6. Dezember 2014.

Die Kandidatinnen Liste für die Bürgerschaft konnte durchgängig paritätisch besetzt werden.

Verena Behrens
ASF-Landesvorsitzende



Am 28. November 2014 fand das 40. Schaffnerinnenmahl unter dem Titel „40 Jahre – (k)ein Grund zum Feiern? Eine Bremer Frauendtradition wird 40!“ statt. Gastrednerin auf der Jubiläumsveranstaltung war die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und stellvertretende SPD-Parteivorsitzende, Manuela Schwesig.



Am 27. November 2015 fand das Schaffnerinnenmahl zum 41. Mal statt. Gastrednerin zum Thema „Frauenberufe – Reichtum unserer Gesellschaft“ war Prof. Dr. Yasemin Karakasoglu von der Universität Bremen.



Aufstellung zum Gruppenfoto: Wie bei jedem Schaffnerinnenmahl nahmen auch am 27. November 2015 genau 100 Frauen am Schaffnerinnenmahl im Haus der Bürgerschaft teil.



Begrüßungsempfang zum 41. Schaffnerinnenmahl am 27. November 2015 im Haus der Bremischen Bürgerschaft.



Auch im Zeitraum von 2014 bis 2016 haben die AG 60 plus-Landesorganisation und die AG 60 plus-Unterbezirke sich wieder aktiv in die Parteiarbeit der Bremer SPD eingebracht. Die hauptsächliche inhaltliche Arbeit wurde dabei, teils regional bedingt mit unterschiedlichen Schwerpunkten, in den Unterbezirken geleistet. Diese haben ihre Arbeit ausführlich in den Tätigkeitsberichten für ihre Unterbezirke dargestellt.

Die politische Arbeit besonders des Jahres 2015 war stark geprägt von der Bürgerschaftswahl. In allen drei Unterbezirken haben wir Älteren aktiv sowohl an den Wahlkampfständen der Ortsvereine als auch an anderen Aktivitäten teilgenommen. Es hat sich wieder gezeigt, dass in Wahlkampfzeiten die Aktivitäten der Älteren unverzichtbar sind. Das war sicherlich ein Grund, dass im Wahlkampfkonzept der SPD eigene Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaften, hier besonders der AG 60 plus, weniger gefragt waren. Wir sollten lieber unsere Mitarbeit vor Ort in den Stadtteilen und bei der Besetzung des zentralen Infostandes in der Stadtmitte einbringen. In Erinnerung an unsere hervorragend besuchte und auch von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommene Wahlkampfveranstaltung vor dem Rathaus kurz vor der Bürgerschaftswahl 2011, hatten wir eine ähnliche Veranstaltung geplant. Diese wurde uns jedoch nicht gestattet. Ebenso erging es uns mit unserem Vorhaben, unseren „Tag der Älteren Generation“ Anfang Mai 2015 in den Diensten des Wahlkampfes zu stellen. Es wurde uns gesagt, nicht wir Älteren sollen uns darstellen, sondern die zur Wahl stehenden Kandidatinnen und Kandidaten. Wir hoffen, dass bei künftigen Wahlkämpfen so etwas nicht mehr geschehen wird.

Bei der Ausarbeitung des Regierungsprogramms 2015 – 2019 waren wir von Anfang an dabei und konnten in den Entwurf etliche für uns Ältere wichtige Punkte mit konkreten Forderungen einbringen. Dieses galt besonders für die Themen „Seniorenbegegnungsstätten“ und „Seniorenver-

tretung“. In der endgültigen Fassung des Wahlprogramms war von „konkret“ allerdings nicht mehr viel übrig. Und in den Koalitionsvertrag sind diese Themen noch dürftiger eingegangen. Dass das Thema „Seniorenbegegnungsstätten“ in der bisherigen Form bei den Grünen keine Unterstützung findet, zeigt sich daran, dass der Begriff in deren Entwurf für den Koalitionsvertrag überhaupt nicht vorkommt.

Dass auch für uns das Ergebnis der Bürgerschaftswahl schockierend war, ist selbstverständlich. Aus unserer Sicht ist daran außer mangelnden thematischen Darstellungen auch eine ziemlich lauwarne Wahlkampfführung ohne jegliche Zuspitzungen schuld. Entsprechend schwierig war dann ja auch die Regierungsbildung.

Auch die SPD-Fraktion muss ihre SPD-interne Handlungsweise nach der Wahl hinterfragen lassen. So ist die personelle Zusammenstellung der Deputationen etwas merkwürdig. Auch wenn die Modalitäten für die Deputationen etwas anders sind als die Parteimodalitäten, ist es nicht einsehbar, dass dort die Gruppe der Älteren trotz überwiegender Mehrheit in der Bevölkerung und trotz einer Kandidatur aus den Reihen der AG 60 plus überhaupt nicht vertreten ist. Dazu kommt, dass das Dogma „Quotenregelung“ bei der Aufstellung der Deputiertenriege der SPD keine Rolle gespielt hat. Wie sonst ist es zu erklären, dass von den 11 Delegierten der SPD, die keine Bürgerschaftsabgeordneten sind, acht Frauen und nur 3 Männer sind? Andererseits wird besonders den Verantwortlichen in den Arbeitsgemeinschaften die eherne Notwendigkeit der Quote zu jeder Gelegenheit vor Augen geführt. Dieses Verhalten ist aus unserer Sicht zutiefst unehrlich.

Des Weiteren hat gegen Jahresende auch der Ansatz des Landesvorstandes, die Struktur der Landesorganisation zu ändern für Unruhe gesorgt. Grund für diese Bemühungen: Die stark zurückgehende Mitgliederzahl und die Finanznot der Bremer SPD. Zunächst ist das Vorhaben aufgrund

Mittwoch 1.10.2014
Programmschicht:
 14:00 Uhr Daniela Topich (DGB) Begrüßung
 14:05 Uhr Kollhoff, Alaric
 14:10 Uhr 1. Bremer Ukulelenorchester
 14:25 Uhr Volker Stühwey (50 Jahre!) Rede
 14:40 Uhr 1. Bremer Ukulelenorchester
 14:55 Uhr Klaus Hübner-Schwenker Rede
 15:10 Uhr Gruppe Pflegerhand (Musik)
 15:25 Uhr Volk-Jugend, Sternik
 15:35 Uhr Rede: Niki (Thema Wohnen)
 15:50 Uhr „Die Basilika“ Kabarett
 16:05 Uhr Gruppe Pflegerhand
 16:20 Uhr Rainer Kuhn (Vardi), Rede
 16:35 Uhr Ausklang mit Orchester

Infostände und weitere Aktionen
 11:45 Uhr Mittagsdruck in Doms



Internationaler Tag der Älteren Generation
 Mittwoch, 1. Oktober 2014
 ab 14:00 Uhr, Hansaatenhof Bremen
 Schirmherr
 Klaus Hübner



Wir fordern eine gerechte Politik für alle Generationen!

Internationaler Tag der Älteren Generation
 Der „Tag der Älteren Generation“ ist ein internationaler Aktionstag, der seit UNO-Beschluss 1990 ins Leben gerufen wurde. Er soll auf die Situation und die Belange älterer Menschen aufmerksam machen.

In diesem Jahr in Bremen unter dem Motto:
Wohnen selbstbestimmt und bezahlbar

Gemeinsam gegen soziale Kälte!
 Wir brauchen den Zusammenhalt aller Generationen für eine solidarische und sozial gerechte Gesellschaft.

Was können wir tun?
 Jeder/Jede kann etwas bewegen: Gemeinsam sind wir stark!

Wir sind viele!
 In Bremen sind wir in den DGB-Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden, Selbsthilfegruppen, Organisationen, Kirchen und Parteien zusammengeschlossen.

Wir mischen uns ein!
 Für ein Leben in Würde
 Gegen Altersarmut
 Für eine bedarfsgerechte Pflege und Gesundheitspolitik
 Für soziale Gerechtigkeit
 Für bezahlbares Wohnen
 Für ein Generationenbündnis



1.10.14, 14:00, Hansaatenhof, Bremen, Internat. Tag der Älteren Generation 22.08.14, Tel. 53376, 34, 1444

anhaltender Proteste aus den Gliederungen nicht umgesetzt worden. Das vorgestellte Diskussionskonzept war inhaltlich allerdings auch stark durchwachsen. Der Protest dokumentierte sich in der Vielzahl der überwiegend negativen schriftlichen Stellungnahmen aus den Gliederungen. Auch wir von der AG 60 plus haben unsere Position nachdrücklich schriftlich geäußert.

Nach außen hat der AG 60 plus-Landesvorstand die Bremer AG in der AG 60 plus-Bundesorganisation durch die Teilnahme an zahlreichen Veranstaltungen in diesem Zeitraum vertreten: Vier Bundesausschusssitzungen (Berlin, Rostock), eine 60 plus-Bundeskonzferenz (Rostock), vier Sitzungen der „Nordschiene“ (Hamburg, Bremen, Rostock). Die Nordschiene gibt es erst seit drei Jahren. Diese bündelt norddeutsche Interessen, um sie in der Bundeskonzferenz, im Bundesausschuss und im Bundesvorstand der AG 60 plus besser vertreten zu können. Seit Anfang 2015 gibt es einen vierteljährlich erscheinenden AG 60 plus-Newsletter, der an die regionalen Vorstände per E-Mail verteilt wird. Die Zustellung aus Berlin, z. B. an Unterbezirksvorstände, ist noch etwas lückenhaft, wird

sich aber bessern. Dieser Newsletter kann auch von jedem interessierten AG 60 plus-Mitglied direkt bezogen werden, wenn es sich in Berlin dafür anmeldet.

Unsere Mitarbeit in den Parteigremien in Bremen, auch im Landesvorstand, ist stets gut gelaufen. Unsere Themen und Stellungnahmen werden aufgenommen, diskutiert und mit bearbeitet. Bei der Umsetzung in der Partei haben wir aber den Eindruck, dass man uns Ältere am liebsten als Standbesetzungen in Wahlkämpfen hat. Und ansonsten sind wir in der Wahrnehmung vieler Genossinnen und Genossen kaum vorhanden. Aber das kann sich ja ändern. Das bedeutet aber auch, dass wir uns in der nächsten Zeit stärker bemerkbar machen müssen.

Wir hoffen, dass wir auch im nächsten Zweijahreszeitraum gute Arbeit leisten können.

Bernd Grottko
 AG 60 plus-Landesvorsitzender



Der AfA-Landesvorstand hatte in der Wahlperiode 2014 – 2016 folgende Mitglieder: Wolfgang Jägers (Vorsitzender), Inga Köstner, Angelo Caragiuli, Uwe Schmidt (stellv. Vorsitzende), Inge Briggs, Holger Briggs, Bernd Dohrand, Torsten von Haaren, Siegbert Klinkmüller (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Es fanden regelmäßige Sitzungen des Landesvorstandes statt. Viele Themen wurden behandelt, Beschlüsse gefasst und an die entsprechenden Stellen, wie die Bürgerschaftsfraktion, den Landesvorstand, die Stadtverordnetenversammlung usw. weitergeleitet.

Im Jahr 2014 feierte die AfA ihr 40-jähriges Bestehen. Von Herbert Wehner gegründet, hat sie die Funktion, die Verbindung zwischen den (gewerkschaftlich organisierten) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Partei zu halten, ihre Interessen zu fördern und durchzusetzen. Festzustellen ist, dass die entstandene Kluft zwischen Gewerkschaften und der Partei bisher nicht geschlossen werden konnte.

Dabei ist klar: Ohne die gewerkschaftlich orientierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kann die SPD keine Wahl gewinnen bzw. eigene Mehrheiten organisieren. Gegenläufige Tendenzen sind zu beobachten. Die AfA wird nur selten zu Fachthemen von der Partei gehört, zu Veranstaltungen für das Thema Arbeit oder zum Beispiel eine Expertise hinzugezogen. Das muss besser werden.

Hier einige Themenbeispiele, mit denen sich die AfA in den vergangenen zwei Jahren befasst hat:

- Landesmindestlohn: Eine gute Initiative, die von der AfA unterstützt wurde. Bei der Kontrolle hapert es jedoch noch.
- Zentrale Auftragsvergabe: Diese wurde von der Gewerkschaft BAU schon vor über zehn Jahren gefordert. Die Umsetzung läuft etwas holprig, aber immerhin.
- Dieselpartikelfilter: Arbeitsschutz ist ein sehr wichtiges Thema für die AfA. Bei diesem Thema kommt noch der Umweltschutz hinzu. Wir konnten, mit Unterstützung der Arbeitnehmerkammer, erreichen, dass ab 2016 auf öffentlichen Baustellen, Baumaschinen derartige Filtersysteme haben müssen.
- Kontrollen: Die Einhaltung des Tariftreuegesetzes wird immer noch sehr unzureichend kontrolliert.
- Privatisierung von Krankenhäusern in Bremerhaven: Die AfA wollte eine kommunale Lösung, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen. Heraus kam eine Privatisierung mit all den Folgen für die Beschäftigten, die wir voraus gesagt haben: Personalabbau, Einkommenseinbußen, weniger Auszubildende, schlechtere Qualität. Weil das nach Privatisierung immer so ist, lehnen wir sie ab. Öffentlich-private Partnerschafts- (ÖPP) oder Public-private-Partnership- (PPP) Modelle gehören auch in diesen Themenkreis und sind deshalb auch nicht zielführend.
- Bundesthemen, die wir behandelt haben – eine kleine Auswahl:
 - Rente mit 67, TTIP, Leiharbeit, Werkverträge, Arbeitsschutz, Betriebsratswahlen, Windenergie, Arbeitszeit, Schuldenbremse, Konjunktur, Tarifeinheit.
 - Kommunale Themen, die wir behandelt haben – eine kleine Auswahl:
- Rekommunalisierung der Müllabfuhr in Bremen: Es kann nicht sein, dass Bremen mit Firmen zusammenarbeiten will, die sich weigern, Tarifverträge abzuschließen. Halbherzige Kompromisse der Bürgerschaftsfraktion helfen da auch nicht weiter.

- Flüchtlingsunterbringung / Integration in den Arbeitsmarkt, Rechtsruck in der Bevölkerung, Situation Feuerwehr / Polizei / Lehrkräfte, Jobcenter Bremen, Ryan Air, befristete Beschäftigung in der Seehafenlogistik, ÖPNV in den Bremischen Häfen, Beratungsstelle Mobile Beschäftigung, Rüstungsindustrie, „Stadtgrün“, Power to Gas, Port Package III, Berufliche Bildung.

An der Vorbereitung der Bürgerschafts-/Stadtverordnetenversammlungswahl im Jahr 2015 haben wir uns intensiv beteiligt. So hat es diverse Verteilungen vor Betrieben, Veranstaltungen und Infostände in den Fußgängerzonen gegeben.

Anerkannterweise ist das Wahlergebnis in Bremerhaven durchaus auf die AfA-Aktivitäten zurückzuführen. Da die Partei kaum Mittel für den Wahlkampf der AfA zur Verfügung gestellt hat, mussten die Aktivitäten von AfA-Kollegen selbst finanziert werden. Für künftige Wahlkämpfe muss festgestellt werden, dass sich Aktivitäten an der Arbeitnehmerbasis besser bezahlt machen, als „Hochglanzveranstaltungen“ in teurem Rahmen.

Wir haben uns auch an überregionalen Aktivitäten beteiligt. Die Veranstaltungen der norddeutschen AfA-Landesorganisationen waren immer sehr gut besucht. Die hier behandelten Themen, wie Entwicklung der norddeutschen Häfen, Landwirtschaft, Handwerk, zeigen eine große Bandbreite auf.

Bei der Organisation und Durchführung der AfA-Bundeskonferenz vom 4. bis 6. April 2014 in Leipzig haben wir aktiv mitgewirkt. Teile des Programms, zum Beispiel „Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, wurden vorbereitet. Wolfgang Jägers war Vorsitzender der Antragsberatungskommission. Unsere Delegierten Uwe Schmidt und Jutta Riegert beteiligten sich an der Diskussion.




Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Bremen
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Bremen, 9. März 2015
☎ 0421/3 50 18-0

**Nordkonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
in der SPD-Landesorganisation Bremen am 18. April 2015 in Bremerhaven**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Auf der nächsten AfA-Nord-Konferenz wollen wir uns mit dem Thema Handwerk befassen. Das Handwerk ist einer der größten Arbeitgeber in Deutschland, die Vielfalt ist enorm. Auch als Zuarbeiter für die Industrie, ist das Handwerk unverzichtbarer Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Die Arbeitsbedingungen sind ebenso vielfältig, wie die Berufsbilder. Ausbildung spielt eine wichtige Rolle. Diese Themen und mehr, wollen wir auf der Konferenz beraten. Diese findet statt, am:

**Samstag, 18. April 2015, 10:30 Uhr bis ca. 13:30 Uhr,
Haus der Arbeiterkammer, Barkhausenstr. 16, 27568 Bremerhaven
(Parkplätze am Haus oder gegenüber)**

Das Programm der Arbeit und Häfen Meeting ist Ihnen beigefügt.

Wir freuen uns auf eine gute Veranstaltung.

Schöne Grüße
Wolfgang Jägers, AfA Landesvorsitzender

Parteibüro Obernstraße 19-43 28195 Bremen	Tel.: 04 21/3 50 18-0 Fax: 04 21/3 50 18-37	Info-bremen@spd.de www.spd-land-bremen.de
		Bankverbindung SEB Bank IBAN: DE50 2900111 000648300 BIC: 55120330

Ausblick:

Ohne Unterstützung durch die Partei, werden es alle Arbeitsgemeinschaften schwer haben, weiter zu bestehen. Das gilt auch umgekehrt. Das zu wissen, bringt den Nutzen für unsere Partei. Die Arbeitsgemeinschaften sind nahe an den Menschen und ihren Themen!

Wolfgang Jägers

AfA-Landesvorsitzender

Geprägt war die Arbeit der AGS vorrangig durch mehrere öffentliche Veranstaltungen, die sich sämtlich durch eine gute Beteiligung wie auch Medienbeachtung auszeichneten und seitens des Senats, der Politik und der Verwaltung prominent besetzt waren.

Zum einen die schon traditionellen – im Berichtszeitraum insgesamt vier – Schausteller-Frühschoppen anlässlich der Osterwiese sowie des Freimarkts. Hier standen insbesondere das neue Vermarktungskonzept, der Mix der Geschäfte, das Sicherheitskonzept sowie die Dokumentationspflichten zum Mindestlohn zur Diskussion. Zum anderen verband die AGS ihre Vorstandssitzungen zu mehreren Gelegenheiten mit Firmenbesuchen bei zumeist inhabergeführten Mittelständlern wie CHS-Container und der Acos-Gruppe. Gemeinsam mit der AG 60 plus im Unterbezirk Bremen-Nord besuchten wir den Jade-Weser-Port.

Zudem konnten Vorstandsmitglieder der AGS in und mit den Ortsvereinen im Straßen-Wahlkampf deutlich machen, dass Selbständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Handwerkerinnen und Handwerker und Unternehmerinnen und Unternehmer wie auch Führungskräfte ihre Heimat in der SPD haben.

Darüber hinaus begleitete die AGS in mehreren Fällen die Interessen von Berufsverbänden in parlamentarischen Gesetzesvorhaben.



Im Schwerpunktthema Bildung konnte die Vermittlung von Kenntnissen zur Selbständigkeit bereits im Studium an der Uni Bremen umgesetzt werden. Es sind Vorbereitungen getroffen worden, einen Wahlpflichtkurs in der Universität Bremen

zum Thema „Existenzgründung“ anzubieten. Dazu haben sich Professorinnen und Professoren, die nebenbei selbstständig sind, bereit erklärt Vorlesungen zu geben. Außerdem wird die AGS Bremen Expertinnen und Experten für die Veranstaltung zur Verfügung stellen.

Der AGS-Vorstand tagte parteiöffentlich in monatlichem Rhythmus. Neben traditionellen Veranstaltungen, wie z. B. den Schausteller-Frühschoppen, wird es auch in Zukunft vorrangig darum gehen, Problemstellungen der Selbständigen und von kleinen Unternehmen zu identifizieren und diese auch in die parteipolitische Diskussion zu tragen.

Die AGS Bremen stellt ein Mitglied des AGS-Bundesvorstandes und ist damit regelmäßig bei den Bundesvorstandssitzungen vertreten. Die Beschlüsse auf Bundesebene konnten mitgestaltet werden.

Mit dem Abteilungsleiter „Unternehmen & Mittelstand“ der Friedrich Ebert Stiftung in Berlin, Dr. Robert Philipps, haben wir verabredet, dass deren Veranstaltung „Internet-Sicherheit für KMUs“ auf die AGS Bremen übertragen werden soll. Das Prinzip, nicht alle Veranstaltungen neu zu planen, sondern bereits existierende Formate zu übernehmen, hat großen Zuspruch bei den anderen AGS-Landesverbänden gefunden. In Zukunft werden solche Formate über das Netzwerk der AGS ausgetauscht.

Wir planen seit längerem die Gründung einer AGS-Nord mit den Landesverbänden der norddeutschen Bundesländer. Unsere Gespräche dazu sind positiv verlaufen und die Gründung kann in naher Zukunft erfolgen.

Peter Zerfowski
AGS-Landesvorsitzender



ARBEITSGEMEINSCHAFT

der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Qualifizierte Gesundheitsversorgung und wirksame Gesundheitspolitik ist nicht nur für kranke Menschen wichtig, sondern für alle. Denn sie schafft existentielle Sicherheit. Sie leistet damit für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt sehr wichtige Beiträge. Die letzten Jahre haben aber erneut gezeigt, dass die Gesundheitspolitik im Vergleich zu anderen Politikbereichen nachrangig gesehen wird. Dies gilt leider besonders für die Krankenhauspolitik, die aus Sicht der ASG immer noch eine nachrangige Rolle spielt, besonders in der SPD auf der Bundesebene.

Für die ASG gibt es daher weiter sehr viel zu tun. Die ASG Bremen hat sich deshalb in ihren monatlichen Sitzungen intensiv und fachkompetent mit wichtigen Fragen der Gesundheitspolitik, besonders mit den ernstesten Problemen der Krankenhäuser beschäftigt – aber nicht nur damit. Die schwierige wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser und die daraus erwachsende Gefährdung der Behandlungsqualität sowie die Auswirkungen des Personalabbaus waren, ebenso wie Folgen des Medizinischen Zukunftskonzept der Gesundheit Nord (GeNo), wichtige Themen in den Sitzungen. Probleme der Gesundheits- und Krankenhauspolitik im Land Bremen standen natürlich im Mittelpunkt. Folglich bestimmten finanzielle und personelle Schwierigkeiten der Krankenhäuser, vor allem die der vier Kommunalen Krankenhäuser der GeNo, die Tagesordnungen. Themen waren u. a.: Wie kann Krankenhauspolitik problemorientiert angegangen werden, welche Vorschläge zur Krankenhausfinanzierung helfen und gibt es praktikable Vorschläge zur Lösung von Pflegeschwierigkeiten.

Als Ergebnis der Diskussionen hat die ASG z. B. Vorschläge für eine zukunftsorientierte Krankenhauspolitik erarbeitet. Wichtige Inhalte davon sind in den Antrag „Dauerhafte Reform der Krankenhausfinanzierung zur Lösung aktueller Probleme dringend erforderlich“ für den Landespartei-tag Anfang März 2015 zur zukünftigen Krankenhauspolitik für die Koalitionsverhandlungen

und für das Regierungsprogramm eingebracht worden. Mit den Planungsüberlegungen der GeNo zum Klinikum Bremen-Ost hat sich die ASG sehr intensiv und besorgt beschäftigt. Sie hat dazu in Briefen ans Ressort, an den Landesvorstand und durch Gespräche auf zu erwartende Probleme und Alternativen hingewiesen. Die Privatisierungsentwicklung der nichtkommunalen Krankenhäuser in Bremerhaven war für die ASG ebenso ein Thema – ein unerfreuliches – mit unsicheren Folgen für die Krankenhausversorgung in Bremerhaven.



Ein Schwerpunktthema für die ASG war das Krankenhausstrukturgesetz (KHSG), das im Entwurf viele Probleme für die Krankenhäuser enthielt. Damit hat sich die ASG lange und kritisch beschäftigt. Dazu hat sie auch einen Antrag zum Landespartei-tag gestellt und am 10. November 2015 eine öffentliche Veranstaltung mit dem Titel „Auswirkungen des Krankenhausstrukturgesetzes (KHSG) auf die Krankenhausversorgung im Land Bremen“ mit Prof. Dr. Michael Simon von der Fachhochschule Hannover, Eva Hibbeler Betriebsratsvorsitzende der Aller-Weser-Kliniken und Uwe Zimmer, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen (HBKG) durchgeführt.

Qualifizierte Patientenpflege erfordert gut ausgebildetes und kostendeckend finanziertes Perso-

nal. Weil diese Probleme aber immer noch ungelöst sind und der Fachkräftemangel sie verstärkt, beschäftigt sich die ASG damit weiter.

Die Weiterentwicklung der Psychiatrieversorgung in Bremen und Bremerhaven hat die ASG ebenso intensiv diskutiert wie das neue Entgeltsystem für die Psychiatrie (PEPP). Die ASG lehnt das PEPP-System wegen vieler Unzulänglichkeiten ab. Auch zur Entwicklung der Psychiatrie gab es ein konstruktives Gespräch mit Eva Quante-Brandt, Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz.

Weitere gesundheitspolitische Themen, die die ASG beschäftigt haben:

Ein ausführliches Gespräch wurde mit dem Leiter des Gesundheitsamtes (GA) Dr. Eberhard Zimmermann am 22. Januar 2014 über Arbeit und Probleme des GA und Schwierigkeiten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes geführt.

Die ASG hat auch mit dem Leiter der Gewerbeaufsicht Jörg Henschen am 13. Mai 2014 ein informatives Gespräch über Arbeitsplatz- und Gesundheitsschutzprobleme sowie über die Humanisierung der Arbeitswelt geführt.

Eine sehr informative Veranstaltung mit vielen Vertreterinnen und Vertretern der Palliativversorgung in Bremen ist von der ASG zum Stand der Hospiz- und Palliativarbeit in Bremen und Bremerhaven am 11. Dezember 2014 erfolgreich durchgeführt worden.

Zur geplanten Schließung des Bachelorstudiengangs Psychologie hat die ASG einen Ablehnungsbeschluss gefasst, der den zuständigen Senatorinnen mitgeteilt wurde.

Hervorzuheben ist, dass es durch die Arbeit des ASG-Landesvorstandes gelungen ist, sechs neue aktive Mitglieder (drei Genossinnen und drei Genossen) sowie einen Gast für die ASG-Arbeit zu gewinnen.

Wilfried Bolles

ASG-Landesvorsitzender



ARBEITSGEMEINSCHAFT für Bildung

Grundsätzliches zur bildungspolitischen Arbeit:

Die erste Hälfte der Berichtsperiode hatte ihren Schwerpunkt in der Vorbereitung der Bürgerchaftswahl. Die AFB beteiligte sich intensiv an der Erarbeitung der Inhalte der Bildungsteile im Wahlprogramm sowie im Koalitionsvertrag. Im zweiten Halbjahr sind dann Fragen zur Beschulung von Flüchtlingen zu einem wesentlichen Diskussionspunkt geworden.

Schwerpunktthemen:

Ein bedeutender Schwerpunkt der Diskussion schon zum Wahlprogramm war unser Bestreben, die flächendeckende Einführung der verbindlichen Ganztagschule als mittelfristiges Ziel aufzunehmen. Das wurde in dieser Form leider nicht erreicht, immerhin wurde aber in die Koalitionsvereinbarung eine schrittweise Umsetzung für die Grundschulen aufgenommen. Dabei handelt es sich jedoch um eine flächendeckende Einführung der offenen Ganztagschule. Die Abkehr von der nur halben Finanzierung des Ganztages in der Sekundarstufe I (Sek. I) bleibt erklärtes Ziel der AFB.

Weitere inhaltliche Schwerpunktthemen waren neben der Umsetzung der Inklusion, die Einrichtung der Jugendberufsagentur, die personelle Aufstockung, Ausstattung und Qualität der Schulsozialarbeit und Fragen der „frühen Bildung“. Das von uns schon vor der Wahl behandelte Thema der Beschulung und Integration von Zugewanderten hat an Dramatik zugenommen und wird entsprechend von uns vorrangig behandelt.

Weitere übergreifende Themen:

Die personelle und materielle Ausstattung der Schulen und ihre strukturelle Entwicklung haben in allen Diskussionen eine große Rolle gespielt.

Die Abschaffung des Kooperationsverbotes ist nach unserer Meinung das wichtigste Ziel auf dem Weg zu einer besser finanzierten Schule.

Für die Primarstufe ist der neue Ressortzuschnitt „Kinder und Bildung“ ein bedeutender Schritt, den wir begrüßen und inhaltlich begleiten wollen.

Die weitgehende Akzeptanz der bremischen Schulstruktur in der Sek I darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin wichtige Fragen offen sind. Der Schulkompromiss in Bremen führte zur Oberschule, die eine Gesamtschule ist. Daneben gibt es weiter das Gymnasium. Die Oberschulen sollen eigentlich in Ausstattung und Organisation eine gleichwertige Alternative zum Gymnasium sein. Wohl auch durch die zu zügige Einführung der Inklusion sind aber weiterhin Akzeptanzprobleme vorhanden. Außerdem ist die Entwicklung einiger Oberschulen durch die Oberstufenfrage (Schulen mit und ohne Sek. II und die Oberstufengröße) erschwert worden. Die Schulstandortplanung muss an einigen Stellen neu – die Zuwanderung berücksichtigend – an die Situation der Stadtteile angepasst werden. Durch Stärkung der Oberschulen – insbesondere in benachteiligten Stadtteilen – muss die Abwanderung zu Gymnasien in der Stadtmitte vermindert werden.

Die Arbeit der AFB im Land Bremen:

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AFB) hat die sozialdemokratische Bildungspolitik in Bremen begleitet. Der Kontakt zu den Bildungsdeputierten funktionierte leider nur eingleisig über die regelmäßige Teilnahme des AFB-Vorsitzenden an den Vorbesprechungen der SPD-Deputierten. Die AFB hat ein beratendes Mitglied im Landesvorstand und zu bildungspolitischen Themen auch ihren Gaststatus im Landesvorstand wahrgenommen. Der Kontakt zur politischen Ressortführung war problemlos. Die AFB hat sich an der Konferenz

der AfBs der norddeutschen Bundesländer beteiligt und ist durch ihre Delegierten auf der Bundesebene vertreten.

Eine Beteiligung Bremerhavens an der Arbeit der AfB-Land gab es praktisch nicht. Hier soll eine Änderung des Wahlverfahrens eine neue Situation erzeugen.

Abschließend ist festzustellen: Bremen hat nach wie vor die schwierigsten sozialen Bedingungen aller Bundesländer und eben deshalb auch die größten Haushaltsprobleme. Aber eine sozial gerechte und gut funktionierende Bildungspolitik ist

weiterhin eine reine Finanzfrage. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Bildungspolitik „Kern der sozialen und demokratischen Gesellschaftsentwicklung“ und sie beginnt bei der materiellen und personellen Ausstattung der Einrichtungen, die unsere Kinder betreuen und unterrichten.

Die AfB lädt bildungspolitisch interessierte Genossinnen und Genossen zur Mitarbeit herzlich ein.

Norbert Rüppell
für den AfB-Landesvorstand



ARBEITSGEMEINSCHAFT

sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)

Auf der Jahreshauptversammlung am 18. Februar 2014 wurde der Vorstand neu gewählt. Er besteht seither aus folgenden Genossinnen und Genossen:

Landesvorsitzender:

Dr. Klaus-Dieter Schromek

Stellv. Landesvorsitzende:

Dr. Andreas Mackeben
Kadriye Pile

Beisitzerinnen und Beisitzer:

Dr. Jochen Bachmann
Tim Brinkmann
Anja Hentschel
Brigitte Melinkat
Dr. Timo Utermark
Renate Bartholomäus-Lüthke
Markus Fabian
Wolfgang Grotheer
Dr. Alexander Pallas
Anneke Schmitt-Wenkebach
Simon Sieweke
Marius Loeber
Leyla Acar

Die ASJ versteht sich in erster Linie als ein offenes, sozialdemokratisches rechtspolitisches Forum. Unsere Vorstandssitzungen stehen allen Interessierten offen, worauf wir immer wieder hinweisen. Als besonders erfreulich beobachten wir nun schon seit vielen Jahren, dass sich unsere Treffen zu einer beliebten Plattform der rechtspolitischen Diskussion in unserer Partei entwickelt haben. Junge und auch ältere Genossinnen und Genossen aus dem gesamten Spektrum der juristischen Berufe und auch häufig neue Genossinnen und Genossen finden den Weg zu uns für fachlichen und politischen Austausch. Wir begrüßen das sehr und hoffen, die intensiven und manchmal auch kontroversen Gespräche unter uns und mit Gästen fortführen zu können.

Erneut lag ein Aspekt unserer Arbeit in dem Bemühen, das Instrument des Widerspruches im Verwaltungsverfahren grundsätzlich zu erhalten. Hierzu haben wir im November 2014 eine öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel „Abschaffung des Widerspruchsverfahrens – Verwaltungsmodernisierung oder Rechtsschutzverkürzung?“ veranstaltet. Anlass war auch eine Diskussion über die Möglichkeiten der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens im Aufenthaltsrecht.

Das Widerspruchsverfahren ist besonders bürgerfreundlich, denn es eröffnet den Bürgerinnen und Bürgern eine kostengünstige Beschwerdemöglichkeit gegen Entscheidungen der Verwaltung ohne den Weg zu den Gerichten beschreiten zu müssen. Die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens bedeutet deshalb einen deutlichen Verlust an Rechtsschutz gerade für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich teure Anwälte und Gerichtsverfahren nicht leisten können und für die der Weg zu einem Gericht eine hohe Hürde darstellt.

In der Koalitionsvereinbarung hat unsere Position hinreichend Eingang gefunden, indem es dort heißt: „Wir wollen alle personellen, organisatorischen und rechtlichen Möglichkeiten prüfen, Verwaltungsverfahren im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu vereinfachen und zu beschleunigen. Verwaltungsentscheidungen müssen frühzeitig und nachvollziehbar Klarheit sowie Rechtssicherheit schaffen. Das Widerspruchsverfahren ist als bürgerfreundlicher, barrierefreier Zugang grundsätzlich zu erhalten.“

Im Jahr 2014 haben wir uns mit dem Entwurf eines Bremischen Strafvollzugsgesetzes befasst und dabei auch die Fragen des offenen Vollzugs thematisiert. Auch die Diskussion über eine erhöhte Strafbarkeit von Angriffen auf Polizeikräfte haben wir aufgegriffen. Mit Gästen aus dem Jugendressort haben wir die Hintergründe des Zuzugs unbegleiteter Minderjähriger diskutiert

und sind dabei auch der Frage nachgegangen, ob und unter welchen Voraussetzungen geschlossene intensivpädagogische Einrichtungen nach dem Jugendrecht sinnvoll oder notwendig sein können. Die Betonung auf die Einzelfallbezogenheit solcher Unterbringung unter den Voraussetzungen des Jugendrechts war uns dabei besonders wichtig; wir haben dies auch in den Vorbereitungen zu den Koalitionsverhandlungen betont.

Eine öffentliche Veranstaltung haben wir am 17. März 2015 zum Thema TTIP und CETA mit Prof. Dr. Andreas Fisahn von der Universität Bielefeld durchgeführt und dabei uns und die interessierten Gäste auf den Stand des Verfahrens am Beispiel des CETA-Verfahrens gebracht und die Problematik derartiger Abkommen differenziert diskutiert. Die ASJ hat sich zudem mit der Reformidee zur Bremischen Landesverfassung beschäftigt und hierzu Prof. Hans Alexy eingeladen, der über die möglichen Vor- und Nachteile der Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde berichtet hat. Mit diesem Thema wird die ASJ sich weiter befassen und hierzu auch weitere fachliche Stellungnahmen einholen.

Die zurzeit in der Landesorganisation diskutierte Parteireform war für die ASJ Anlass, mit den anderen Arbeitsgemeinschaften gemeinsam für die Position der Arbeitsgemeinschaften und Foren in der Bremer Landesorganisation zu kämpfen. Die AGen und Foren haben sich auf ein Eckpunktepapier für ihre Arbeit und ihre Positionierung verständigt. Die ASJ wird diesen Prozess weiter begleiten.

Nach der Wahl 2015 haben wir Prof. Dr. Lothar Probst von der Universität Bremen eingeladen, um mit uns die Wahlergebnisse zu diskutieren, aber auch die Änderungsbestrebungen zum Bremischen Wahlrecht zu analysieren. Das bisherige Wahlrecht mit dem Mehrstimmen- und Personenwahlrecht hat sich dabei nach unserer Auffassung grundsätzlich bewährt und wurde zudem im Zuge eines Volksentscheidverfahrens durch die

SPD §
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen

Bremen, 4. November 2014
☎ 0421/3 50 18-0

**Abschaffung des Widerspruchsverfahrens
– Verwaltungsmmodernisierung oder Rechtsschutzverkürzung?**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

Die Veranstaltung findet statt am:
**Dienstag, 18. November 2014, 20:00 Uhr,
Haus der Wissenschaft, Sandstr. 4/5, 28195 Bremen**

Wir freuen uns auf eine interessante Veranstaltung und eine rege Teilnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Klaus-Dieter Schromek
Landesvorsitzender

Dr. Andreas Mackeben
stellv. Vorsitzender

Kadriye Pile
stellv. Vorsitzende

Parteilokal
Oberstraße 79-83
28195 Bremen

Tel.: 04 21/3 50 18-0
Fax: 04 21/3 50 18-37

info-bremen@spd.de
www.spd-land-bremen.de

Bankverbindung:
SIB Bank Bremen
BLZ: 290 0011
Konto: 1006 4883 00

IBAN: DE50 280001 1006488300
BIC: ESKD3339

Bürgerschaft beschlossen, was ihm eine sehr hohe Legitimation verleiht. Dennoch zeigt das Wahlrecht in Teilen Effekte, die verfassungsrechtlich problematisch sind und daher überprüft und gegebenenfalls auch verändert werden müssen. Die ASJ wird die Beratungen dazu weiter begleiten.

Die in den Koalitionsberatungen eingebrachte Reform des Betäubungsmittelrechts haben wir zum Anlass genommen, uns grundsätzlich mit der Frage der Strafbarkeit vorrangig des Cannabisbesitzes und -konsums zu befassen. Dieses Thema ist generell kontrovers und wird auch in der ASJ nicht einheitlich gesehen. Die Frage, ob die Strafbarkeit das richtige Mittel ist, das öffentliche Interesse an der Verhinderung der negativen Folgen von Drogenkonsum bei Berücksichtigung privater Freiheit Erwachsener zu wahren, wird von der ASJ weiterhin thematisiert werden.

Mit großer Sorge erfüllt uns weiterhin der Spardruck auf das im Bereich Justiz, Polizei und

Stadtamt eingesetzte Personal. Schon jetzt sind Justiz, Polizei und auch das Stadtamt kaum mehr in der Lage, ihren vielfältigen Aufgaben nachzukommen. Die Belastung unserer beiden Städte durch Kriminalität ist enorm. Aktuell stehen die sogenannten „Antanzdelikte“ in Bremen im öffentlichen Focus. Vielen, nicht nur älteren Menschen, in unseren Städten macht diese Entwicklung Angst. Bei einem solchen Befund Personal in den Bereichen abzubauen, die Kriminalität be-

kämpfen müssen, halten wir für den falschen Weg. Seit Jahren treten wir deshalb immer wieder nachdrücklich dafür ein, diese Bereiche von Personaleinsparungen auszunehmen und haben dies auch in die Vorbereitung zu den Koalitionsverhandlungen eingebracht.

Dr. Klaus-Dieter Schromek
ASJ-Landesvorsitzender

Forum Sport



Vorstandsmitglieder: Ingelore Rosenkötter (Sprecherin), Reiner Holsten, Petra Krümpfer, Insa Peters-Rehwinkel, Gabriele Schüssler, Ernst Steinhoff, Manfred Böck, Werner Müller, Michael Graf-Jahnke.

Am 20. Mai 2014 wurde auf einer Mitglieder- und Gründungsversammlung aus der bisherigen Landesarbeitsgemeinschaft Sport das Forum Sport. Das Jahr 2014 hat das Forum Sport dann genutzt, um sich neu aufzustellen.

Zu einer Jahresauftaktveranstaltung in 2015 hatte der Vorstand des Forum Sport zu einem Informations- und Diskussionsabend zum ATSV Sebaldsbrück eingeladen. Und das aus gutem Grund: Der ortsansässige Stadtteilverein sieht sich immer wieder Anwürfen aus der Nachbarschaft wegen Lärmbelästigung durch Fußballspiele ausgesetzt. Vor Ort schilderten uns die Vereinsvertreter die schwierige Lage für den Verein. Unser damaliger Sportsenator Ulrich Mäurer hat das Thema „Lärmbelästigung“ u.a. weiter in die Sportministerkonferenz getragen, auf der Bundesebene stehen nach wie vor endgültige Regelungen, die den „Bestandsschutz“ von Sportanlagen berücksichtigen, aus.

2015 war auch für die Sport-/Sportvereinsaktiven in der SPD natürlich geprägt durch den Bürgerchaftswahlkampf. Vorstandsmitglieder des Forum Sport besuchten Vereins- und Verbandsveranstaltungen. Die Förderung des organisierten Sports, die Sicherstellung der Sportinfrastruktur und die Unterstützung des Ehrenamtes sind für uns wesentliche Eckpfeiler. Integration und Inklusion durch und im Sport ist und bleibt dabei eine wichtige Aufgabe, der in den Sportvereinen eine zunehmende Bedeutung zukommt.

In den Wochen der Verhandlungen zur Koalitionsvereinbarung haben wir diese Punkte nochmals deutlich eingebracht. Diese wichtigen Ziele haben dort Eingang gefunden. In der Regierungskoalition ist das Sportressort in die Verantwortung des Grünen Koalitionspartner gegangen; eine eigenständige Deputation Sport sichert, dass die Belange des organisierten Sports eigenständig und fachlich behandelt werden können.

Der gemeinsame Austausch innerhalb des Forums hat in 2015 auch aufgrund der vielen Termine in Bezug auf Neuaufstellungen noch nicht so gut funktioniert. Hieran werden wir arbeiten und den Kreis der Sportinteressierten in der SPD noch breiter aufstellen.

Allen Mitglieder des Vorstands des Forum Sport sei herzlich gedankt für ihre Arbeit auch und gerade vor Ort.

Ingelore Rosenkötter

Sprecherin des Forums Sport



Ausschuss für Internationale Angelegenheiten (AIA)/Forum Eine Welt Bremen

Die Globalisierung und die internationalen Verflechtungen der Welt mit allen Chancen und Risiken zieht sich wie ein roter Faden durch die Referate, Diskussionen und Anträge des Forums. Der Ausschuss für Internationale Angelegenheiten (AIA) ist ein Arbeitsgremium, das internationale Themen zu drängenden außenpolitischen Fragen erarbeitet und befördert. Ziel der Arbeit des Ausschusses ist es, inhaltliche Diskussionen und internationale Themen aus der globalisierten Welt in die Gliederungen und an die Basis der Partei zu bringen.

Zum Thema TTIP und Ceta hat der Ausschuss sehr frühzeitig agiert und der Bremer SPD Anerkennung verschafft. Wir haben Kontakte zu verschiedenen Organisationen aufgenommen und darüber hinaus den entsprechenden Antrag „JA zum Freihandel mit Augenmaß“ gemeinsam mit einigen Ortsvereinen für den Landesparteitag am 21. Juni 2014 verfasst. Das Thema TTIP wird

uns allerdings auch weiterhin beschäftigen und ist nach heutigem Stand noch hoch aktuell.

Zur Vorbereitung und Unterstützung der Europawahl 2014 haben wir uns intensiv an der Programmarbeit beteiligt. Im Wahlkampf konnten wir Joachim Schuster – letztlich erfolgreich – unterstützen. Nach der Europawahl haben wir eine konstruktive Zusammenarbeit, die auch in gemeinsamen Sitzungen mit dem Arbeitskreis Europa mündete, gestartet. Dazu kamen Veranstaltungen im EuropaPunkt in Bremen, wie zum Beispiel „Eine soziale Dimension für die Wirtschafts- und Währungsunion“ am 9. Oktober 2014 oder „Die Armutsbekämpfung in der EU – wurden die Ziele der Europa 2020-Strategie bisher erreicht?“ am 12. März 2015 oder „Economic Partnership Agreements – EPA“ am 11. Juni 2015.

Die klaren Worte des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, vor der Knesset in Israel zur Lage der Palästinenser in den besetzten Gebieten der Westbank (unter anderem zur Wasserversorgung) wurden von uns begrüßt.

Ein Vertreter des Verfassungsschutzes war Mitte 2014 bei uns zu Gast und berichtete über die Situation der Salafiten in Bremen und Syrien. Die Entwicklung der Radikalisierung in Bremen wie auch im Ausland sollte daher weiter beobachtet werden.

Wieder mussten wir uns auch mit den Entwicklungen in der West-Sahara befassen und machten abermals unsere solidarische Haltung deutlich. Ende 2015 wurde ein interfraktioneller Antrag zur Unterstützung der Flüchtlinge der West-Sahara in die Bremische Bürgerschaft eingebracht, der dann am 25. Februar dieses Jahres beschlossen wurde.



Aktive Unterstützung erhielt unser Bremer Europakandidat Joachim Schuster vom Forum Eine Welt im Europawahlkampf 2014.



Am 7. September 2015 besuchte eine Delegation der South-West Africa People's Organisation (SWAPO) aus Namibia die Bremer SPD. Auch der Vorsitzende des Forums Eine Welt, Martin Töben, war beim Termin im Parteibüro dabei (links).

Das Regierungsprogramm zur Bürgerschaftswahl 2015 wurde von uns mit einem Beitrag zu internationalen Themen unterstützt. Wenn gleich der internationale Teil eher überschaubar ausgefallen ist, hat unser Arbeitskreis mit großem Engagement mitgearbeitet.

Auch in den letzten zwei Jahren fand wieder ein regelmäßiger Austausch mit der SPD-Bürgerschaftsfraktion über die jeweiligen Arbeitsvorhaben und Planungen statt. Die Zusammenarbeit wird auch über diesen Berichtszeitraum weitergeführt werden.

Weitere Themen waren unter anderem, die Lage in Syrien, Entwicklungen in Mali, wie „NGO beim Greenwashing behilflich sind“, die Auswirkungen der Austeritätspolitik auf Griechenland, Besuch

einer Delegation der SWAPO bei der SPD-Landesorganisation und die Digitalisierung der Entwicklungshilfe. Wir hörten Berichte zur Wirtschaftspolitik in Peru und befassten uns wiederholt mit dem Thema „Rüstungsproduktion und -export“. Wir haben 2015 unsere jährliche Klausurtagung bereits das 7. Mal durchgeführt. Wir wünschen uns eine breitere Verankerung der Entwicklungszusammenarbeit und Sensibilisierung internationaler Themen in der Bevölkerung – im Denken und im Handeln. Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten.

Martin Töben

(m.toeben@aia-bremen.de)

Sprecher des AIA/Forum Eine Welt Bremen



ARBEITSGEMEINSCHAFT

Migration und Vielfalt

Die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der SPD ist noch jung: Ihre Einrichtung wurde auf dem SPD-Bundesparteitag im Dezember 2011 beschlossen und erfolgte dann durch den Parteivorstand im Juni 2013. Im Land Bremen war die Gründungsversammlung am 5. Juni 2014. In den Landesvorstand der AG wurden gewählt: Sabine Uzuner (Vorsitzende), Recai Aytas, Ibrahim Bagarkasi (stellv. Vorsitzende), Elombo Bolayela, Elfriede Dieke, Arife Görgün, Ali-Aygün Kilincsoy, Christina Manickavasagar, Patrick Cem Öztürk, Mohamed Saad, Alexander Weisenbach, Annette Yildirim (Beisitzerinnen und Beisitzer).

AG-Sitzungen

Sitzungen der AG Migration und Vielfalt sind grundsätzlich offen für sämtliche AG-Mitglieder und Interessierte sowie auch für Nichtmitglieder. In 2015 gab es insgesamt acht solcher Sitzungen, an denen im Durchschnitt ca. 10 Personen regelmäßig teilnahmen, themenabhängig kamen weitere Interessierte/Gäste hinzu. Von diesen Sitzungen abgesehen gab es diverse vorbereitende Sitzungen des Vorstandsteams.

Inhaltlich hat sich die AG im ersten Halbjahr 2015 vorrangig mit schulpolitischen Fragestellungen beschäftigt, zum Beispiel den strukturellen und inhaltlichen Anforderungen an eine inklusive Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Die Frage der kulturellen Öffnung von Schulen wurde am Beispiel der Aufhebung des Kopftuchverbotes mit Dr. C. Fantini (Universität Bremen) sowie Habibe Rode (Vertreterin der Akteursgruppe mit Kopftuch im Lehramt), die Bedeutung des Campus Ohlenhof mit Schulleitungen und Akteursgruppen im Stadtteil diskutiert. Das zweite Halbjahr war thematisch von Fragen der beruflichen Bildung, der Situation der Quartiersbildungszentren sowie den Übergängen Schule/Beruf geprägt. Eine Veranstaltung im Januar 2016 zur Ausbildungsgarantie wurde vorbereitet. Der Zuzug von geflüchteten Menschen und deren Unterbringung, Versorgung

und Integration, neue Gesetze zur Verschärfung des Asylrechts waren daneben die bestimmenden Themen des 2. Halbjahres 2015.

Bürgerschaftswahl 2015

Die AG hat sich in diversen Arbeitsgruppen intensiv an der Erarbeitung sowohl des Parteiprogramms als auch des anschließenden Koalitionsvertrages beteiligt und sich dabei für die inhaltliche Verankerung von Themen, die im Bezug zu Migration und Vielfalt stehen, eingesetzt. Intensiv diskutiert wurde innerhalb der AG die Neuansiedlung und -organisation des Themenfeldes im Sozialressort. Zur Absicherung der Rahmenbedingungen des Bremer Rates für Integration wurde eine Stellungnahme der AG an den Landesvorstand versandt.

AG-Veranstaltungen

- „Bremens Schulen: bunt und vielfältig – Erreichtes, Herausforderungen und Perspektiven guter Schule in der Einwanderungsgesellschaft“ mit Eva Quante-Brandt (damaligen Bildungssenatorin), 13. April 2015, Treffpunkt KWADRAT
- Teilnahme der AG-Vorsitzenden an der Veranstaltung der ASF zum Thema „Starke Frauen – Fern der Heimat. Was Frauen mitnehmen und stark macht: Trauer, Trauma, Hoffnung und neue Perspektiven“, 8. März 2015
- „Sind die Kinder türkischer Einwanderer in anderen Ländern klüger als in Deutschland?“,





15. Oktober 2014, Veranstaltung im Rahmen der Integrationswoche 2014, Treffpunkt KWA-DRAT

- „Ausbildungsgarantie für junge Menschen in Bremen. Wie profitieren junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und Neuzuwanderer davon?“, 27. Januar 2016, Treffpunkt KWADRAT

Regelmäßige Telefonkonferenzen, an denen die Vorsitzende der Bremer AG teilnimmt, sichert den Austausch der Landes-AGen untereinander sowie mit dem Bundesvorstand.

Kooperationen/Parteiarbeit

Themen im Zusammenhang von Migration und Vielfalt sind Querschnittsthemen, die nicht isoliert zu diskutieren sind. Die AG Migration und Vielfalt kooperiert daher mit anderen Arbeitsgemeinschaften und Foren in der Partei. Ein regelmäßiger Austausch besteht zum Beispiel mit den Jusos, der AG SelbstAktiv sowie der ASF, deren Vertreterinnen und Vertreter regelmäßig an den Sitzungen der AG Migration und Vielfalt teilnehmen. An der Projektgruppe zu Struktur-/Organisationsveränderungen auf der Arbeitsgemeinschaftsebene im Sommer 2015 war die AG Migration und Vielfalt aktiv beteiligt.

Mitgliederversammlungen

Auf der Mitgliederversammlung im Januar 2015 wurden Recai Aytaş und Sabine Uzuner als Delegierte für die Bundeskonferenz gewählt, Ibrahim Bagarkasi als Bundesausschussmitglied.

Bundeskonferenz

Die Bundeskonferenz der AG Migration und Vielfalt tagte am 24./25. April 2015 in Berlin, hieran nahmen Sabine Uzuner und Ibrahim Bagarkasi teil. Zum neuen Bundesvorsitzenden wurde Aziz Bozkurt (Berlin) gewählt.

Bundesvorstand

Der neu gewählte Bundesvorstand der AG Migration und Vielfalt hielt am 30. Mai 2015 seine konstituierende Versammlung in Bremen ab. Die Bremer AG empfing hierzu 12 Mitglieder in den Fraktionsräumen zu einer gemeinsamen Sitzung. Im Anschluss gab es ein Get-together.

Durch die regelmäßige Teilnahme von Bürger-schaftsabgeordneten, der Integrationsbeauftragten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung steht die Arbeitsgemeinschaft im Kontakt und thematischen Austausch sowohl mit der SPD-Bürgerschaftsfraktion als auch mit diversen Verwaltungsbehörden.

Durch Berichte der AG-Mitglieder über die AG-Tätigkeiten und -themen wird das Thema „Migration und Vielfalt“ zudem in den Ortsvereinen verankert.

An den Landesparteitagen nahmen Vertreterinnen und Vertreter der AG Migration und Vielfalt – auch ohne die bisherige Möglichkeit, einen Delegierten/eine Delegierte zu stellen – teil. Das Vorhaben, dass die AG zukünftig ein Delegiertenmandat auf den Landesparteitagen erhalten soll und damit mit den anderen Arbeitsgemeinschaften gleichgestellt wird, begrüßt die AG sehr.

Öffentlichkeitsarbeit

Zur Information über die Arbeit der AG Migration und Vielfalt unterhält und pflegt Recai Aytas für die AG die Internetseite www.migration-vielfalt-bremen.de sowie den Facebook-Auftritt „AG Migration und Vielfalt in der SPD Bremen“. Hier werden Interessierten regelmäßig Informationen,

Berichte und Veranstaltungshinweise rund um das Thema Migration und Vielfalt zur Verfügung gestellt.

Sabine Uzuner

Landesvorsitzende
AG Migration und Vielfalt



ARBEITSGEMEINSCHAFT

Selbst Aktiv

Am 16. Februar 2015 fand die Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv in der SPD-Landesorganisation Bremen statt. In den Vorstand wurden gewählt: Andree Schütte (Vorsitzender), Lennard Türk (stellv. Vorsitzender), Kai Baumann, Manfred Boeck, Rosemarie Kovac, Christiane Kromp, Odette Marti, Harald Metzdorf, Stefan Pitsch, Margitta Schmidtke, Caroline Weisenbach (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Zuerst war es geboten, eine feste Räumlichkeit für unsere monatlichen Sitzungen zu finden. Das ist uns mit dem Raum im Treffpunkt KWADRAT gelungen. Er ist barrierefrei und zentral gelegen. Im März 2015 haben wir dann am Bundesausschuss in Berlin teilgenommen. Bei der Bundeskonferenz im Mai, ebenfalls in Berlin, waren wir auch präsent. Darüber hinaus nehmen wir regelmäßig an den „Nordkonferenzen“ in Hannover teil. Diese setzt sich aus Vertretern von AK/AG Selbst Aktiv der Länder NRW, Niedersachsen und Bremen zusammen und wurde von unserem Bundesvorsitzenden Karl Finke initiiert. Diese finden einmal im Quartal statt.

Wir haben uns weiter an dem Regierungsprogramm und aktiv am Wahlkampf beteiligt. So zum Beispiel bei Tür-zu-Tür-Aktivitäten und bei der Erstellung unseres Wahlkampfflyers „Nichts ohne uns – über uns! Leben, Arbeiten, Lernen, Wohnen in Bremen und Bremerhaven“. An der Ausarbeitung der Koalitionsvereinbarung haben wir aktiv beim Themen-Cluster Soziales „solidarische Gesellschaft“ mitgewirkt.

Auf dem außerordentlichen Landesparteitag im Juni 2015 haben wir einen Antrag eingebracht, der dafür sorgen soll, dass die Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen in der SPD-Bürgerschaftsfraktion eine Vertretung haben. Mit Ingeborg Rosenkötter wurde eine Parlamentarierin gefunden, die sich für uns einsetzen wird.

An unseren monatlichen Sitzungen nahmen regelmäßig acht bis zwanzig Genossinnen und Genossen teil. Die Tagesordnungspunkte haben wir im Wesentlichen den aktuellen politischen Ereignissen angepasst. Hervorzuheben sind aber die Sitzungen vom 21. Juli 2015 bei der wir den Lan-




Nichts ohne uns – über uns!

Leben

Arbeiten

Lernen

Wohnen

in Bremen und Bremerhaven

www.spd-land-bremen.de





- Wir werden den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Bremen realisieren.
- Wohnen: Wir werden sicherstellen, dass mindestens ein Viertel des neu entstehenden Wohnraumes die Kriterien des sozialen Wohnungsbaus erfüllt. Dazu gehört, dass Wohnungen barrierefrei und wenigstens zu fünf Prozent rollstuhlgerecht sind.
- Leben: Keine Spaltung unserer Städte in Reich und Arm. Wir wollen Integration mit Respekt, Regeln und gleichen Chancen für Alle.
- Arbeiten: Wir machen uns für einen inklusiven Arbeitsmarkt stark. Menschen mit Beeinträchtigungen sollen umfassend, selbstbestimmt und gleichberechtigt am Arbeitsleben teilnehmen können. Dazu wollen wir u. a. ein Budget für Arbeit auflegen.
- Lernen: Die konsequente Verwirklichung von inklusiver Bildung ist für uns selbstverständlich. In der frühkindlichen, schulischen und beruflichen Bildung, sowie in der Hochschul- und Weiterbildung.

desbehindertenbeauftragten Bremens, Herrn Dr. Steinbrück, begrüßen konnten. Herrn Steinbrück stand uns Rede und Antwort rund um aktuelle Themen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Zum Beispiel zu Fragen im Rahmen der Staatenberichtsprüfung. Am 17. November 2015 waren Herr Dr. Mehl, Leiter des Sozialpädiatrischen Zentrums für behinderte Kinder am Klinikum Bremen Mitte und Stephanie Dehne, MdBB und Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, unsere Gäste. Hier erfuhren wir aktuelles zum Thema Medizinisches Zentrum für Erwachsene in Bremen.

Beim Behindertenparlament am 3. Dezember 2015 haben wir als AG Selbst Aktiv vier Beschlussvorlagen eingebracht, die alle verabschiedet wurden:

- Einrichtung eines Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit Beeinträchtigungen
- Psychischen und seelische Notsituationen finden nicht nur tagsüber statt – Angebote des Krisendienstes wie bisher erhalten
- Grundgesetz in leichter Sprache und
- Mit Rollstuhl und Rollator ins Rathaus kommen können – Barrierefreien Vordereingang am Bremer Rathaus schaffen

Andree Schütte
Landesvorsitzender
AG Selbst Aktiv

Das Wissenschaftsforum startete am 27. März 2014 seine Tätigkeit für die Berichtsperiode 2014 – 2016. Auf der Jahreshauptversammlung wurden in den Vorstand gewählt:

Dr. Dagmar Burgdorf, Vorsitzende; Dr. Mario Dommann-Käse, Stellvertreter; Elias Tsartilidis (MdBB), stellvertretender Vorsitzender; Beisitzerinnen und Beisitzer: Dr. Klaus Jürgen Bönkost, Dr. Angela Stoklosinski, Dr. Rainer Malaka, Dr. Iris Spiess, Chris Fahsing, Jean Jaques Dengler, Dr. Klaus von Freyhold und Dr. Burghard Wittig.

In der Folgezeit führten wir diverse Diskussionsveranstaltungen und Gespräche durch, unter anderem: am 27. März 2014 Diskussion mit Senatorin für Bildung und Wissenschaft Prof. Dr. Eva Quante-Brandt zum Thema „Situation der Hochschulen im Land Bremen“.

Zur polemischen und diffamierenden Anzeige im Weser-Kurier gegen Prof. Kreiter von der Universität Bremen nahmen wir in einem Leserbrief am 23. April 2014 Stellung.

Vor den Europawahlen unterstützten wir am 15. Mai 2014 unseren Kandidaten Dr. Joachim Schuster mit einer Podiumsveranstaltung. Gemeinsam mit Prof. Dr. Ulrike Liebert vom Jean-Monnet-Centre for European Studies und Dr. Arndt Wonka von der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS) wurde über das Thema „Wege zu mehr Demokratie in Europa“ diskutiert.

Mit „Kant und Globalisierung“ beschäftigten wir uns am 25. Mai 2014, im Anschluss an das Impulsreferat von Dr. Thorsten Rademacher.

Der Wissenschaftsplan 2020 war häufig Thema in den Sitzungen, unter anderem am 29. Juli 2014, vorbereitet von Chris Fahsing und Jean Jaques Dengler. Mit der Rektorin der Hochschule Bremen, Frau Prof. Dr. Luckey, diskutierten wir am 2. Dezember 2014 über die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und die strukturellen Konsequenzen aufgrund des Wissenschaftsplans 2020. Aufgrund des großen Interesses in der Bevölkerung führten wir am 2. März 2015 eine öffentliche Veranstaltung mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft Prof. Dr. Eva Quante-Brandt zum Thema „Wissenschaft in Bremen – mit Profil in die Zukunft“ durch. Die Fragen drehten sich im Wesentlichen um die Sicherung einer hohen Qualität von Studium und Lehre, bessere Perspektiven für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler und eine bessere Durchlässigkeit zwischen der beruflichen und akademischen Bildung, die Neuordnung von Studiengängen und die Schärfung der jeweiligen Profile der Hochschulen im Land Bremen.

Dr. Dagmar Burgdorf

Sprecherin des Wissenschaftsforums
der Sozialdemokratie im Land Bremen
und der Nordwest-Region

ANHANG

Dokumentation ausgewählter Beschlüsse und Resolutionen

Abfallentsorgung und Straßenreinigung: Öffentlichen Einfluss ausbauen – Rahmen für Anstalt öffentlichen Rechts (AÖR) schaffen – private Kompetenz beteiligen
Beschluss des Landesvorstandes vom 5. Dezember 2014 Seite 118

Kommunale Kliniken stärken – Arbeitsplätze sichern – Chancen der Einheitsgesellschaft nutzen
Beschluss des Landesvorstandes vom 10. Februar 2014 Seite 119

Kommunale Kliniken stärken
Beschluss des Landesvorstandes vom 12. Oktober 2015 Seite 120

Ausbildungsgarantie in Bremen und Bremerhaven umsetzen
Beschluss des Landesvorstandes vom 21. März 2014..... Seite 121

Bremen heißt Willkommen und stellt sich den Herausforderungen!
Resolution des Landesparteitages vom 26. September 2015 Seite 123

Wir stehen an der Seite Frankreichs
Beschluss des Landesvorstandes vom 16. November 2015 Seite 125

Richtlinie zur Durchführung einer Mitgliederbefragung zur Besetzung des Landesvorsitzes der SPD im Land Bremen
Beschluss des Landesvorstandes vom 15. Januar 2016 Seite 126

Alle Beschlüsse der Landesparteitage sowie ausgewählte Beschlüsse des Landesvorstandes sind zu finden unter www.spd-land-bremen.de/Beschluesse

Wahlergebnisse Seite 131

Statistiken zur Mitgliederentwicklung Seite 135

DOKUMENTATION/AUSGEWÄHLTE BESCHLÜSSE/RESOLUTIONEN

Abfallentsorgung und Straßenreinigung: Öffentlichen Einfluss ausbauen – Rahmen für Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) schaffen – private Kompetenz beteiligen

Beschluss

Landesvorstand, 5. Dezember 2014

Die SPD Bremen hat das Ziel, mehr kommunalen Einfluss bei Bedingungen guter Arbeit und Gebührenstabilität in der Abfallentsorgung und der Straßenreinigung, seit dem Frühjahr in vielen Gliederungen, mit den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Vertretern der Unternehmen diskutiert. Dabei wurde klar: Die Privatisierungsentscheidungen von 1998 haben unsere heutige Handlungsfähigkeit erheblich eingeschränkt. Die vollständige Privatisierung nach 1998 hat zum nahezu vollständigen Verlust der fachlichen Kompetenzen im Management der Abfallwirtschaft und Straßenreinigung geführt. Die damals geschlossenen Verträge mit den privaten Unternehmen enthalten keine verbindlichen Regelungen für die Abwicklung bei Vertragsende, so genannte Endschaftsregelungen. Eine verlässliche Verfügung über benötigte Grundstücke, Betriebsmittel, Informationssysteme und Personal zum 30. Juni 2018 ist nicht gegeben. Zustimmung fand aber auch: Um mehr Transparenz und bessere Steuerungsmöglichkeiten und unsere Vorstellungen von „Guter Arbeit“ durchzusetzen, muss der kommunale Einfluss wieder gestärkt werden.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Landesvorstand:

1. Eine vollständige Rekommunalisierung der Abfallentsorgung und Straßenreinigung bereits in 2018 ist mit großen Risiken verbunden. Wir streben deshalb bei der operativen Durchführung dieser kommunalen Aufgaben nach 2018 zunächst die Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen an. Über die Form und die Höhe der Beteiligungen sowie die Unternehmensverträge ist dabei ein maßgeblicher Einfluss der Stadtgemeinde Bremen sicher zu stellen.
2. Vorrang hat für uns zunächst die Verbesserung der kommunalen Kompetenz zur strategischen Steuerung der Abfallentsorgung und Straßenreinigung durch die Stadtgemeinde Bremen. Wir streben deshalb die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) an, in der die öffentlich-rechtlichen Aufgaben und kommunalen Bereiche der Entsorgung und Reinigung sowie die Unternehmensbeteiligungen unter einem Dach zusammengeführt werden. Eine wesentliche Aufgabe der AöR muss zudem sein, Synergien bei der kommunalen Daseinsvorsorge zu erschließen und perspektivisch auch andere Bereiche wie die städtische Grünpflege und den Abwasserbereich in kommunale Lösungen mit einzubeziehen.
3. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer kommunalen AöR sind noch in dieser Legislaturperiode zu schaffen, mit der Errichtung ist in 2015 zu beginnen. Bremen muss sich darüber wieder die nötige Kompetenz erarbeiten, kommunale Betriebe in diesem Sektor effizient und vorausschauend zu führen. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist in den Aufsichtsgremien der AöR zu verankern.
4. Die Beteiligungsverträge mit privaten Unternehmen sind auf Laufzeiten von maximal 10 Jahren zu begrenzen. In den Verträgen sind umfassende und eindeutige Endschaftsregelungen zu vereinbaren. Ziel muss es sein, der Stadtgemeinde Bremen zum Vertragsende ein Höchstmaß an Entscheidungsfreiheit für die weitere Gestaltung der Abfallwirtschaft und Straßenreinigung zu sichern.

5. In Teilbereichen sehen wir die Möglichkeit und Notwendigkeit, den Weg zu einer vollständigen Re-kommunalisierung schneller zu beschreiten. Dies gilt vor allem für den Bereich der Recycling-Stationen, der abfallwirtschaftlich zunehmend an Bedeutung gewinnt, weil für eine effektivere Kreislaufwirtschaft kleinteiligere Sammel- und Sortiersysteme benötigt werden. Dieser Bereich ist bislang stark zersplittert und verteilt sich auf mehrere Betreiber. Um eine bessere und einheitlichere Steuerung zu erreichen, streben wir bereits ab 2018 eine Zusammenfassung der Recyclings-Stationen in einem kommunalen Betrieb an. Hier sehen wir auch große Chancen für eine Verbindung mit beschäftigungs-politischen Projekten und Stadtteilstrukturen.
6. Eine besondere Herausforderung stellt auch die Organisation der Straßenreinigung und des Winterdienstes dar, deren Aufgaben sich bislang auf einen privaten Auftragnehmer, den Umweltbetrieb Bremen (UBB) und das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) verteilen. Diese Zersplitterung muss überwunden werden. Wir streben eine Optionslösung an, die eine kommunale Zusammenführung der Straßenreinigung spätestens in 2023 erlaubt.
7. Es ist sicherzustellen, dass die 1998 in die heutige ENO, KNO und SEN übergeleiteten Beschäftigten in ihren besonderen Rechten gesichert sind und weiterhin mit ihren besonderen Erfahrungen und Qualifikationen für die Abfallentsorgung und Straßenreinigung zur Verfügung stehen. Wir werden auch die Interessen der Beschäftigten von Nehlsen beachten, ihnen Planungssicherheit geben und alle Möglichkeiten nutzen, deren Kompetenz in Bremen zu erhalten. Gleiches gilt für die Beschäftigten in den Recycling-Stationen.
8. Es ist überdies sicherzustellen, dass alle Unternehmen, an denen sich Bremen beteiligt, über eine Tarifbindung verfügen. Tariffreie und gewerkschaftsfreie Zonen akzeptieren wir nicht. Von privaten Partnern erwarten wir ein klares Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft.
9. Abfallentsorgung und Straßenreinigung ging und geht nicht ohne qualifizierte und engagierte Beschäftigte. Von besonderer Bedeutung ist daher für die SPD die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft ver.di und den Betriebsräten. Wir erwarten, dass der Senat hierfür einen Beteiligungsprozess entwickelt, in dem die Fragen der künftigen Aufgaben und Organisation besprochen werden.

Kommunale Kliniken stärken – Arbeitsplätze sichern – Chancen der Einheitsgesellschaft nutzen

Beschluss

Landesvorstand, 10. Februar 2014

Die Krankenhäuser in Deutschland stehen unabhängig von ihrer geographischen Lage und Trägerschaft vor großen finanziellen Herausforderungen. Das Grundproblem ist die seit einigen Jahren zunehmende Diskrepanz zwischen Kostenentwicklung auf der einen und geringer wachsenden Erlösen auf der anderen Seite, hier muss der Bundesgesetzgeber dringend handeln.

Der kommunale Klinikverbund Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) ist mit seinen Leistungsangeboten an den vier Standorten Bremen-Mitte, Bremen-Nord, Bremen-Ost und Links der Weser zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung Bremens und des Umlandes unverzichtbar. Der Klinikverbund beschäftigt darüber hinaus über 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und stellt damit den zweitgrößten Arbeitgeber in Bremen dar.

Auf der Grundlage des von der Geschäftsführung der GeNo vorgelegten Zukunftsplans 2017 haben Senat und Bürgerschaft im Juni 2013 finanzielle Unterstützungsmaßnahmen zur Sicherstellung des

weiteren finanziellen Überlebens des Klinikverbundes in Höhe von 199 Mio. € bewilligt. Nur die konsequente Umsetzung der im Zukunftsplan vorgesehenen Schritte und weitere Optimierungsmaßnahmen können die Voraussetzung zur langfristigen finanziellen Sanierung der GeNo vor dem Hintergrund der bremischen Haushaltsnotlage schaffen. Unser Ziel ist es, die qualitativ hochwertige medizinische Versorgung, die die vier GeNo-Häuser sicherstellen, auch langfristig in kommunaler Trägerschaft zu gewährleisten. Hierfür ist eine optimale Steuerung der anstehenden Sanierungsprozesse im Klinikverbund und zwischen den einzelnen Standorten notwendig. Zur Erhöhung der Steuerungsqualität der GeNo plant der Senat im Einvernehmen mit den verantwortlichen Geschäftsführungen und im Dialog mit den Vertretungen der Beschäftigten die Verschmelzung der vier kommunalen Krankenhäuser auf den Klinikverbund Gesundheit Nord gGmbH (GeNo). Die gesellschaftsrechtliche Selbstständigkeit der vier Krankenhausstandorte wird damit aufgegeben und eine Gesellschaft geschaffen. Der SPD Landesvorstand trägt diese Planungen unter der Maßgabe folgender Eckpunkte mit:

1. Die kommunale Trägerschaft der Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) bleibt bestehen.
2. Der Erhalt der vier Krankenhausstandorte wird nicht in Frage gestellt.
3. Das hohe medizinische Versorgungsangebot der GeNo ist für die Bremer Bevölkerung zu sichern und ist gezielt weiter zu entwickeln.
4. Betriebsbedingte Kündigungen werden ausgeschlossen. Die Krankenhausstandorte werden mit den zur Steuerung des Betriebs vor Ort notwendigen Kompetenzen ausgestattet.
5. Die Tarifbindung, die tarifvertraglich und die auf Grundlage von Betriebsvereinbarungen zugesicherten Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte bestehen fort. Die Verschmelzung wird kein Einfallstor für einen Notlagentarifvertrag sein.
6. Die Umsetzung der Strukturveränderung wird konsequent verfolgt, die medizinischen und pflegerischen Kompetenzen der vier Standorte und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre Vertreterinnen und Vertreter sind zeitnah in die Verbesserungsprozesse einzubeziehen.
7. Die weiteren Maßnahmen des Sanierungskonzeptes werden zügig vorgelegt – so das angekündigte Medizinkonzept.

Kommunale Kliniken stärken

Beschluss

Landesvorstand, 12. Oktober 2015

Die Krankenhäuser in Deutschland stehen weiter vor großen finanziellen und strukturellen Herausforderungen. Die zunehmende Diskrepanz zwischen Kostensteigerung in Folge des gewünschten medizinischen Fortschritts auf der einen und geringer wachsenden Erlösen auf der anderen Seite sind auch durch die jüngsten Beschlüsse auf Bundesebene zur Krankenhausstrukturreform nicht dauerhaft gelöst.

Für den kommunalen Klinikverbund Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) stellen sich diese Herausforderungen in besonderer Weise.

Der kommunale Klinikverbund GeNo ist mit seinen Leistungsangeboten an den vier Standorten Bremen-Mitte, Bremen-Nord, Bremen-Ost und Links der Weser zur Sicherstellung der gesundheitlichen und medizinischen Versorgung der Bevölkerung der Stadtgemeinde Bremens und der Metropolregion

Nord-West unverzichtbar. Der Klinikverbund beschäftigt darüber hinaus über 7.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und stellt damit einen der größten Arbeitgeber in Bremen dar.

Gleichzeitig stellt sich für die GeNo die Frage der Bewältigung der notwendigen Strukturveränderungen in besonderer Weise: Um die vier Standorte zu erhalten, ist eine Konzentration von Leistungsangeboten und eine am Gesamtinteresse des kommunalen Verbundes ausgerichtete Steuerung der nötigen Investitionen unabdingbar. Die Wahrnehmung der Interessen einzelner Standorte – auch auf Kosten der anderen Standorte der GeNo – muss deutlich zugunsten der Wahrnehmung der Interessen des kommunalen Verbundes geschärft werden.

Die Erfahrung anderer kommunaler Verbände zeigt: Konzentration von Leistungen und Angeboten muss nicht in Widerspruch zu den Versorgungsinteressen der Bevölkerung stehen. Vielmehr ist auch aus Gründen der Sicherung guter Qualität der Versorgung die Bündelung von Kompetenzen und Kooperation über Standorte hinweg von immenser Bedeutung. Viele medizinische Eingriffe werden mit einem zeitlichen Vorlauf geplant. Patientinnen und Patienten informieren sich vor dem Eingriff, welche Klinik ihnen das beste medizinische Angebot bietet.

Für die Bremer SPD ist die Existenz kommunaler Kliniken unverzichtbarer Bestandteil einer öffentlichen Daseinsvorsorge. Die kommunalen Kliniken müssen sich gegen große private Klinikverbände behaupten und sich auch dem Wettbewerb freigemeinnütziger und konfessioneller Häuser stellen.

Die Bremer SPD hatte sich im Februar 2014 zur vom Senat und der Geschäftsführung der GeNo vorgeschlagenen gesellschaftsrechtlichen Verschmelzung der kommunalen Häuser als einer Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Verbundes bekannt. Dazu muss jetzt die Entscheidung über ein schlüssiges Medizinkonzept erfolgen. Zusätzlich müssen Strukturveränderungen an den Standorten umgesetzt und der Sanierungsprozess erfolgreich weitergeführt werden.

Auf dieser Grundlage erwarten wir angesichts der bekannten Risiken aus den Investitionen in den Neubau am Klinikum Bremen-Mitte, den Pensionslasten und der Buchwertgarantie vom Senat im Rahmen der diesjährigen und künftigen Haushaltsentscheidungen die Absicherung des Veränderungsprozesses der GeNo.

Um der GeNo die notwendigen Handlungsspielräume zur zukunftsfähigen Gestaltung des Klinikverbundes zurückzugeben, ist eine Verbesserung der Liquidität und eine Schuldenentlastung unabdingbar. Nur auf diesem Weg kann das beschriebene Ziel der kommunalen Trägerschaft gesichert werden.

Im Zentrum aller Entscheidungen muss die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des Verbundes stehen bei gleichzeitiger Beibehaltung der Prämisse einer qualitativ hochwertigen medizinischen und gesundheitlichen Versorgung.

Ausbildungsgarantie in Bremen und Bremerhaven umsetzen

Beschluss

Landesvorstand, 21. März 2014

Eine abgeschlossene Berufsausbildung und ein qualifizierter Berufsabschluss sind die wichtigsten Voraussetzungen, um auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen und am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben. Daher muss das wichtigste Ziel der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik für junge Menschen sein, ihnen einen Ausbildungsplatz und einen Berufsabschluss zu ermöglichen.

Mit unseren bisherigen Instrumenten wird dieses Ziel nur teilweise erreicht. Im bestehenden Übergangssystem liegt der Schwerpunkt auf nicht abschlussbezogenen Maßnahmen. Diese Maßnahmen kosten viel Geld und Lebenszeit der jungen Menschen.

Die Bremer SPD ist der Überzeugung, dass jeder junge Mensch das Recht auf eine Ausbildung und damit Zukunftschancen hat. Dabei stehen zunächst die Unternehmen in der Pflicht. Im System der dualen Berufsausbildung ist es ihre Aufgabe Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Eine langfristige Fachkräftesicherung durch die Ausbildung junger Menschen ist dabei auch im originären Eigeninteresse der Unternehmen.

Dennoch gibt es derzeit nicht genug Ausbildungsplätze für alle ausbildungswilligen Jugendlichen. Hier muss der Staat eingreifen und sicherstellen, dass weitere Ausbildungskapazitäten geschaffen werden. Denn berufliche Bildung ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Staatliches Eingreifen darf aber in diesem Falle nicht heißen, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen werden.

Wir wollen die jungen Menschen, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, nicht sich selbst überlassen. Wir wollen, dass Bremen sich verpflichtet, jedem dieser jungen Menschen ein Angebot zu machen und eine Chance zu eröffnen. Dazu wollen wir die Ausbildungsgarantie.

Zum Erreichen der Ausbildungsgarantie bedarf es eines breiten Maßnahmenbündels zu dem unter anderem gehören müssen:

- Erhöhung der Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze, überbetriebliche Ausbildungsverbände und deren Unterstützung
- Umgestaltung der berufsvorbereitenden schulischen Maßnahmen mit besserer Anschlussfähigkeit an eine folgende betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung
- Aufstockung bei den schulischen Ausbildungsberufen
- Arbeitgeberzuschüsse für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Jugendliche in besonderen Problemlagen
- Modularisierte Ausbildungsangebote
- mehr Teilzeitausbildungen

Um die jungen Menschen zu erreichen, benötigen wir die Jugendberufsagentur, in der rechtskreisübergreifend und in Zusammenarbeit aller Akteure jedem Jugendlichen ein individuelles Angebot gemacht werden soll. In Bremen und in Bremerhaven soll die Jugendberufsagentur Anfang 2015 an den Start gehen. Ab dem Ausbildungsjahr 2015/2016 soll daher auch die Ausbildungsgarantie greifen.

Wir wissen, dass es all dies nicht umsonst gibt. Der Senator für Arbeit geht von einem Mittelbedarf von ca. 30 Mio. Euro bis 2017 aus, um den Einstieg in die Ausbildungsgarantie finanzieren zu können. Aber, wir wissen auch, dass sich dieser Einsatz lohnt. Für die jungen Menschen vom ersten Tag an, aber mittelfristig, durch Einsparungen im teuren Übergangssystem und bei der Finanzierung der Arbeitslosigkeit, auch fiskalisch.

Der SPD-Landesvorstand spricht sich daher für eine Ausbildungsgarantie in Bremen und Bremerhaven aus und fordert:

- den Senat auf, mit den Partnern der Berufsausbildung ein Konzept zu entwickeln, wonach jedem Jugendlichen ein Ausbildungsangebot gemacht werden kann. Start der Ausbildungsgarantie soll das Ausbildungsjahr 2015/16 sein.
- Senat und Bürgerschaftsfraktion dazu auf, die notwendigen finanziellen Mittel im Rahmen des BAP (Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm) darzustellen.
- die bremische Wirtschaft dazu auf, sich an der Ausgestaltung der Ausbildungsgarantie aktiv zu beteiligen und ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, nachzukommen.
- den Senat dazu auf, zu prüfen, inwieweit der bremische öffentliche Dienst und die Bremer Eigenbetriebe und Gesellschaften ihre eigene Ausbildungsquote noch erhöhen können, um einen eigenen Beitrag zu Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu leisten.
- den Senat dazu auf, zu prüfen, ob und in welchen Bereichen bestehende vollschulische Ausbildungen in öffentlicher Trägerschaft ausgeweitet werden können.

Bremen heißt Willkommen und stellt sich den Herausforderungen!

Resolution

Landesparteitag, 26. Spetember 2015

Deutschland steht im Augenblick vor einer der größten Herausforderungen der Gegenwart und nahen Zukunft. Voraussichtlich 800.000 Menschen werden in diesem Jahr in Deutschland Asyl beantragen. Viele von ihnen werden dauerhaft hier bleiben und wollen ein Teil unserer Gesellschaft werden.

Das Bundesland Bremen, mit seinen beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven, steht vor einer gewaltigen Herausforderung und muss zurzeit Enormes leisten. Voraussichtlich 8.000 Flüchtlinge müssen bis Ende dieses Jahres versorgt und untergebracht werden. Getragen wird die Aufnahme der Flüchtlinge in unserem Land durch eine Welle der Hilfsbereitschaft in unserer Gesellschaft. Diese Willkommenskultur wird gelebt, durch unsere Bürgerinnen und Bürger, durch zahlreiche ehrenamtliche und professionelle Initiativen, durch Wohlfahrtsverbände, durch Vereine und viele andere Akteure unseres zivilgesellschaftlichen Zusammenlebens. Das macht uns sehr stolz! Auch viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten engagieren sich ganz unmittelbar und ehrenamtlich in der Hilfe für Flüchtlinge. Dafür sind wir ihnen sehr dankbar. Wir fordern unsere Mitglieder auf, hierbei nicht nachzulassen.

Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, welche gewaltigen Aufgaben, nicht nur finanzieller Natur, noch vor uns liegen, um verantwortungsvoll mit der Integration der Flüchtlinge und allen dabei auftretenden Fragen und Problemen umzugehen.

Kurzfristig geht es in allererster Linie darum, für die Menschen, die in einer Zeit höchster persönlicher Not zu uns kommen, eine bestmögliche Erstversorgung und menschenwürdige Unterbringung sowie Gesundheitsversorgung zu ermöglichen.

Dazu sind freie Räume/Gebäude in zurzeit nicht genutzten Schulen, leerstehenden Verbraucher- und Baumärkten, etc. vorrangig zu nutzen.

Auf lange Sicht stehen wir dann vor der Aufgabe, die Integration der bei uns bleibenden Flüchtlinge zu organisieren. Für viele Menschen, die zu uns kommen beginnt ein neues Leben. Das kann für unsere

Gesellschaft auch viele Chancen bringen. Dafür braucht es aber gute Rahmenbedingungen. Wir müssen bezahlbaren Wohnraum für die Flüchtlinge schaffen, am besten innerhalb bereits funktionierender Nachbarschaften und ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt so leicht wie möglich gestalten. Minderjährige Flüchtlinge müssen so schnell es geht die Chance bekommen unsere Kitas und Schulen zu besuchen, um ihnen den langwierigen Prozess der Integration in unsere Gesellschaft zu erleichtern. Eines ist dabei klar und leider zurzeit auch schon zu beobachten: Eine so große Zahl von Zuwanderinnen und Zuwanderern aufzunehmen, wird nicht konfliktfrei bleiben. Darüber müssen wir offen reden. Denn die Gefahr sozialer und kultureller Spannungen ist nicht ausgeschlossen. Wir wissen: Ob Integration gelingt oder scheitert, entscheidet sich in den Stadtteilen im Zusammenleben der Menschen.

Die Regeln hierfür müssen fair sein und für alle verständlich. Dazu gehört auch, dass jede/jeder, die/der einen Asylantrag stellt, eine schnelle Entscheidung erhält. Wege der Arbeitsmigration müssen unter Wahrung der Standards und Regeln unseres Arbeits- und Sozialsystems gefunden werden, zum Beispiel durch ein Einwanderungsgesetz.

Seit langem fordern wir, dass der Bund die Länder und Kommunen bei den Kosten der Flüchtlingsaufnahme umfassend, dauerhaft und strukturell entlastet. Hierzu sollen unmittelbar die derzeitigen Haushaltsüberschüsse des Bundes genutzt werden. Wir begrüßen, dass der Bund endlich Verantwortung für Geflüchtete übernimmt und auf dem Flüchtlingsgipfel am 24. September 2015 u. a. entschieden hat, Länder und Kommunen finanziell zu entlasten. Jedoch lehnen wir weiterhin aufgrund des bürokratischen Aufwands und der Stigmatisierung Sach- statt Geldleistungen ab. Die Aufnahme weiterer Länder als „sichere Herkunftsstaaten“ muss fortlaufend kritisch geprüft werden. Das individuelle Recht auf Asyl darf jedoch in keiner Weise gefährdet werden.

Die Bremische Politik und Verwaltung in Bremen und Bremerhaven ist durch die große Zahl an Flüchtlingen vor große Herausforderungen gestellt. Eine erfolgreiche Aufnahme, Unterbringung und Integration kann nur durch eine möglichst breite ressortübergreifende Zusammenarbeit gelöst werden. Wir sprechen den Beschäftigten der Bremer Ressorts sowie des Bremerhavener Magistrats unsere Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit aus. Alle Beteiligten stehen jetzt vor der Aufgabe, ihre Arbeit bestmöglich zu koordinieren, um so, wo immer es möglich ist, Synergieeffekte zu schaffen und schnell und möglichst unbürokratisch Probleme aus dem Weg zu räumen. Nicht „Zuständigkeitsfragen“ müssen geklärt werden, sondern Lösungen gefunden werden. Es muss deutlich signalisiert werden: Wir ziehen im Land Bremen an einem Strang, wir lösen die Probleme!

Dies ist wichtig, weil viele Menschen sich berechtigt fragen: Schaffen wir das?

Dies ist auch wichtig, weil viele Menschen sich ehrenamtlich engagieren, wir dieses Handeln unterstützen wollen – und weil Verwaltungshandeln mit ihrem Handeln koordiniert werden muss.

Die SPD im Land Bremen fordert deshalb:

- Einen Maßnahmen- und Umsetzungsplan, der die Handlungsfelder Wohnen, Arbeit, Bildung, Soziales, Gesundheit, Integration und Sport umfasst und dafür Handlungsschritte festlegt; besonders in den Bereichen Wohnungsbau, Kinderbetreuung, Bildung und Spracherwerb sind schnelle Entscheidungen, unkonventionelle Lösungen und schnelle Verwaltungsabläufe zu organisieren.

Wir brauchen im Land Bremen eine Stärkung zentraler Verantwortlichkeit, mit der notwendigen Entscheidungs- und Durchsetzungskompetenz, um ressortübergreifend schnell zu reagieren und alle Maßnahmen zu koordinieren.

Dies soll dazu beitragen, die bei uns bereits sehr gut funktionierende Willkommenskultur weiter zu stärken und auf dauerhafte institutionelle Füße zu stellen, um so das Ziel der menschenwürdigen Aufnahme von Flüchtlingen, bei gleichzeitiger Wahrung des sozialen Zusammenhalts unseres Landes zu erreichen.

Wir stehen an der Seite Frankreichs

Beschluss

Landesvorstand, 16. November 2015

Wir sind voller Entsetzen über die Terroranschläge in Paris. Wir trauern um die Opfer und unser ganzes Mitgefühl gilt ihren Hinterbliebenen und Freunden.

Gleichzeitig wissen wir: Diese terroristischen Attacken richteten sich nicht nur gegen zufällig anwesende Musikfans, Restaurantbesucher oder Passanten auf der Straße. Mit Paris, der Stadt von der geschichtlich erstmals der Ruf nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ausging – mit dieser Stadt sollte ein Symbol europäischer Aufklärung, Demokratie und Kultur getroffen werden. Die lebensverachtenden Anschläge in Paris zielten deshalb nicht allein auf Frankreich. Sie sollen die zivilisatorischen Grundwerte und Ideale ganz Europas treffen.

Wir stehen deshalb an der Seite Frankreichs. Freiheit, Gleichheit und Solidarität – das ist und bleibt unsere gemeinsame Antwort auf den lebensverachtenden Fundamentalismus der Terroristen. Vive la République, vive la France! Es lebe die Republik, es lebe Frankreich!

Wir fühlen genauso mit allen Opfern von Krieg und Terror weltweit, sei es in Ankara, Beirut, Syrien oder im Irak. Und mit den vielen Flüchtlingen, die ihre Heimat verlassen müssen, um dem Terror zu entkommen.

Wir lassen uns nicht einschüchtern

Die terroristischen Angriffe in Paris sind nicht auf Eroberung und Landnahme ausgerichtet. Sie zielen auf die Köpfe und Herzen der Bürgerinnen und Bürger. Sie sollen schockieren, erschrecken und – vor allem – eine Angst vor Wiederholungen erzeugen. In Paris wurden deshalb nicht Gebäude angegriffen, sondern Menschen bei ihren Freizeitaktivitäten. Das Ziel der Mörder ist, eine anhaltende Furcht in den Alltag unserer Städte zu tragen. Beim Besuch von Fußballspielen oder Konzerten, in Restaurants oder auf öffentlichen Plätzen sollen die Erinnerungen an Paris aufsteigen und die Freude an all dem verderben, was die selbsternannten Gotteskrieger in ihrem düsteren Fanatismus als „Unmoral“ und „Laster“ hassen. Die Angst vor Anschlägen soll zugleich Misstrauen und Ablehnung sähen – perfiderweise gerade gegenüber denen, die selbst vor dem Terror in ihrer Heimat geflohen sind.

Die Mörder haben sich dem so genannten „Islamischen Staat“ verschrieben. Diese Organisation ist eine Terrorbande mit einer simplen Ideologie der Vernichtung. Sie hat allen – auch den andersdenkenden Vertretern des Islam – den Krieg erklärt und trägt ihren wahnwitzigen Terror auch nach Europa, um den „Gottesstaat“ zu propagieren.

In unseren Reaktionen müssen wir deshalb darauf achten, dass wir nicht ungewollt die Wirkabsichten der Angreifer verstärken. Denn das war noch stets das zynische Kalkül jedweden Terrorismus. Wir dürfen uns deshalb nicht einschüchtern lassen. Im Gegenteil. Wir sind gefordert – auch und gerade angesichts des Terrorismus – die Offenheit und die Freiräume unserer Gesellschaft zu nutzen und zu verteidigen.

Wir wenden uns gegen eine Instrumentalisierung der schrecklichen Ereignisse

Wir wenden uns deshalb entschieden gegen Angstmache und die Versuche, die schrecklichen Geschehnisse in Paris für innenpolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Klar ist, wir müssen der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hohe Priorität einräumen. Aber wir dürfen uns deshalb jetzt nicht vorschnell zum Abbau von Bürger- und Freiheitsrechten verleiten lassen. Vor allem aber müssen wir den rechtspopulistischen Kräften widerstehen, die den Schock von Paris zu einer „Wende“ in der Flüchtlingspolitik nutzen und missbrauchen wollen. Auch die Flüchtlinge sind Opfer von Gewalt, Terror und unmenschlicher Bedrohung. Sie brauchen deshalb weiter unsere Solidarität und Hilfe. Misstrauen und Abschottung dürfen keine Reaktion auf die mörderischen Attacken in Paris sein. Umso wichtiger ist es jetzt, alle Anstrengungen zu unternehmen, Krieg und Gewalt, Unterdrückung und wirtschaftliche Not zu beseitigen. Die Weltgemeinschaft muss alle Kraft daran setzen, die Konflikte in der arabischen Welt, in Afrika, in Afghanistan zu beenden.

Gefordert ist jetzt politische Besonnenheit und – in allem was wir tun – der entschiedene Wille, unsere lebensbejahenden Grundwerte und Ideale gegen ihre dumpfen Feinde zu behaupten.



Beschluss

Landesvorstand, 15. Januar 2016

Grundlagen

§ 14 Abs. 11 OrgSt

Im Vorfeld von parteiinternen Vorstandswahlen können Mitgliederbefragungen durchgeführt werden. Der Parteivorstand beschließt hierzu eine Verfahrensrichtlinie.

Verfahrensrichtlinie

zur Durchführung von Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheiden nach § 13 Abs. 7 Organisationsstatut sowie Mitgliederbefragungen nach § 14 Abs. 11 Organisationsstatut
– beschlossen durch den Parteivorstand am 26. März 2012

Verfahrensrichtlinie

zur Durchführung einer Mitgliederbefragung zur Besetzung des Landesvorsitzes der SPD im Land Bremen, März/April 2016
– beschlossen vom Landesvorstand am 15. Januar 2016

1. Gegenstand

Der SPD-Landesvorstand führt ein landesweites Mitgliedervotum durch. Damit soll den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, ihr Votum über die Kandidat_innen / den/die Kandidaten für das Amt der/des SPD-Landesvorsitzenden abzugeben.

Die Information der Mitglieder über die Durchführung der Mitgliederbefragung erfolgt in der Regionalbeilage des vorwärts, dem BremerForum, in der Ausgabe 02-03/2016, (Erstverkaufstag 27. Februar 2016) und mit den Einladungsschreiben zu den Diskussionsveranstaltungen mit den Kandidat_innen und Kandidaten, siehe auch Punkt 6 und Punkt 16 dieser Verfahrensrichtlinie. Weiter erfolgen Informationen mit dem LO-Newsletter und auf der Homepage der Landesorganisation.

2. Wahlvorstand/MPZK

Der geschäftsführende Landesvorstand fungiert als Wahlvorstand – Kandidat_innen und Kandidaten dürfen dem Wahlvorstand nicht angehören.

Es wird eine Mandatsprüfungs- und Zählkommission (MPZK) bestehend aus vier Landesvorstandsmitgliedern, vier vom Unterbezirksvorstand Bremen-Stadt benannten Mitgliedern und je zwei von den Vorständen der Unterbezirke Bremen-Nord und Bremerhaven benannten Mitgliedern gebildet. Die Mitglieder der MPZK werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesbüros unterstützt.

3. Wahlverfahren

Die Abstimmung wird als reine Briefwahl durchgeführt.

Die Briefwahlunterlagen bestehen aus dem Stimmzettel, einem Formular für die eidesstattliche Erklärung (Anlage 1) und zwei Umschlägen. Das Mitglied muss den Stimmzettel in den ersten, zu verschließenden Umschlag legen und diesen Umschlag zusammen mit der eidesstattlichen Erklärung in den zweiten Umschlag. Diesen Umschlag sendet das Mitglied verschlossen zurück.

Die Briefwahlunterlagen umfassen weiter ein Anschreiben zur Bedeutung des Mitgliedervotums, Vorstellungen der Kandidatinnen und Kandidaten (je ein Din A4-Blatt, Vor- und Rückseite, einheitliches Layout, festgelegt max. Zeichenzahl) sowie einer grafischen Erläuterung der Stimmabgabe.

Die Briefwahlunterlagen werden in der 12. Kalenderwoche 2016 an die Mitglieder verschickt.

Die per Briefabstimmung abgegebenen Stimmen müssen bis zum 15. April 2016, 24:00 Uhr im für das Mitgliedervotum eingerichtete Aktions-Postfach der SPD-Landesorganisation bei der Deutschen Post AG eingegangen sein (Posteingang), um beim Mitgliedervotum berücksichtigt werden zu können.

4. Quorum für die Gültigkeit des Mitgliedervotums

Das Votum der Mitgliederbefragung ist gültig, wenn eine Mitgliederbeteiligung von 20 Prozent überschritten wird.

5. Personalvorschlagsrecht zum Mitgliedervotum

Damit ein breiter basisorientierter Dialog mit den Kandidatinnen und Kandidaten geführt werden kann, ist es erforderlich, dass bis zum 29. Februar 2016, analog dem Zeitraum der Organisationswahlen in den Ortsvereinen, die Nominierungen zur Teilnahme am Mitgliedervotum vorliegen.

Personalvorschlagsrecht haben Vorstände und Mitgliederversammlungen/Parteitage der Gliederungen in der Landesorganisation Bremen sowie die zum Landesparteitag antragsberechtigten Arbeitsgemeinschaften und Foren.

Darüber hinaus können auch 5 Prozent (Stichtag: 31. Dezember 2015) der Mitglieder der SPD-Landesorganisation Bremen einen Personalvorschlag einbringen.

Das Mitgliedervotum schränkt das Personalvorschlagsrecht für den später stattfindenden Landesparteitag nicht ein.

6. Erklärung der Kandidat*innen

Die Kandidat*innen müssen eine Erklärung (Anlage 2) abgeben, die beinhaltet, dass sie das Ergebnis des Mitgliedervotums anerkennen und dass sie sich im Falle des Unterliegens beim Mitgliedervotum beim späteren Landesparteitag nicht mehr zur Wahl der/des Landesvorsitzenden stellen.

Die Kandidatinnen und Kandidaten erhalten die Gelegenheit, sich in Veranstaltungen der Parteigliederungen vorzustellen, mit den Abstimmungsunterlagen erhalten die Mitglieder eine von den Kandidatinnen und Kandidaten selbst formulierte Vorstellung zur Person und ihrer politischen Vorhaben (einheitliches Layout, vorgegebene max. Zeichenzahl).

Eine Werbung in den sozialen Plattformen für die eigene Person obliegt den Kandidatinnen und Kandidaten.

Den Kandidatinnen und Kandidaten ist es untersagt, darüber hinausgehende finanzielle Mittel zur Werbung für die eigene Person einzusetzen.

Spenden können nicht an die Kandidaten/innen gerichtet werden, wohl aber an die Partei. Sollten Kandidatinnen/Kandidaten im Rahmen des Mitgliedervotums Spenden erhalten, sind diese unverzüglich an die Landesschatzmeisterin oder den Landesgeschäftsführer weiterzuleiten bzw. auf das Bankkonto der Landesorganisation zu überweisen.

7. Zulassung der Personalvorschläge

Die formale Zulassung der Personalvorschläge zum Mitgliedervotum erfolgt durch den Wahlvorstand.

8. Bekanntmachung der zugelassenen Personalvorschläge

Die zugelassenen Vorschläge werden unmittelbar durch Zusendung an die Vorsitzenden der Gliederungen und der Arbeitsgemeinschaften/Foren auf der Landesebene bekannt gemacht.

9. Stimmberechtigung

Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der SPD im Land Bremen, die bis zum 8. März 2016 aufgenommen wurden und in der Mitgliederverwaltung (Mavis II) als Mitglied registriert sind. Gastmitglieder und Unterstützer*innen sind nicht stimmberechtigt.

10. Stimmzettel

Die einheitlichen Stimmzettel (Anlage 3) haben folgenden Text:

„Mitgliedervotum zur Besetzung des Landesvorsitzes der SPD im Land Bremen:

Stimmzettel

Vorname Nachname (Bewerber*in 1)

Vorname Nachname (Bewerber*in 2)

Vorname Nachname (Bewerber*in 3) *und ggf. weitere*

Enthaltung

Bitte nur ein Kreuz auf dem Stimmzettel in dem vorgesehenen Bereich machen!“

Ungültig sind Stimmzettel, die den Willen der/des Abstimmenden nicht zweifelsfrei erkennen lassen.

11. Auszählung

Die im Postfach der Landesorganisation beim Dienstleister Deutsche Post AG eingegangenen Briefwahlunterlagen werden am Auszählungstag (16. April 2016) vom Dienstleister an die MPZK übergeben.

Die MPZK bzw. die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen gleichen nach Öffnung der Umschläge der eingegangenen Briefwahlunterlagen zunächst die eidesstattlichen Erklärungen mit der Mitgliederliste ab (Arbeitsschritt I) – es wird dabei lediglich ein Dublettentest durchgeführt, die Wahlbeteiligung des einzelnen Mitglieds wird nicht registriert!

Danach erfolgt die Trennung der Umschläge mit den Stimmzetteln (Arbeitsschritt II). Dann werden die Umschläge mit den Stimmzetteln geöffnet und die Stimmzettel entnommen, es erfolgt die Auszählung der abgegebenen Stimmen (Arbeitsschritt III).

Die Kandidatinnen und Kandidaten können jeweils eine Vertrauensperson benennen, die die Arbeit der MPZK begleitet/beobachtet.

Die Auszählung startet am Samstag, 16. April 2016 um 8:00 Uhr im Treffpunkt KWADRAT, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen. Die Auszählung findet parteiöffentlich statt.

12. Mehrheit der Stimmen

Bei zwei Kandidat*innen schlägt der Landesvorstand die Kandidatin/den Kandidaten, die bzw. der die meisten Stimmen beim Mitgliedervotum auf sich vereinen konnte (relative Mehrheit), dem Landesparteitag als Kandidat/in für den Landesvorsitz vor. Sollten bei mehr als zwei Kandidat*innen keiner der Kandidat*innen die absolute Mehrheit (Mehrheit der gültigen Stimmen) erreichen, werden die beiden Kandidat*innen mit den meisten Stimmen der Parteiversammlung vorgeschlagen.

13. Feststellung des Ergebnisses

Nach Abschluss der Abstimmung stellt die MPZK das Ergebnis fest. Hierüber ist ein Abstimmungsprotokoll zu fertigen, das von allen MPZK-Mitgliedern auf seine Richtigkeit hin zu unterzeichnen ist.

Die MPZK leitet das Ergebnis mitsamt den Stimmzetteln in versiegelten Umschlägen und den Abstimmungsprotokollen unverzüglich an den Wahlvorstand weiter. Die Stimmzettel und das Abstimmungsprotokoll sind beim Landesvorstand für die Dauer eines Jahres verschlossen aufzubewahren.

14. Veröffentlichung des Ergebnisses

Der Wahlvorstand veröffentlicht unmittelbar nach Beendigung der Auszählung das Ergebnis des Mitgliedervotums.

15. Einberufung des Landesparteitages zur Wahl der/des Landevorsitzenden

Der Landesparteitag zur Wahl des Landesvorstandes wird für den 30. April 2016, 10:00 Uhr einberufen.

16. Veranstaltungen zur Vorstellung der Kandidat_innen und Kandidaten

Für die Mobilisierung zur Teilnahme an der Mitgliederbefragung ist die Organisation einer guten Diskussion mit den Kandidatinnen und Kandidaten von besonderer Bedeutung, sie soll breit, vielfältig, fair und möglichst dezentral stattfinden.

Zeitlich und organisatorisch wird es nicht möglich sein, in jedem Ortsverein eine Veranstaltung durchzuführen, deshalb sollen Kooperationen in den Stadtteilen und Regionen organisiert werden. Hierfür verantwortlich sind die Unterbezirke, sie garantieren, dass jedes Mitglied zu einer Veranstaltung eingeladen wird!

Die Veranstaltungsorte und -zeiten sind so zu wählen, dass es vielen Mitgliedern möglich ist, daran teilzunehmen. Die Mitglieder erhalten rechtzeitig, mindestens jedoch eine Woche vorher, Einladungen zu den Veranstaltungen. Die Veranstaltungen finden parteiöffentlich statt, sie können presseöffentlich durchgeführt werden.

Alle Kandidatinnen und Kandidaten erhalten auf den Veranstaltungen jeweils die Gelegenheit, sich und ihr Programm vorzustellen. Der Ablauf der einzelnen Veranstaltungen wird im Benehmen mit den Bewerberinnen und Bewerbern festgelegt. Für die Organisation und den Ablauf der Veranstaltungen sind die Unterbezirke – im Benehmen mit den beteiligten Ortsvereinen – verantwortlich. Die Finanzierung obliegt dem jeweiligen Unterbezirk.

Die Ortsvereine sollen Fahrdienste für ältere oder in ihrer Mobilität eingeschränkte Genossinnen und Genossen zu ihrer jeweiligen Veranstaltung anbieten.

Auf oder nach den Veranstaltungen werden keine Abstimmungen durchgeführt. Ebenso ist keine Abstimmung im Internet möglich.

WAHLERGEBNISSE

Bürgerschaftswahl 2015: Land Bremen

Land Bremen	Bürgerschaftswahl 2015				Bürgerschaftswahl 2011				Veränderungen 2015 zu 2011
	absolut	Listen- stimmen	Personen- stimmen	%	absolut	Listen- stimmen	Personen- stimmen	%	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	244.558			50,2	274.123			55,5	-5,3
Gültige Stimmen	1.168.352	637.494	530.858	97	1.309.355	776.742	532.613	96,7	0,3
SPD	383.509	174.399	209.110	32,8	505.348	255.051	250.297	38,6	-5,8
CDU	261.929	141.170	120.759	22,4	266.483	156.873	109.610	20,4	2
Grüne	176.807	94.318	82.489	15,1	293.993	193.152	100.841	22,5	-7,4
Die Linke	111.485	74.388	37.097	9,5	73.769	52.000	21.769	5,6	3,9
FDP	76.754	41.910	34.844	6,6	31.176	19.418	11.758	2,4	4,2
BIW	37.759	19.526	18.233	3,2	48.530	34.902	13.628	3,7	-0,5
NPD	2.170	1.505	665	0,2	20.470	17.236	3.234	1,6	-1,4
AfD	64.368	49.603	14.765	5,5	/.	/.	/.	/.	/.

Bürgerschaftswahl 2015: Stadtgemeinde Bremen

Stadt Bremen	Bürgerschaftswahl 2015				Bürgerschaftswahl 2011				Veränderungen 2015 zu 2011
	absolut	Listen- stimmen	Personen- stimmen	%	absolut	Listen- stimmen	Personen- stimmen	%	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	210.604			52,1	232.883			57	-4,9
Gültige Stimmen	1.008.663	539.957	468.706	97,1	1.115.686	641.362	474.324	96,9	0,2
SPD	329.272	142.682	186.590	32,6	438.991	206.420	232.571	39,3	-6,7
CDU	223.796	118.389	105.407	22,2	227.622	130.416	97.206	20,4	1,8
Grüne	158.971	84.334	74.637	15,8	251.863	163.776	88.087	22,6	-6,8
Die Linke	100.242	65.135	35.107	9,9	64.824	44.465	20.359	5,8	4,1
FDP	68.009	36.662	31.347	6,7	25.255	15.925	9.330	2,3	4,4
BIW	27.425	14.844	12.581	2,7	34.713	27.120	7.593	3,1	-0,4
NPD	/.	/.	/.	/.	15.944	13.681	2.263	1,4	/.
AfD	56.432	43.448	12.984	5,6	/.	/.	/.	/.	/.

Bürgerschaftswahl 2015: Stadt Bremerhaven

Stadt Bremerhaven	Bürgerschaftswahl 2015				Bürgerschaftswahl 2011				Veränderungen 2015 zu 2011	
	absolut	Listen- stimmen	Personen- stimmen	%	absolut	Listen- stimmen	Personen- stimmen	%	%	
Wähler/ Wahlbeteiligung:	33.954			40,5	41.240			48,1	-7,6	
Gültige Stimmen:	159.689	97.537	62.152	96	193.669	135.380	58.289	95,4	0,6	
SPD	54.237	31.717	22.520	34	66.357	48.631	17.726	34,3	-0,3	
CDU	38.133	22.781	15.352	23,9	38.861	26.457	12.404	20,1	3,8	
Grüne	17.836	9.984	7.852	11,2	42.130	29.376	12.754	21,8	-10,6	
Die Linke	11.243	9.253	1.990	7,0	8.945	7.535	1.410	4,6	2,4	
FDP	8.745	5.248	3.497	5,5	5.921	3.493	2.428	3,1	2,4	
BIW	10.334	4.682	5.652	6,5	13.817	7.782	6.035	7,1	-0,6	
NPD	2.170	1.505	665	1,4	4.526	3.555	971	2,3	-0,9	
AfD	7.936	6.155	1.781	4,9	./.	./.	./.	./.	./.	

Wahl zur Stadtverordnetenversammlung (STVV): Bremerhaven 2015

	STVV 2015				STVV 2011				Veränderungen 2015 zu 2011	
	absolut	Listen- stimmen	Personen- stimmen	%	absolut	Listen- stimmen	Personen- stimmen	%	%	
Wähler/ Wahlbeteiligung:	34.518			38,3	41.555			46,8	-8,5	
Gültige Stimmen:	161.979	91357	70622	95,8	194.546	127.028	67.518	95,1	0,7	
SPD	29.782	16.559	13.223	33,1	64.355	43.935	20.420	33,1	0	
CDU	21.157	11.340	9.817	24,4	38.940	22.874	16.066	20,0	4,4	
Grüne	9.943	5.479	4.464	11,1	43.897	29.168	14.729	22,6	-11,5	
Die Linke	8.271	6.096	2.175	6,9	8.930	7.213	1.717	4,6	2,3	
FDP	4.505	2.428	2.077	5,2	6.440	3.391	3.049	3,3	1,9	
BIW	5.345	2.453	2.892	7,2	14.415	8.737	5.678	7,4	-0,2	
AfD	5.925	4.616	1.309	4,7	./.	./.	./.	./.	./.	
Die PARTEI	2.319	1.633	686	2	./.	./.	./.	./.	./.	
NPD	1.380	903	477	1,3	4.224	3.438	786	2,2	-0,9	
Piraten	2.523	1.425	1.098	2,8	4.285	3.128	1.157	2,2	0,6	
RRP	207	107	100	0,2	2.544	1.795	749	0,4	-0,2	

Europawahl 2014: Land Bremen

Land Bremen	Europawahl 2014		Europawahl 2009		Veränderungen 2014 zu 2009	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	195.029	40,32	189.640	38,85	5.389	1,47
SPD	66.536	34,37	55.064	29,34	11.472	5,03
CDU	43.353	22,40	45.886	24,45	-2.533	-2,05
Grüne	33.997	17,56	41.476	22,10	-7.479	-4,54
FDP	6.301	3,26	16.721	8,91	-10.420	-5,65
Die Linke	18.499	9,56	13.468	7,18	5.031	2,38
AfD	11.205	5,79	./.	./.	./.	./.

Europawahl 2014: Stadt Bremen

Stadt Bremen	Europawahl 2014		Europawahl 2009		Veränderungen 2014 zu 2009	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	166.340	41,51	161.308	40,04	5.032	1,47
SPD	55.400	33,54	45.704	28,61	9.696	4,93
CDU	35.662	21,59	38.172	23,90	-2.510	-2,31
Grüne	31.113	18,84	37.680	23,59	-6.567	-4,75
FDP	5.661	3,43	14.177	8,87	-8.516	-5,44
Die Linke	16.223	9,82	11.553	7,23	4.670	2,59
AfD	9.512	5,76	./.	./.	./.	./.

Europawahl 2014: Stadt Bremerhaven

Stadt Bremerhaven	Europawahl 2014		Europawahl 2009		Veränderungen 2014 zu 2009	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	28.689	34,56	28.332	33,26	357	1,30
SPD	11.136	39,24	9.360	33,54	1.776	5,70
CDU	7.691	27,10	7.714	27,64	-23	-0,54
Grüne	2.884	10,16	3.796	13,60	-912	-3,44
FDP	640	2,25	2.544	9,12	-1.904	-6,87
Die Linke	2.276	8,02	1.915	6,86	361	1,16
AfD	1.693	5,97	./.	./.	./.	./.

Mitgliederbestand nach Geschlecht; Stichtag: 31.12.2015

Gliederung	Mitglieder	männlich (m)	m %	weiblich (w)	w %
SPD-Landesorganisation Bremen	4.308	2.847	66,09	1.461	33,91
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	2.912	1.901	65,28	1.011	34,72
SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	183	127	69,40	56	30,60
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	60	45	75,00	15	25,00
SPD-OV Bremen-Borgfeld	49	36	73,47	13	26,53
SPD-OV Bremen-Buntentor	121	79	65,29	42	34,71
SPD-OV Bremen-Findorff	200	142	71,00	58	29,00
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	42	28	66,67	14	33,33
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	102	67	65,69	35	34,31
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	124	81	65,32	43	34,68
SPD-OV Bremen-Hastedt	75	50	66,67	25	33,33
SPD-OV Bremen-Hemelingen	37	29	78,38	8	21,62
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	98	60	61,22	38	38,78
SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	104	67	64,42	37	35,58
SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	180	109	60,56	71	39,44
SPD-OV Bremen-Huckelriede	35	21	60,00	14	40,00
SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	80	62	77,50	18	22,50
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	117	74	63,25	43	36,75
SPD-OV Bremen-Neustadt	121	81	66,94	40	33,06
SPD-OV Bremen-Oberneuland	79	54	68,35	25	31,65
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	65	39	60,00	26	40,00
SPD-OV Bremen-Osterholz	147	98	66,67	49	33,33
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	231	151	65,37	80	34,63
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	124	73	58,87	51	41,13
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	124	70	56,45	54	43,55
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	135	80	59,26	55	40,74
SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	48	30	62,50	18	37,50
SPD-OV Bremen-Seehausen	11	8	72,73	3	27,27
SPD-OV Bremen-Strom	16	12	75,00	4	25,00
SPD-OV Bremen-Walle	136	85	62,50	51	37,50
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	68	43	63,24	25	36,76
SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	528	355	67,23	173	32,77
SPD-OV Bremen-Blumenthal	61	38	62,30	23	37,70
SPD-OV Bremen-Burgdamm	36	23	63,89	13	36,11
SPD-OV Bremen-Burglesum	144	106	73,61	38	26,39
SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	66	40	60,61	26	39,39
SPD-OV Bremen-Hammersbeck	30	23	76,67	7	23,33
SPD-OV Bremen-Rönnebeck	40	28	70,00	12	30,00
SPD-OV Bremen-Schönebeck	49	29	59,18	20	40,82
SPD-OV Bremen-Vegesack	102	68	66,67	34	33,33
SPD-Unterbezirk Bremerhaven	868	591	68,09	277	31,91
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	174	118	67,82	56	32,18
SPD-OV Bremerhaven-Lehe	123	84	68,29	39	31,71
SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	154	112	72,73	42	27,27
SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	131	80	61,07	51	38,93
SPD-OV Bremerhaven-Mitte	127	87	68,50	40	31,50
SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	77	58	75,32	19	24,68
SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	82	52	63,41	30	36,59

Mitgliederentwicklung

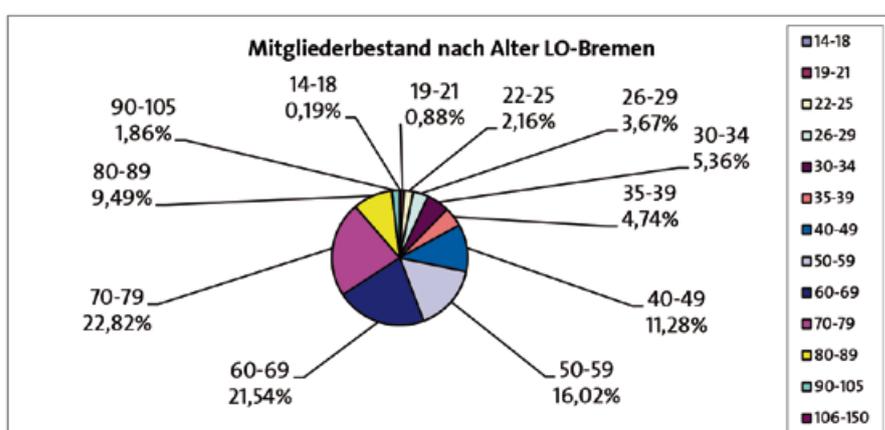
Stichtage: 31.12.2014, 31.3.2015, 30.6.2015, 30.9.2015, 31.12.2015

Gliederung	Name	Mitglieder zum 31.12.2014	Mitglieder zum 31.3.2015	Mitglieder zum 30.6.2015	Mitglieder zum 30.9.2015	Mitglieder zum 31.12.2015	Differenz zum 31.12.2014	Diff. in %
130000000000	SPD-Landesorganisation Bremen	4.437	4.405	4.374	4.327	4.308	-129	-2,91
130010000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	2.985	2.988	2.943	2.921	2.912	-73	-2,45
1300100004900	SPD-OV Altstadt-Mitte	182	183	182	182	183	1	0,55
1300100009000	SPD-OV Bremen-Arborgen/Mahndorf	60	58	57	59	60	0	0,00
1300100014000	SPD-OV Bremen-Borgfeld	49	50	50	49	49	0	0,00
1300100027000	SPD-OV Bremen-Buntentor	117	116	118	120	121	4	3,42
1300100047000	SPD-OV Bremen-Findorff	198	200	200	198	200	2	1,01
1300100010000	SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	46	44	44	43	42	-4	-8,70
1300100022000	SPD-OV Bremen-Gröpingen	106	103	102	103	102	-4	-3,77
1300100030000	SPD-OV Bremen-Habenhäuser-Arsten	127	125	126	122	124	-3	-2,36
1300100002000	SPD-OV Bremen-Hastedt	72	75	76	75	75	3	4,17
1300100001000	SPD-OV Bremen-Hemelingen	40	42	42	38	37	-3	-7,50
1300100017000	SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	105	102	98	97	98	-7	-6,67
1300100016000	SPD-OV Bremen-Horn-Lehsterdeich	100	104	105	105	104	4	4,00
1300100050000	SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	188	188	188	183	180	-8	-4,26
1300100028000	SPD-OV Bremen-Huckelriede	40	39	38	38	35	-5	-12,50
1300100046000	SPD-OV Bremen-Kattenenturm-Kattenesch	84	82	81	81	80	-4	-4,76
1300100012000	SPD-OV Bremen-Neue Vahr	121	117	117	117	117	-4	-3,31
1300100031000	SPD-OV Bremen-Neustadt	115	116	115	116	121	6	5,22
1300100015000	SPD-OV Bremen-Oberneuland	83	82	82	80	79	-4	-4,82
1300100025000	SPD-OV Bremen-Ostlebshausen	70	72	72	68	65	-5	-7,14
1300100006000	SPD-OV Bremen-Osterholz	162	155	149	148	147	-15	-9,26
1300100018000	SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	243	234	232	229	231	-12	-4,94
1300100013000	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	121	123	120	123	124	3	2,48
1300100041000	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	123	123	124	125	124	1	0,81
1300100040000	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	141	143	143	139	135	-6	-4,26
1300100004000	SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	49	50	50	49	48	-1	-2,04
1300100038000	SPD-OV Bremen-Seehausen	12	11	11	11	11	-1	-8,33
1300100033000	SPD-OV Bremen-Strom	20	19	19	19	16	-4	-20,00
1300100021000	SPD-OV Bremen-Walle	138	140	136	134	136	-2	-1,45
1300100037000	SPD-OV Bremen-Woltershausen/Rablinghausen	73	72	66	69	68	-5	-6,85
1300300000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	546	550	544	536	528	-18	-3,30
1300300002000	SPD-OV Bremen-Blumenthal	66	66	65	64	61	-5	-7,58
1300300010000	SPD-OV Bremen-Burghamm	33	38	38	37	36	3	9,09
1300300014000	SPD-OV Bremen-Burglesum	143	143	143	144	144	1	0,70
1300300012000	SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	70	71	69	66	66	-4	-5,71
1300300007000	SPD-OV Bremen-Hammersbeck	31	31	30	30	30	-1	-3,23
1300300011000	SPD-OV Bremen-Rönnebeck	46	46	46	43	40	-6	-13,04
1300300006000	SPD-OV Bremen-Schönebeck	51	51	51	51	49	-2	-3,92
1300300015000	SPD-OV Bremen-Vegesack	106	104	103	101	102	-4	-3,77
1300200000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	906	887	887	870	868	-38	-4,19
1300200013000	SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	186	182	182	177	174	-12	-6,45
1300200005000	SPD-OV Bremerhaven-Lehe	117	120	124	120	123	6	5,13
1300200004000	SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	165	160	157	156	154	-11	-6,67
1300200012000	SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	135	131	132	132	131	-4	-2,96
1300200007000	SPD-OV Bremerhaven-Mitte	128	123	127	125	127	-1	-0,78
1300200010000	SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surtheide	77	75	75	75	77	0	0,00
1300200011000	SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorff/Fischereihafen	98	96	90	85	82	-16	-16,33
Gliederung		4.437	4.405	4.374	4.327	4.308	-129	-2,91

Mitgliederbestand nach Alter; Stichtag: 31.12.2015

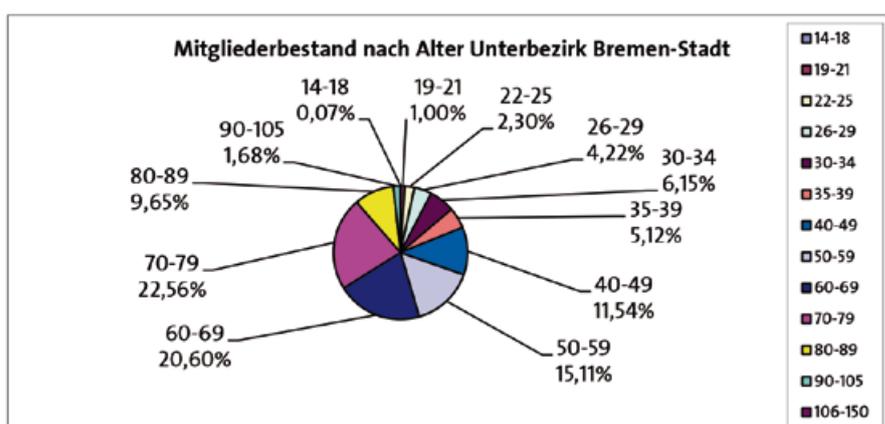
Landesorganisation Bremen

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	8	0,19	7	0,25	1	0,07
19-21	38	0,88	30	1,05	8	0,55
22-25	93	2,16	63	2,21	30	2,05
26-29	158	3,67	108	3,79	50	3,42
30-34	231	5,36	160	5,62	71	4,86
35-39	204	4,74	148	5,20	56	3,83
40-49	486	11,28	340	11,94	146	9,99
50-59	690	16,02	431	15,14	259	17,73
60-69	928	21,54	592	20,79	336	23,00
70-79	983	22,82	658	23,11	325	22,25
80-89	409	9,49	267	9,38	142	9,72
90-105	80	1,86	43	1,51	37	2,53
106-150	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	4.308	100,00	2.847	100,00	1.461	100,00



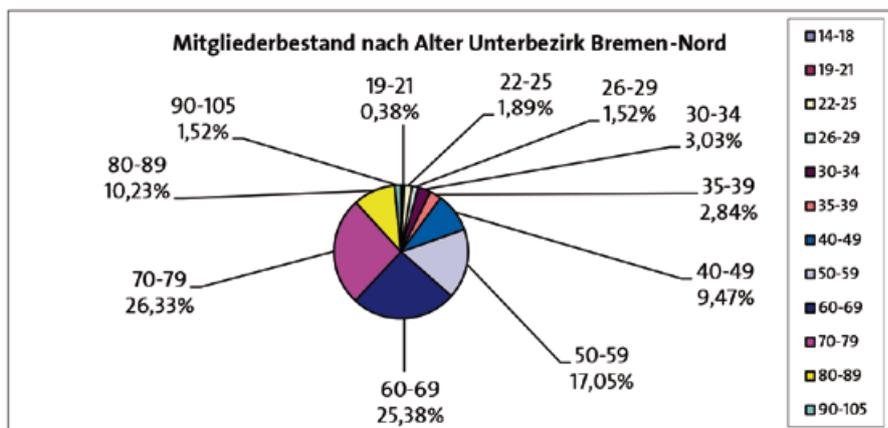
Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	2	0,07	1	0,05	1	0,10
19-21	29	1,00	24	1,26	5	0,49
22-25	67	2,30	47	2,47	20	1,98
26-29	123	4,22	84	4,42	39	3,86
30-34	179	6,15	124	6,52	55	5,44
35-39	149	5,12	109	5,73	40	3,96
40-49	336	11,54	232	12,20	104	10,29
50-59	440	15,11	261	13,73	179	17,71
60-69	600	20,60	375	19,73	225	22,26
70-79	657	22,56	439	23,09	218	21,56
80-89	281	9,65	184	9,68	97	9,59
90-105	49	1,68	21	1,10	28	2,77
106-150	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	2.912	100,00	1.901	100,00	1.011	100,00



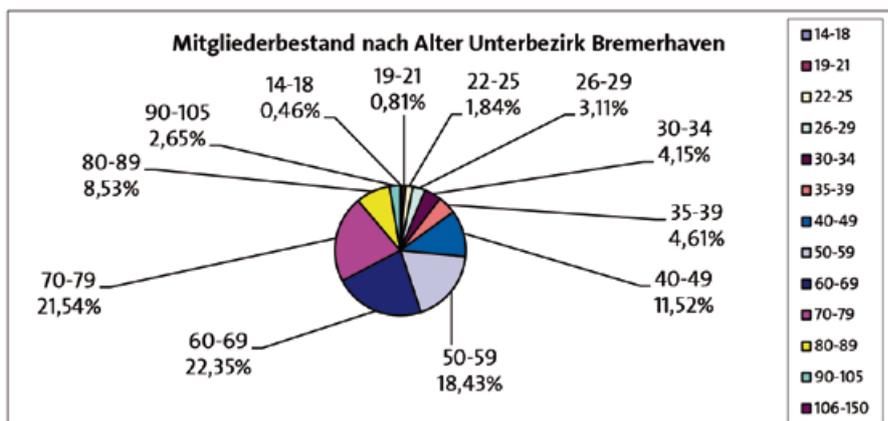
Unterbezirk Bremen-Nord

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	2	0,38	2	0,56	0	0,00
19-21	2	0,38	2	0,56	0	0,00
22-25	10	1,89	4	1,13	6	3,47
26-29	8	1,52	5	1,41	3	1,73
30-34	16	3,03	8	2,25	8	4,62
35-39	15	2,84	12	3,38	3	1,73
40-49	50	9,47	38	10,70	12	6,94
50-59	90	17,05	60	16,90	30	17,34
60-69	134	25,38	89	25,07	45	26,01
70-79	139	26,33	94	26,48	45	26,01
80-89	54	10,23	36	10,14	18	10,40
90-105	8	1,52	5	1,41	3	1,73
106-150	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	528	100,00	355	100,00	173	100,00



Unterbezirk Bremerhaven

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	4	0,46	4	0,68	0	0,00
19-21	7	0,81	4	0,68	3	1,08
22-25	16	1,84	12	2,03	4	1,44
26-29	27	3,11	19	3,21	8	2,89
30-34	36	4,15	28	4,74	8	2,89
35-39	40	4,61	27	4,57	13	4,69
40-49	100	11,52	70	11,84	30	10,83
50-59	160	18,43	110	18,61	50	18,05
60-69	194	22,35	128	21,66	66	23,83
70-79	187	21,54	125	21,15	62	22,38
80-89	74	8,53	47	7,95	27	9,75
90-105	23	2,65	17	2,88	6	2,17
106-150	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	868	100,00	591	100,00	277	100,00



Mitgliederentwicklung jährlich; Zeitraum 2006 bis 2015, jeweils zum 31.12.

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	5.414	3.586	66,24	1.828	33,76
2007	5.198	3.441	66,20	1.757	33,80
2008	4.952	3.267	65,97	1.685	34,03
2009	4.841	3.200	66,10	1.641	33,90
2010	4.763	3.141	65,95	1.622	34,05
2011	4.787	3.162	66,05	1.625	33,95
2012	4.605	3.034	65,88	1.571	34,12
2013	4.557	3.032	66,24	1.545	33,76
2014	4.437	2.927	65,97	1.510	34,03
2015	4.308	2.847	66,09	1.461	33,91

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	3.579	2.333	65,19	1.246	34,81
2007	3.425	2.234	65,23	1.191	34,77
2008	3.261	2.129	65,29	1.132	34,71
2009	3.213	2.105	65,52	1.108	34,48
2010	3.162	2.062	65,21	1.100	34,79
2011	3.189	2.079	65,19	1.110	34,81
2012	3.099	2.014	64,99	1.085	35,01
2013	3.104	2.031	65,43	1.073	34,57
2014	2.985	1.949	65,29	1.036	34,71
2015	2.912	1.901	65,28	1.011	34,72

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	763	516	67,63	247	32,37
2007	737	499	67,71	238	32,29
2008	689	463	67,20	226	32,80
2009	674	457	67,80	217	32,20
2010	655	442	67,48	213	32,52
2011	644	433	67,24	211	32,76
2012	594	397	66,84	197	33,16
2013	556	371	66,73	185	33,27
2014	546	367	67,22	179	32,78
2015	528	355	67,23	173	32,77

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	1.072	737	68,75	335	31,25
2007	1.036	708	68,34	328	31,66
2008	1.002	675	67,37	327	32,63
2009	954	638	66,88	316	33,12
2010	945	636	67,30	309	32,70
2011	954	650	68,13	304	31,87
2012	912	623	68,31	289	31,69
2013	917	630	68,70	287	31,30
2014	906	611	67,44	295	32,56
2015	868	591	68,09	277	31,91

Entwicklung der Mitgliedereintritte jährlich; Zeitraum 2006 bis 2015

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	161	103	63,98	58	36,02
2007	159	106	66,67	53	33,33
2008	141	94	66,67	47	33,33
2009	170	109	64,12	61	35,88
2010	235	156	66,38	79	33,62
2011	231	158	68,40	73	31,60
2012	127	84	66,14	43	33,86
2013	238	168	70,59	70	29,41
2014	198	130	65,66	68	34,34
2015	130	89	68,46	41	31,54

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	103	62	60,19	41	39,81
2007	96	63	65,63	33	34,38
2008	88	61	69,32	27	30,68
2009	117	78	66,67	39	33,33
2010	148	95	64,19	53	35,81
2011	140	88	62,86	52	37,14
2012	87	55	63,22	32	36,78
2013	170	115	67,65	55	32,35
2014	126	85	67,46	41	32,54
2015	91	62	68,13	29	31,87

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	20	15	75,00	5	25,00
2007	31	20	64,52	11	35,48
2008	15	9	60,00	6	40,00
2009	24	18	75,00	6	25,00
2010	26	17	65,38	9	34,62
2011	26	16	61,54	10	38,46
2012	14	6	42,86	8	57,14
2013	18	14	77,78	4	22,22
2014	21	14	66,67	7	33,33
2015	10	7	70,00	3	30,00

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	38	26	68,42	12	31,58
2007	32	23	71,88	9	28,13
2008	38	24	63,16	14	36,84
2009	29	13	44,83	16	55,17
2010	61	44	72,13	17	27,87
2011	65	54	83,08	11	16,92
2012	26	23	88,46	3	11,54
2013	50	39	78,00	11	22,00
2014	51	31	60,78	20	39,22
2015	29	20	68,97	9	31,03

Entwicklung der Mitgliederaustritte jährlich; Zeitraum 2006 bis 2015

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	275	195	70,91	80	29,09
2007	273	194	71,06	79	28,94
2008	289	191	66,09	98	33,91
2009	231	147	63,64	84	36,36
2010	199	133	66,83	66	33,17
2011	216	154	71,30	62	28,70
2012	192	135	70,31	57	29,69
2013	182	122	67,03	60	32,97
2014	268	182	67,91	86	32,09
2015	209	138	66,03	71	33,97

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	170	115	67,65	55	32,35
2007	181	125	69,06	56	30,94
2008	196	123	62,76	73	37,24
2009	140	91	65,00	49	35,00
2010	124	81	65,32	43	34,68
2011	131	90	68,70	41	31,30
2012	96	71	73,96	25	26,04
2013	121	79	65,29	42	34,71
2014	195	132	67,69	63	32,31
2015	134	93	69,40	41	30,60

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	40	29	72,50	11	27,50
2007	35	24	68,57	11	31,43
2008	43	28	65,12	15	34,88
2009	31	18	58,06	13	41,94
2010	38	24	65,12	14	34,88
2011	30	23	76,67	7	23,33
2012	51	33	64,71	18	35,29
2013	30	23	76,67	7	23,33
2014	26	14	53,85	12	46,15
2015	24	17	70,83	7	29,17

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	65	51	78,46	14	21,54
2007	57	45	78,95	12	21,05
2008	50	40	80,00	10	20,00
2009	60	38	63,33	22	36,67
2010	37	28	75,67	9	24,33
2011	55	41	74,55	14	25,45
2012	44	30	68,18	14	31,82
2013	31	20	64,52	11	35,48
2014	47	36	76,60	11	23,40
2015	51	28	54,90	23	45,10

Entwicklung der Todesfälle in der Mitgliedschaft; Zeitraum: 2006 bis 2015

Landesorganisation Bremen

Jahr	Verstorbe	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	98	75	76,53	23	23,47
2007	95	63	66,32	32	33,68
2008	103	67	65,05	36	34,95
2009	93	64	68,82	29	31,18
2010	89	58	65,17	31	34,83
2011	69	48	69,57	21	30,43
2012	95	69	72,63	26	27,37
2013	92	57	61,96	35	38,04
2014	69	52	75,36	17	24,64
2015	66	49	74,24	17	25,76

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Verstorbe	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	69	52	75,36	17	24,64
2007	55	36	65,45	19	34,55
2008	69	43	62,32	26	37,68
2009	49	32	65,31	17	34,69
2010	49	30	61,22	19	38,78
2011	44	32	72,73	12	27,27
2012	61	42	68,85	19	31,15
2013	59	31	52,54	28	47,46
2014	46	36	78,26	10	21,74
2015	49	35	71,43	14	28,57

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Verstorbe	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2006	13	9	69,23	4	30,77
2007	16	10	62,50	6	37,50
2008	14	10	71,43	4	28,57
2009	15	11	73,33	4	26,67
2010	19	16	84,21	3	15,79
2011	10	6	60,00	4	40,00
2012	12	8	66,67	4	33,33
2013	17	13	76,47	4	23,53
2014	7	5	71,43	2	28,57
2015	4	3	75,00	1	25,00

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Verstorbe	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2005	25	16	64,00	9	36,00
2006	16	14	87,50	2	12,50
2007	24	17	70,83	7	29,17
2008	20	14	70,00	6	30,00
2009	29	21	72,41	8	27,59
2010	21	12	57,14	9	42,86
2011	15	10	66,67	5	33,33
2012	22	19	86,36	3	13,64
2013	16	13	81,25	3	18,75
2014	16	11	68,75	5	31,25
2015	13	11	84,62	2	15,38

